Nr. 146 | Halle a. S., Sonnabend den 26. Juni 1909 | 20. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 25 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Die Erbschaftssteuer gefallen!

Ein Ultimatum für die Regierung.

Der neue konservativ-klerikale Block hat gestern im Reichstage ganze Arbeit gemacht. Mit hundertvierundneunzig Stimmen gegen hundertsechsundachtzig ist der entscheidende § 9a des Erbanfallsteuergesetzes in namentlicher Abstimmung in zweiter Lesung und dann das ganze Gesetz endgültig abgelehnt worden.

Diese Abstimmung war eine Entscheidung über das Prinzip der Erbschaftsbesteuerung. Auf der einen Seite standen alle, die die Heranziehung der reichen Erben zur Tragung der Reichslasten grundsätzlich verlangen oder sie auch nur gerade noch tolerieren wollen, und in diesem Lager nahm auch die sozialdemokratische Fraktion ihre Stellung. Ist es doch die Sozialdemokratie gewesen, die seit mehr als einem Jahrzehnt den Gedanken der Erbschaftssteuer und ihrer Ausdehnung auf die Deszendenten und Ehegatten in Parlament und Presse unermüdlich vertreten hatte! Zu einer Zeit noch, da die Regierung und die Liberalen diese Besteuerungsart grundsätzlich ablehnten, hatte sie ganz alleinstehend für sie gekämpft. Und zwar um die Massen der Konsumenten von indirekten Steuern zu entlasten. Freilich war die Erbanfallsteuer der Regierung jetzt nur der reine Hohn auf eine wirkliche Besteuerung der reichen Erben, und vor allem war der Zweck der Steuer eine Stärkung einer imperialistischen Regierung, die aus den neuen Einnahmen ihre Machtmittel zur Unterdrückung des Volks vermehren will. Deshalb hätte die Sozialdemokratie in der dritten entscheidenden Abstimmung im Hinblick auf die Gesamtsteuern und die ganze Situation sicherlich nicht für die Stärkung der Regierung stimmen können. Aber in der zweiten Lesung handelte es sich zunächst noch nicht um die endgültige Entscheidung, ob dieser Entwurf Gesetz werden sollte, sondern um ein Bekenntnis für oder gegen das Prinzip, und hier konnte die Sozialdemokratie gar nicht anders als für das Prinzip stimmen, wollte sie nicht gegen sich selbst stimmen.

Auf der Seite der sogenannten Sieger steht die neue Mehrheit, die man seit Monaten als den schwarzen Block oder als die konservativ-klerikale Koalition kennt: fanatische Gegner jedes Fortschritts, engherzige Vertreter agrarischer Geldbeutelinteressen und gerissene Parlamentstaktiker, die ihre jeweilige Ueberzeugung nach der jeweiligen politischen Situation zurechtzubiegen wissen. Von diesen drei Kategorien ist die dritte vielleicht die schlimmste und gefährlichste, die meisten Exemplare dieser Gattung sind aber im Zentrum zu finden, das sich durch die grundsätzliche Ablehnung der Erbanfallsteuer als Vertreter des Gesinnungslumpentums en gros erwiesen hat. Daß Leute, die vor ein paar Jahren Lobeshymnen auf die Erbschaftssteuer gesungen und die Gegner dieser Steuer aufs blutigste verhöhnt und vor der Oeffentlichkeit angeprangert haben, sich jetzt zur Schau stellen an dem Pranger, den sie selbst errichteten, wird ihnen schwerlich zum Wohle gereichen. Ja, der alte schlaue Zentrumsfuchs hat sich diesmal aus Ueberschlauheit selbst gefangen. Das Zentrum für Biersteuer, Tabaksteuer, Branntweinsteuer, Liebesgaben, Streichholzsteuer, Kaffeesteuer, Teesteuer, aber gegen die Erbschaftssteuer! Das Zentrum also in allen Fällen für die Besteuerung der notleidenden, durch die Brotwucherpolitik desselben Zentrums maßlos ausgebeuteten breiten Massen! Das Zentrum aber auch auf jeden Fall grundsätzlich und unbedingt gegen jede, auch die schonungsvollste Besteuerung von Millionenerbschaften in der direkten Linie!

Die Regierung und die bürgerliche Linke sind geschlagen, die Parteien der Rechten bloßgestellt, die Sozialdemokratie triumphiert. Um ein Prinzip, das sie aufgestellt und vertreten hat, ist dieser große Kampf geführt worden, und daß er nicht gewonnen wurde, ist nicht ihre Schuld. Mit Herrn Bülow, dem beinahe schon verflossenen, und seinen Truppen sind für die Sache des Volks und der Gerechtigkeit keine Schlachten zu gewinnen. Nicht zu diesen, sondern zur Sozialdemokratie muß jeder stehen, der den schwarzen Block der Volksfeinde ernstlich befehden will. Wie immer der Kampf nun weiter gehen mag, die Sozialdemokratie wird ihn führen unter der Parole: **Keinen Groschen aus den Taschen der breiten Massen, des arbeitenden, ausgebeuteten Volks! Her mit ausgiebigen Reichseinkommen-, Reichsvermögens- und Reichserbschaftssteuern!**

*

Was nun?

Aber was nun? Nach der Ankündigung Bülows vor einer Woche muß etwas geschehen, sofern seine Worte nicht leere Redensarten waren. Er wollte die Konsequenzen ziehen, wenn die Finanzreform nicht im Sinne der Regierungsvorschläge zustande komme. Die Annahme der Kotierungssteuer und die Ablehnung der Erbschaftssteuer liegen nicht im Sinne der Regierungsvorlage. Wird Bülow nun demissionieren? Oder wird er den Reichstag auflösen? Man munkelt überall von einer solchen Möglichkeit, aber ob die Regierung Kraft genug aufbringt, gegen die Junker vorzugehen — das müßte man wirklich erst erleben!

Aus Berlin wird gemeldet: Die gestrige Reichstagsabstimmung wird in den Morgenblättern aufs eifrigste kommentiert. Die rechtsstehenden Blätter äußern ihre Genugtuung und meinen, daß durch die Beseitigung des Hindernisses der Erbschaftssteuer der Weg frei sei für eine „gedeihliche" Finanzreform. In linksstehenden Blättern macht sich ziemliche Erregung bemerkbar und wird erklärt, daß es für Bülow nur zwei Möglichkeiten gäbe, entweder abdanken oder auflösen. Für nicht ausgeschlossen hält man es, daß Fürst Bülow in kürzester Frist den Reichstag bis zum Herbst vertagen wird, um dann mit neuen Vorlagen und vielleicht auch mit einem neuen Schatzsekretär, wiederzukommen.

Der nationall. Abg. Fuhrmann erklärte dem B. T.: Die durch die gestrige Abstimmung hervorgerufene Situation liegt ganz klar. Fürst Bülow muß die Konsequenzen ziehen. Da die Auflösung des Reichstags nicht sofort erfolgt ist, so wird der Reichskanzler seine Demission geben müssen. Wird sein Rücktrittsgesuch abgelehnt, so muß dann die Auflösung des Reichstags erfolgen. Eine Vertagung ist ein unglückseliges Mittel, und daß Fürst Bülow unter den gegebenen Verhältnissen nicht im Amte bleiben kann, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

*

Stimmungsbild von der Sitzung.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Das schöne Kartell der Janusckauer, Gröberlinge und der plötzlich für die Erbschaftssteuerfreiheit teutscher Landesväter bekehrten Polen hat Bülows schwächliche Erbschaftssteuervorlage, Ausgabe B, in Grund und Boden getrampelt und nicht mal einen Fetzen der Ueberschrift davon übrig gelassen. Um so besser! So weiß selbst der Blödeste, was er von dem neuen Block zu halten hat. Unter dem alten Block ist die breite Volksmasse mit Ruten gezüchtet worden; unter dem neuen würde sie mit Skorpionen gezüchtet werden — wenn anders nicht die Hochflut des Volkszorns dieses Monstrum hinwegschwemmt.

Der aus dem Faschingsradau der Hottentottenwahlen hervorgegangene Reichstag hat kläglich versagt, als es sich darum handelte, auch nur einen kleinen Teil der ungeheuerlichen Mehrforderungen auf die tragfähigen Schultern abzuwälzen. Das wird allen denen die Augen öffnen, die über den ohrenzerreißenden Lärm des Dernburgsrummels das gute alte Wort vergaßen: „Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber."

Noch ein paar Worte über den Hergang der entscheidenden Donnerstagsitzung. Zunächst kam der alte Richthofen und umklammerte mit greisenhaftem Starrsinn großes Portemonnaie und Familiensinn. Noch einmal versuchte Sydow, den Junkern gut zuzureden — eher hätte er den Chimborasso umwälzen können! Der Nationalliberale Sieg, sonst ein Agrarier, wie er im Buche steht, versuchte sich auch an der Herkulesarbeit, um die Konservativen umzustimmen. Es half alles nichts. Um so mehr wurde von der Rechten dem familiensinnigen Freiherrn v. Hertling zugegrunzt, und vollends Herr Heim traf mit seinen Anleihen an der Sprache des Fischmarkts den Geschmack des janusckauerlichen Geschwaders. Es ist ganz wieder das alte Bild: Mit dem Zentrum zusammen begleitet die Rechte die Reden Müller-Meiningens mit den Tierlauten, die sie während der Blockära nur für sozialdemokratische Reden reserviert hielt. Selbstredend unterließ unser Fraktionsredner Genosse David völlig den aussichtslosen Versuch, die Schwarz-Grünen für die Erbschaftssteuer zu gewinnen. Dafür legte er in eingehenden Ausführungen unsern Standpunkt dar. Natürlich befriedigt uns die verstümmelte Vorlage B noch weniger als die auch schon keineswegs mustergültige Ausgabe A. Daher haben wir ja unsere Anträge gestellt, die bezwecken, daß Deutschland aus der Erbschaftssteuer annähernd dieselben Erträge erzielt wie England. Da aber etwas immerhin besser als nichts ist, stimmen wir selbst bei Ablehnung unserer Abänderungsanträge für den entscheidenden Paragraphen in der Vorlage.

Unter steigender Spannung wurden die Abstimmungen vorgenommen. Die Spannung erreichte ihren höchsten Grad, als die namentliche Abstimmung über den entscheidenden Paragraphen 9a erfolgte. In seinem Haß gegen den Blockkanzler hatte das Zentrum seinen Mann bis auf den letzten aufgeboten und förmlich vom Krankenbett Reserven herbeigeschleppt. Da auch ein paar Liebermänner sich auf die Seite des konservativ-klerikal-polnischen Kartells schlugen, ergab sich die Ablehnung mit 194 gegen 186 Stimmen. Wie schon oben erwähnt, fielen in einfacher Abstimmung, deren Einerlei nur einmal ein Hammelsprung unterbrach, die sämtlichen übrigen Paragraphen, ungefähr ein Schock, der Vorlage einschließlich der harmlosen Ueberschrift. Rettungslos — denn es gibt keine dritte Lesung, da alles abgelehnt ist, wie Vizepräsident Paasche noch ausdrücklich konstatierte. Am Freitag will man über die Stempelsteuer orakeln. Vorausgesetzt, daß nichts dazwischen kommt.

*

Aus der Finanzkommission.

Die Finanzkommission des Reichstags setzte am Donnerstag die Beratung der Novelle zum Reichsstempelgesetz fort. Die Beratung beginnt mit dem Stempel auf Effektenpapiere und Schuldverschreibungen. Es liegt hierzu ein Antrag des Abg. Gamp (freikons.) und Genossen vor, der im allgemeinen die Steuersätze der Regierungsvorlage verdoppeln will. Die große Mehrheit der Kommission tritt für den Gampschen Antrag ein. Abg. Singer erklärt: Er habe die Ueberzeugung, daß die Regierungsvorlage mit Vertretern der Börse gemacht worden ist. Und wenn die Herren schon zahlen wollten, dann dürfe man sie in diesem löblichen Vorhaben nicht stören. Es gäbe zwar eine Grenze der Besteuerung auch für Einrichtungen, die heute einmal notwendig sind, aber diese Grenze erscheine ihm noch nicht erreicht, weder mit den Sätzen der Regierungsvorlage, noch mit den Steuersätzen des Gampschen Antrags. Die Sozialdemokraten würden deshalb für den Antrag Gamp stimmen. Nach einer langen Debatte, in der es zu einer scharfen Auseinandersetzung kommt über den Wettlauf zwischen Preußen und dem Reiche in der Stempelsteuererhöhung, kam es zur Abstimmung, die die Annahme des Gampschen Antrags ergab. Es wird dadurch der Stempel auf Aktien auf 3 Prozent, der Stempel auf Schuldverschreibungen auf 2 Prozent festgesetzt.

Ein weiterer Antrag Gamp bezweckt, den Umsatzstempel für Staats- und Wertpapiere zu erhöhen. — Abg. Gamp will zunächst den Umsatzstempel ausdehnen auf Renten und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten, im übrigen aber den Umsatzstempel für alle übrigen Wertpapiere um durchschnittlich 1 pro Mille erhöhen. Zahlreiche Regierungsvertreter wenden sich ebenso gegen diesen Stempel, wie für die sozialdemokratische Fraktion der Abg. Singer, der besonders darauf verweist, daß die Begebung von Kommunalanleihen schwer unter dieser Umsatzsteuererhöhung leiden würde. Abg. Gamp bittet dringend, seinen Antrag anzunehmen, er sei die Brücke zur Verständigung der Linken mit den Mehrheitsparteien über die Kotierungssteuer. Nur, wenn eine wesentliche Mehreinnahme aus diesen Steuern erzielt würde, könne diesem Gedanken näher getreten werden, die Kotierungssteuer fallen zu lassen. Abg. Roesicke und Müller-Fulda (Zentr.) treten dieser Begründung Gamps nicht bei; sie wollen an der Kotierungssteuer festhalten, auch wenn diese Steuererhöhung durchgeht. Müller-Fulda meint, diese Mehreinnahme könne höchstens zur Verbesserung der Kotierungssteuer dienen. Der Antrag wird sodann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und einiger Nationalliberaler angenommen.

*

Zentrum und Erbschaftssteuer.

Die ungeheure Verlegenheit der Zentrumsleute, wirklich Gründe gegen die Erbschaftssteuer vorzubringen, spiegelt sich in einem Artikel des klerikalen Aachener Volksfreunds in Nummer 141. Das Blatt legt dar, daß die Deszendentensteuer sich leicht und schnell ohne große Vorberatungen technischer und wirtschaftspolitischer Art durchführen lasse, und sie könne leicht in einer Form ausgestattet werden, „daß sie sofort und dauernd namhafte Beträge ergiebt", Vorzüge, in denen sie „von keiner andern Steuer übertroffen werden dürfte". Dann schreibt das Blatt:

> „Die Deszendentensteuer stellt so gleichsam einen Notpfennig des Reichs dar. Wie man es nicht als das Verhalten eines guten Hausvaters ansieht, den Notpfennig in normalen Zeiten anzubrechen, so scheint es uns auch nicht ein besonders kluger Gedanke der Reichsregierung, daß sie heute — in Zeiten normaler Entwicklung — bereits die letzte Finanzreserve in der Gestalt der Deszendentensteuer heranziehen will."

Ganz verteufelt gescheite Kerle sind diese Zentrumspolitiker: die bequemsten, ergiebigsten Objekte läßt man unbesteuert, verzichtet auf ihre „dauernd namhaften" Erträge, um — einen „Notpfennig" zu haben. Statt dessen beraubt man die in der vierten Klasse sich quetschenden Passagiere und besteuert Zündhölzer und Seife. Das ist die Politik der zentrümlichen Volks„freunde".

Das Dreiklassenwahlrecht auf der Anklagebank.

Im preußischen Abgeordnetenhause gab es am Donnerstag wieder einmal eine Wahlrechtsdebatte. Sie wurde veranlaßt durch eine Petition, die Minna Cauer namens des Bundes für Frauenstimmrecht an das Haus gerichtet hatte, und in der sie um Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter ersuchte. Die Petitionskommission hatte den Uebergang zur Tagesordnung beschlossen, während die Freisinnigen sie der Regierung als Material und unsere Genossen sie zur Berücksichtigung überweisen wollten.

Die Begründung unseres Antrages erfolgte durch den Genossen Dr. Liebknecht, dessen scharf pointierte Ausführungen auf die Rechte wie Peitschenhiebe wirkten und die Junker zu lärmenden Unterbrechungen veranlaßte. Liebknecht wies vor allem auf die schmutzige Entstehung des Dreiklassenwahlrechts hin, auf den Verfassungsbruch und den Hochverrat von oben, den jeder weiß, der die Geschichte von 1849 kennt. Liebknecht kritisierte auch das frivole Spiel, das jetzt die Junker im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0001

Reich treiben, wo sie die Finanzreform verzwicken mit der Wahlrechtsreform und wo sie alles tun, um die Einlösung eines in der Thronrede feierlichst verkündeten Versprechens hintertreiben wollen. Aber was fragen die Junker nach Recht und Gerechtigkeit, was fragen sie selbst nach den Grundsätzen des Christentums, wenn es gilt, ihre Machtposition zu behaupten. Als der gerade amtierende Vizepräsident Dr. Porsch unsern Redner ersuchte, der Mehrheit nicht solche Vorwürfe zu machen, da machte auf der Rechten jemand einen Zwischenruf, der in höchst geschmackloser Weise auf die Festungshaft unseres Genossen Liebknecht anspielte. Treffend diente Liebknecht dem voreiligen Rufer, indem er eine scharfe Scheidewand zog zwischen den Ehrbegriffen der Herren auf der Rechten, die das Volk vergewaltigen und in der Rechtlosigkeit erhalten wollen und dem Ehrbegriff der Sozialdemokratie, die damit nichts gemein habe. Liebknecht kritisierte auch den Mangel an Mut, den das liberale Bürgertum im preußischen Wahlrechtskampfe bisher bewiesen habe. An der Seite eines mannhaften Bürgertums würde die Sozialdemokratie viel lieber den Wahlrechtskampf führen, den sie jetzt, von den wenigen Demokraten abgesehen, allein führen muß. Auch des Mandatsraubs gedachte unser Redner und richtete an die Regierung die Frage, ob die Preßnachrichten auf Wahrheit beruhen, nach denen die Neuwahlen erst im November vorgenommen werden sollen. Er nannte es mit Recht einen skandalösen Zustand, daß vier Berliner Wahlkreisen somit das Recht auf eine Vertretung im Parlament genommen werden solle. Und das alles geschieht nur, damit die Wähler erster und zweiter Klasse nicht nötig haben, ihre Sommerreisen zu unterbrechen oder hinauszuschieben. Den Schluß der Liebknechtschen Rede bildete ein flammender Aufruf an die Wähler draußen im Lande, nicht eher zu ruhen, bis die Schanzen des Dreiklassenwahlrechts genommen sind.

Den freisinnigen Antrag begründete der Abg. Rosenow, der die Forderung des Frauenstimmrechts für die nächste Zeit noch zurückstellen wollte, um das „Erreichbare" nicht mit „unerreichbaren" Forderungen zu beschweren. Die Konservativen schwiegen sich aus und die Freikonservativen ließen durch Frhr. v. Zedlitz eine kurze Erklärung abgehen, wonach sie an dem Dreiklassenunrecht festhalten. Natürlich wurde unser Antrag abgelehnt und ebenso der Antrag der Freisinnigen.

Vorher war die Berggesetznovelle endgültig verabschiedet worden, nachdem das Herrenhaus noch eine weitere Verschlechterung hineingebracht hatte. Die Beratung der Stempelsteuernovelle zog sich nicht lange hin, da Zentrum, Konservative und Nationalliberale sich auf einen Kompromißantrag geeinigt hatten, der mit dieser kompakten Mehrheit angenommen wurde. Nach diesem Kompromißantrag wird der Stempel auf Fahrräder fallen gelassen und der Mietsstempel beginnt erst beim Mieten von 360 Mk. an. Dagegen wurden beim Jagdpachtstempel den Großgrundbesitzern weitere Konzessionen gemacht. die Genosse Leinert mit scharfen Worten kritisierte. Im übrigen wurden Petitionen erledigt.

Das sog. Herrenhaus nahm den Köhlbrandvertrag mit Hamburg unverändert an und erledigte im übrigen unwesentliche Gesetzentwürfe. Beide Häuser treten am Freitag zu kurzen Sitzungen noch einmal zusammen und am Sonnabend wird die gemeinsame Schlußsitzung stattfinden.

Sozialist. Protest gegen die Zarenreise.

Das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel versendet einen Aufruf an die Bruderparteien der Welt, in dem es heißt: In einigen Tagen wird Nikolaus II., der Kaiser aller Reußen, eine Reise nach Europa antreten und sich namentlich nach Schweden, nach England, nach Frankreich und nach Italien begeben. Die klassenbewußten Arbeiter können diesen Besuch nicht einfach als eine alltägliche und gleichgültige Veranstaltung der offiziellen Diplomatie betrachten. Die kapitalistischen Regierungen erfüllen lediglich ihre Aufgabe, wenn sie den Henker der Arbeiterklasse und der Intelligenz von Rußland begrüßen, aber die Völker selbst können einen solchen Menschen nicht als einen willkommenen Gast ansehen. Besonders die Arbeiter haben die Pflicht, immer wieder und laut das zu sagen, was die überwältigende Mehrheit ihrer Mitbürger in den letzten Jahren nicht aufgehört hat zu wiederholen. Bereits hat sich eine Stimme der Empörung erhoben, die des Genossen Branting, der im Namen der ganzen sozialdemokratischen Fraktion im schwedischen Reichstag gesprochen hat. Bereits haben in England die Abgeordneten und die Organe der mit unserm Bureau verbundenen Parteien beschlossen, Protestkundgebungen zu veranstalten, und vor zwei Tagen hat Will Thorne als Dolmetscher ihrer Empfindungen im Parlament von Westminster das Nötige gesagt. Frankreich und Italien werden ebenfalls nicht schweigen können beim Einzug dessen, der das System der blutigen Reaktion verkörpert und dessen Regierung verhängnisvoll gewesen ist für die ganze moderne Zivilisation überhaupt.

Dann wird auf die russische Spitzelwirtschaft eingegangen und ausgeführt: Schließlich hat die kürzlich in der Duma eingebrachte Interpellation gezeigt, daß die Verhöre in den Kerkern unter Anwendung von Bedrohung des Lebens vor sich gehen, mit dem Zwecke, falsche Angaben aus den Angeklagten zu pressen. Auf Befehle der allerhöchsten Stelle hin wendet man in den Gefängnissen gegen die Gefangenen Knüttel und Foltern an, Mißhandlungen, die in vielen Fällen den Tod im Gefolge haben. Auf Befehl der Gefängnisdirektoren schießen die Soldaten der Wache durch die Fenster auf die gefangenen Männer und Frauen, die sich nicht wehren können. Zur Stunde wüten Typhus und Fieber im größten Teil der Gefängnisse, weil diese den sanitären Anforderungen in keiner Weise entsprechen, weil die Nahrung schlecht oder nicht genügend vorhanden, weil eine viel zu große Anzahl von Menschen in sie hineingepfercht worden ist. Im Februar 1909 gab es dort 181 137 Gefangene, während der Platz noch nicht für die Hälfte ausreichend war. Galoppierende Schwindsucht und Kerkerwahnsinn kann man hier beobachten, und die Gefängnisse, die erst zu Folterkammern geworden, werden schließlich zum Grabe für die Gefangenen und zu Ansteckungsherden für die übrige Bevölkerung.

Will die zivilisierte Welt sich all dieser Greuel für mitschuldig erklären, indem sie den verantwortlichen Urheber derselben ohne flammenden Protest seines Weges ziehen läßt? Wird sie die Kniee beugen vor diesem Machthaber, dessen Grausamkeit die Abdul Hamids noch übertrifft, der sich durch Folter und Mord an einer besiegten Revolution rächen will und dessen Ziel es ist, neue Millionen zu ergattern, um sein unheilvolles Werk fortzusetzen? Weiß nicht die Welt, daß die russische Regierung, wenn sie auch die Verpflichtung übernommen hat, die ausgelieferten Gefangenen vor ein ordentliches Gericht zu stellen, diese Unglücklichen bei der Ueberführung in ein anderes Gefängnis einfach niederschießen läßt, und dann dieses Verbrechen damit zu rechtfertigen sucht, daß sie sagt, der Häftling habe sich widersetzen oder entfliehen wollen? Die Zeit scheint uns gekommen, um gegen dieses Regiment zu kämpfen, welches den ganzen Westen bedroht. Die deutsche Justiz und Polizei seien Gehilfen des russischen Treibens. In der Schweiz hat die hohe Justiz durch die Angelegenheit Wassilieff bewiesen, welchen moralischen Wert sie besitzt, und in Belgien macht man in diesem Augenblick eine erste Anstrengung, um auch dies kleine Land zum Mitschuldigen an den zaristischen Verbrechen zu machen. In Frankreich endlich streckt die russische Geheimpolizei überall ihre Ausläufer aus unter der Leitung der Mitschuldigen des Agew, welche zu wiederholten Malen versucht haben, das Asylrecht zu gefährden.

Diese allbekannten Tatsachen sind bezeichnend genug für den gegenwärtigen Augenblick. Sie sind als Zeichen zu betrachten dafür, daß der Zarismus sich in gleicher Weise bemüht, seine frühere politische Vormachtstellung wieder zu erlangen und die Bande der freiheitsmörderischen Heiligen Allianz von neuem zu schürzen. Aber die völkerbefreiende Arbeiterbewegung wird sich keine Fesseln anlegen lassen, weder durch den Kleinmut der bürgerlichen Demokratie noch durch die Gewalttätigkeit des autokratischen Despotismus. Darum wird sie allenthalben ihre Stimme erheben und dem Häuptling der schwanzen Banden kundtun, daß wir uns keine Knute gefallen lassen.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., 25. Juni 1909.

Unglaubliche Besteuerung der Beerensammler.

Einen Liebesdienst für die Agrarier und zugleich ein geradezu ungeheuerliches Beispiel sozialer Ungerechtigkeit stellt ein Erlaß der Regierung zu Stettin dar, der unterm 17. Juni d. J. ergangen ist, und durch den die Gebühr für die sogenannten Beerenzettel, das heißt die Erlaubnisscheine zum Beerensammeln von 5 Pfg. auf 3 Mk. pro Stück erhöht wird (für Kinder unter 12 Jahren auf 1.50 Mk. pro Zettel). Außerdem ist eine Bestellgebühr von 5 Pfg. für jeden Zettel zu entrichten.

Vor einigen Jahren hatte der Minister einmal im Landtage erklärt, daß aus dem Beerensammeln der armen und ärmsten Leute, der Greise, Frauen und Kinder eine Einnahme für den Fiskus nicht erzielt werden solle, sondern daß die Scheine nur zur — „Kontrolle" ausgegeben werden sollen und die 5 Pfg. nur eine Schreibgebühr darstellten.

Die jetzige plötzliche und exorbitante Erhöhung dieser „Schreibgebühr" — und sie wird, wir fürchten, nicht nur im Regierungsbezirk Stettin stattgefunden haben — kann nur zwei Gründe haben. Entweder ist sie auf das Betreiben der Herren Oberförster zurückzuführen, die die „Ruhe des Wildes" nicht gestört haben wollen, desselben Wildes, das sich auf den Aeckern der Büdner, Kossäthen und Arbeiter ernährt, und das die Oberförster nach dem Abschlusse zu dem billigen Taxsatze übernehmen und zum mehr als doppelten Preise verwerten. Oder aber, und das halten wir für wahrscheinlicher, die Herren Agrarier wünschen, daß die Frauen und Kinder in den paar Wochen, in denen sie vielleicht Beeren sammeln, lieber für billiges Geld bei ihnen Feldarbeit leisten, und die Regierung hat ihren Wünschen, wie gewöhnlich, das weiteste Entgegenkommen gezeigt.

Die Armut wird in der Tat zur Empörung gepeitscht!

Gegen den erhöhten Zoll auf Tee

machen die Interessentenkreise jetzt mobil. Das ist ihr gutes Recht. Und die Sozialdemokraten unterstützen gern alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, eine Verteuerung von Nahrungs- und Genußmitteln zu verhüten. Leider verfallen die Interessenten dabei immer in den Fehler. Steuern auf andere Nahrungs- und Genußmittel vorzuschlagen. So empfehlen die Tee-Interessenten jetzt einen höheren Kaffeezoll; ferner wünschen sie einen Zoll auf Kakao mit der Behauptung, daß Kakaobohnen in den letzten Jahren so bedeutend im Preise gesunken seien, daß sie sehr wohl eine Steuer vertragen können. Außerdem wird gewünscht eine Steuer auf Malzkaffee und sämtliche Teesurrogate. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten gegen alle diese Steuern stimmen würden; die Interessenten der einzelnen Branchen erweisen sich aber selbst einen sehr schlechten Dienst dadurch, daß sie fortwährend behaupten, die Vertreter anderer Branchen seien in der Lage, eine höhere Steuerlast zu ertragen.

Wer trägt die Stempelsteuer?

Hierüber gibt die Frankfurter Zeitung Auskunft. Das Blatt schreibt:

„Stempel und andere Gebühren werden einfach auf die Lieferanten abgewälzt und es würde dies auch mit den neuen Steuern der Fall sein. Trotz Scheckgesetz werden zahlreiche, voraus datierte, ungestempelte Schecks in Zahlung gegeben; trotz Postscheck wird bei der Regulierung, auch von Inhabern von Postscheck-Konten, von angesehenen Firmen, die nicht bezahlte Posteinzahlungsgebühr gefürzt; trotz Wechselgesetz werden zahlreiche Wechsel, teils mit Akzept, teils mit mehreren Giros, ungestempelt weitergegeben. Wir denken, diese Blütenlese, welche wir noch vervollständigen können, genügt, um zu zeigen, daß die Industrie sich auf alle mögliche Weise, insbesondere durch Vermeidung des Scheckverkehrs, gegen die neue Steuer wehren würde."

Wir wollen keine Preußen sein!

Keine Preußen werden wollen die Bewohner des zwischen Belgien, Holland und Preußen liegenden Ländchens Neutral-Moresnet. Die Aufteilung dieses neutralen Gebietes zwischen Belgien und Preußen ist aus Anlaß eines Vorschlages Preußens wieder Gegenstand lebhafter Erörterung geworden. In dem Ländchen leben 1675 Deutsche, 1476 Belgier, 413 Holländer und 416 Neutrale. Die Verkehrssprache ich deutsch. Trotzdem verlangen die Einwohner, wenn man sie nicht selbständig lassen will, dem kleinen Belgien statt dem großen, deutschen Reiche angegliedert zu werden und zwar, weil in Belgien freiheitlichere Zustände herrschen, und weil dort die Lebenshaltung viel wohlfeiler ist. In Belgien sind fast alle Lebensmittel billiger und die Steuern niedriger. Die Zuteilung an Deutschland würde jeder Arbeiterfamilie eine jährliche Mehrausgabe von 200 bis 250 Franken verursachen, eine Zuteilung an Belgien

Kleines Feuilleton.

Die wie Jesus leben.

Auf dem Grabstein eines amerikanischen Säuglings fand sich die drollige Aufschrift: „Ich möchte wissen, warum ich überhaupt entstanden bin, wenn es doch so bald mit mir wieder vorbei sein sollte." Den gleichen tragikomischen Tadel für die Voraussehung könnten die absonderlichen Käuze in Cleveland, Staat Ohio, auf dem Grabstein eines Unternehmens anbringen, das sie im vorigen Jahre ins Leben riefen. Ueber einen religiösen Jüngling (in Amerika wimmelt es von religiösen Jünglingen) war die Erleuchtung gekommen, wie die durch den Teufel gefährdeten Seelen (auch von solchen wimmelt es in Amerika) vor aller Anfechtung bewahrt bleiben könnten. Der Angefochtene, Männlein oder Weiblein, brauchte sich nur die Frage vorzulegen: „What would Jesus do?", und dann genau so handeln, wie Christus in dem besonderen Falle gehandelt haben würde. Der Jüngling verkündete die neue frohe Botschaft allem Volk, und alles Volk ergriff ein wahrer Taumel, fortan wie Christus zu leben (to live like Jesus) und so des Heils teilhaftig zu werden. In Massenversammlungen gelobten Tausende von jungen Leuten, die schöne Verpflichtung, eines höheren Lebens auf sich zu nehmen. Immer neue Versammlungen wurden abgehalten, in denen Chorale gesungen wurden und junge Leute leuchtenden Auges berichteten, wie sie ihr Gelöbnis angesichts aller Schwierigkeiten gehalten hätten. Leicht war das nicht. Ein erleuchtetes Stubenmädchen hatte sich geweigert, fernerhin Besuchern vorzulügen, die Gnädige sei nicht zu Hause, wenn sie doch zu Hause war. Seitdem wanderte sie ruhelos von Stellung zu Stellung. Aber das Bewußtsein, daß Christus in ihrem Fall genau so gehandelt hätte, war ihr ein balsamischer Trost und eine himmlische Stärkung. Sehr schwierig hatte sie es gefunden, nicht mehr durch Schlüssellöcher zu gucken, oder an den Türen zu horchen, oder von Kuchen und Früchten zu naschen, oder die Postkarten an die Herrschaft zu lesen. Aber mit der Zeit hatte sie auch das überwunden. Geradezu heldenhaft hatte ein Jesus-Jüngling kämpfen müssen, der als Verkäufer in einem Geschäft zum Verkauf von Milch, Butter, Eiern und Käse angestellt war. Früher hatte er fröhlichen Herzens Wasser in die Milch geschüttet, die Butter vermanscht, alte Eier als frische abgestempelt und selbstgemachten Käse als Schweizer verkauft, ohne mit der Wimper zu zucken. Nun weigerte er sich, das fernerhin zu tun, weil Christus so etwas nun und nimmer getan hätte. Seine Vorgesetzten nannten ihn einen verdammten Narren, fragten ihn höhnisch, ob Christus nicht Wasser in Wein verwandelt habe, und jagten ihn davon. Er fand schließlich eine Stellung bei der Straßenbahn und lebt nun in dieser so, daß zwischen ihm und dem Heiland nicht der geringste Unterschied zu entdecken ist — sagt er. Aehnliche trübe Erfahrungen machte eine junge Jesus-Dame in einem Blusengeschäft, die den Kundinnen auf den Kopf zusagte, ihre Taillenweite sei 36, anstatt mindestens sechs Zoll herunterzulügen, wie sie das zum Entzücken der Damen und zum Vorteil des Geschäfts früher getan hatte. Ferner: ein Zahnarzt wurde von einem Bücheragenten heimgesucht. Früher hatte er Bücheragenten grob hinausgeworfen. Jetzt dachte er an Jesus und war gegen den Agenten höflich und liebenswürdig. Am nächsten Tage brachte der dankbare Agent seine Frau und vier Kinder zur Behandlung. Der Arzt erzählte das gerührt in einer Erbauungsversammlung der Jesusjünglinge, die begeistert Beifall klatschten.

„Freilich," setzte der Jesusarzt hinzu, als wieder Stille eingetreten war, „meine Rechnung hat der Agent nicht bezahlt!" Und heute? Heute ist die Bewegung tot, mausetot. Vielleicht ist sie nur des üblichen Todes gestorben, der solche Bewegungen im Lande der religiösen Hysterie (Puritanererbschaft) fast immer zu ereilen pflegt. Vielleicht auch haben allzu viele ein Haar darin gefunden, im Lande des „allmächtigen Dollars" und der Rockefellers (ausgerechnet!) wie Jesus leben zu wollen.

(Henry F. Urban, Neuyork, im Tag.)

Aus 1100 Meter Höhe abgestürzt!

Aus Neuyork wird berichtet: Die Geschichte der Luftschiffahrt ist jetzt um einen einzigartigen Fall bereichert worden: aus einer Höhe von 1100 Meter ist ein amerikanischer Flugtechniker mit Aeroplan abgestürzt, ohne zu zerschmettern, er ist noch ganz heil und erzählt selbst die Geschichte des gräßlichen Sturzes. Der Held dieses Abenteuers ist der Schlosser Ulysses Sorensen aus Nebraska, der am Dienstag voriger Woche in der Nähe der kleinen Stadt Berwyn zum ersten Male einen von ihm selbst erfundenen Flugapparat praktisch erproben wollte. Seit Monaten hatte der Schlosser in seinen Freistunden rastlos an der Maschine gearbeitet, mit der er das Problem des Flugs endgültig zu lösen hoffte. Der Apparat war darauf berechnet, von einem Luftballon aus zum Fluge losgelassen zu werden. Nach langen Bemühungen hatte Sorensen endlich einen Luftschiffer gefunden, der es übernahm, ihn mit seiner Maschine in die Lüfte zu führen, und am Dienstag erfolgte der Aufstieg. In einer Höhe von 1100 Meter wurde Sorensen mit seiner Flugmaschine losgelassen. Zum Entsetzen des Flugtechnikers und der Hunderte von Zuschauern, die mit Operngläsern dem kühnen Experiment folgten, versagte das Steuerruder. Die Flugmaschine stürzte wie ein Stein herab und überschlug sich mehrfach. Sorensen verlor dabei seinen Sitz nicht; als der Apparat krachend am Boden aufschlug, saß der Schlosser aufrecht im Sitz. Die Flugmaschine zerschmetterte in tausend Trümmer. Als tot trug man Sorensen davon. Zur größten Ueberraschung aller Zeugen des Unfalls erwies die ärztliche Untersuchung jedoch, daß keinerlei Knochenbrüche eingetreten waren. Eine halbe Stunde nach dem grauenvollen Sturze kam der Schlosser wieder zum Bewußtsein. Es scheint, daß das Abenteuer seinen Unternehmungsgeist nicht erschüttert hat. „Meine Flugmaschine ist in Ordnung und so bald ich wieder aufstehen kann, werde ich sie neu konstruieren. Die Steuerung hatte sich eingeklemmt und die Maschine verlor die Horizontallage. Sie beugte sich vor und überschlug sich. Dann drehten wir uns mit rasender Geschwindigkeit. Ich verstehe nicht, wodurch das Versagen der Steuerung eintrat; ich bin überzeugt, daß das Ding fliegen wird, wenn ich den Versuch wiederhole. Warum ich nicht herausfiel? Ich hatte keine Zeit dazu. Die Flugmaschine fiel so schnell wie ich und ich klammerte mich am Sitze fest. Ich hatte das Gefühl, als dauere der Sturz einen Monat. Dabei dachte ich gar nicht an den nahen Tod. Mit keiner Vorstellung streifte ich das, was geschehen würde, wenn ich auf die Erde aufschlüge. Mich beseelte nur ein Gedanke, die Steuerung frei zu bekommen. Bei meiner neuen Maschine werde ich keinen Fehler machen und richtig fliegen."

Im papiernen Zeitalter.

Während Deutschland unter den Papier fabrizierenden Staaten Europas mit 81½ Millionen Zentnern an der Spitze steht, leistet die amerikanische Papierindustrie mehr als das Dreifache dieses Betrages. Dementsprechend ist aber auch die Papierverwendung drüben eine weit vielseitigere als bei uns. Man benutzt mit Erfolg Papierdächer; ein großes Haus in Chicago fabriziert Papierkleidung, die wegen ihrer Leichtigkeit, Sauberkeit und Bequemlichkeit in Krankenhäusern allgemein, aber auch in anderen Kreisen Verwendung findet. Dann gibt es dort Papierzigarren. Man läßt das dazu bestimmte Papier etwa zehn Tage in einem Wasser aufweichen, in welchem man Tabakreste gekocht hat; die mit Nikotin gesättigte Papiermasse geht durch Zylinder, die sie zu Blättern auswalzen, und wird dann zu prächtigen Zigarren aufgerollt. Erwähnung verdienen die in Philadelphia aus Papier verfertigten Flaschen und Säcke. Das neueste sind papierne Hufeisen: nach Aussage des Erfinders sind sie leicht, halten länger als die stählernen und setzen den Fuß nicht der Gefahr der Verwundung aus, da sie sich ohne Nägel befestigen lassen.

Zwei deutsche Ingenieure haben anscheinend soeben eine neue Stoffart erfunden, eine Art verstärktes Papier, eine seltsame Komposition aus Papier, Leinen, roher Seide und Batist, die durch Stahldraht zusammengehalten wird. Leicht, für Feuer und Wasser gleich unangreifbar, würde dieser Stoff alle möglichen Verwendungsarten gestatten: den Bau von Packdampfern und Panzern, Automobilen und Elektrischen, Herstellung von Straßenpflaster usw. So wird die Frage, wozu man Papier benutzen kann, bald ebenso vielseitig zu beantworten sein wie die von Mark Twain, dem berühmten amerikanischen Humoristen, so glänzend beantwortete ähnliche Frage: Wozu dient ein Buch?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0002

dagegen pro Jahr und Familie noch eine Verbilligung um 50 bis 100 Franken bringen.

Deutsches Reich.

— **Die Beamten drohen.** In den Kreisen der Reichsbeamten herrscht eine tiefe Verstimmung darüber, daß die Besoldungsvorlage noch immer in der Schwebe ist und daß sie bei der augenblicklichen Situation zu scheitern droht. Wie die Schlesische Zeitung erfährt, gärt es unter den mittleren Postbeamten, weil die Regierung das in der Kommission bewilligte Gehalt von 1800—3600 Mk. als unannehmbar bezeichnet hat. Man will einen Abgeordneten veranlassen, den Antrag auf namentliche Abstimmung zu stellen, damit die Beamten wissen, wie sie sich bei den kommenden Wahlen zu verhalten haben.

— **Aus der nationalliberalen Fraktion ausgetreten** ist der Vertreter für Jena, der großagrarische Abg. Lehmann, der sich wiederholt durch seine überagrarischen Faseleien nicht gerade mit Ruhm bedeckt hat. Die Nationalliberale Korrespondenz sagt, daß Lehmann ausgeschieden sei, „weil er sich der Auffassung der Fraktion nicht anschließen konnte, daß die einmütige Zustimmung der nationalliberalen Fraktion zur Erbanfallsteuer im Interesse des Zustandekommens der Finanzreform eine politische Notwendigkeit geworden sei".

Lehmann ist schon aus dem Bereich der nationalliberalen Fraktion ausgezogen und hat im Reichstage seinen Sitz bei der Wirtschaftlichen Vereinigung (Antisemiten) genommen.

— **Das Klassenparlament wird verunkünftig.** Die Geschäftsordnungskommission des Abgeordnetenhauses beriet am Donnerstag über einen Antrag des Staatsanwaltes in Erfurt, der die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs unseres Erfurter Parteiorgans nachsuchte. Die Erfurter Tribüne sollte bei Gelegenheit der Kassierung der vier sozialdemokratischen Mandate die edlen Herren „beleidigt" haben. Die Geschäftsordnungskommission beschloß aber, dem Landtage vorzuschlagen, die nachgesuchte Genehmigung nicht zu erteilen.

Die Tribüne hat man bekanntlich vor einigen Jahren schon einmal mit einem Jahre Gefängnis bestrafen lassen. Man scheint an diesem einmaligen Erfolge genug zu haben.

— **Zustände in der Armee.** Aus Berlin wird gemeldet: In einem hiesigen Kavallerieregiment haben sich in der letzten Zeit Dinge zugetragen, die stark an die Vorgänge zu Graf Lynars Zeiten in Potsdam erinnern. Der Regimentskommandeur erhielt Nachricht von den Vorfällen und dem Treiben in einigen Kneipen und hat die strengsten Maßregeln ergriffen, um den Ausschreitungen Einhalt zu tun, die bereits so arg waren, daß sie harmlosen Passanten auffielen. Es wurden Verhaftungen und Suspendierungen vorgenommen, die ein kriegsgerichtliches Nachspiel haben werden. Nebenher geht auch ein Verfahren gegen mehrere in die Affäre verwickelte Zivilpersonen, so auch gegen einige Gastwirte, die das Treiben unterstützt haben. Da können ja wieder nette Dinge ans Tageslicht kommen.

— **Ein Polizeistückchen.** 14 Stunden festgehalten wurde am Montag in Oppeln der Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes Gen. Kowalcik aus Breslau, weil er vor einer Fabrik Einladungszettel zu einer Versammlung verteilt hatte. In der Zwischenzeit wurde er sechsmal vom Polizisten zwischen Polizeiamt, Gefängnis und Amtsgericht hin- und hergeführt. Selbstredend wird Gen. Kowalcik diese Polizeitat nicht ruhig hinnehmen und den Herrschaften beweisen, daß die oberschlesischen Polizeipraktiken einmal ihr Ende haben müssen.

Frankreich.

Die Mißstände in der Marine.

Die Kommission, welche die Kammer eingesetzt hatte, um die Zustände in der Marine zu untersuchen, hat soeben ihren Bericht erstattet. Der Berichterstatter Michel macht darin folgende Feststellungen:

Es habe sich herausgestellt, daß bei dem Bau der Kriegsschiffe häufig sehr planlos verfahren werde. Noch wenn der Bau im vollen Gange, wurden immer wieder Abänderungen an dem ursprünglichem Bauplan vorgenommen. Frankreich baue 30 Prozent teurer als England, und 22 Prozent teurer als Deutschland. Ferner wurde festgestellt, daß für die Marinegeschütze vielfach nicht die vorschriftsmäßige Anzahl von Geschossen vorhanden waren. In den Arsenalen fehle es vielfach an modernen Werkzeugen und Maschinen. Schließlich wurden auch eine Anzahl Bestechungsversuche von seiten der Lieferanten festgestellt. Ueberall fehle es an Direktiven, an Verantwortlichkeit, an Unterordnung, an Organisation. Die Kommission beantragt verschiedene Tadel über Minister und Verwaltung auszusprechen. Und das Ministerium wird in der Kammer einen sehr schweren Stand haben.

Die Hetze gegen die Postbeamten.

Paris, 24. Juni. Die Gerichtsbehörden haben beschlossen, die Verwaltungsratsmitglieder des Syndikates der Post- und Telegraphenbeamten, welche bisher aus dem Syndikat, dessen Statuten bekanntlich nicht anerkannt sind, zu verfolgen. Von den 27 Mitgliedern des Verwaltungsrates haben nur 11 ihren Abschied eingereicht. Die übrigen 16 werden nunmehr gerichtlich verfolgt. Die Schuldigen setzen sich einer Geldstrafe von 60 bis 200 Frank aus.

Der Minister als Vermittler.

Paris, 24. Juni. Im heutigen Ministerrat wurde der Marineminister beauftragt, nach Marseille zu reisen, um zu versuchen, eine Verständigung zwischen den Reedern und den ausständischen Seeleuten herbeizuführen.

Die ausständischen Seeleute erklärten in ihrer gestrigen Versammlung, daß sie bereit seien, das Schiedsverfahren des Marineministers anzunehmen, unter der Bedingung, daß die Schiffsgesellschaften die Verpflichtungen anerkennen, welche vor dem Ausstand übernommen worden sind.

Rußland.

Generalgaunereien.

Petersburg, 24. Juni. Auf der Wolga-Bogulminseisenbahn wurden große Unterschleife entdeckt. 2½ Millionen Mark sind gestohlen worden. Die gesamte Direktion wurde unter Anklage gestellt. Man fand eine Menge gefälschter Quittungen im Gesamtbetrage von über einer Million Mark. Auch falsche Buchführungen konnten nachgewiesen werden.

Persien.

Die Kosakenplage

Teheran, 24. Juni. Auf Aufforderung des Endschumen in Täbris sind die persischen Gesandten in London und Petersburg angewiesen worden, auf der Abberufung der russischen Truppen aus Persien zu bestehen.

Aus der Partei.

In Geldsachen der S. M.

Genosse Bebel schreibt dem Vorwärts:

Nachdem der Genosse Opifizius in der Sonntagsnummer des Vorwärts seine Erklärung veröffentlichte, sehe ich mich veranlaßt, in dieser Angelegenheit nochmals das Wort zu ergreifen.

Ich konstatiere, daß durch die Erklärung des Genossen Opifizius meine Angaben vollständig bestätigt worden sind.

Ich konstatiere weiter, daß danach die Angaben der Genossin Mundt in ihrem Brief an mich, den sie in der Nummer 130 des Vorwärts veröffentlichte, sich von Anfang bis zu Ende als grobe Unwahrheit herausstellen. Die Genossin Mundt hat dadurch nicht nur mich, sondern die gesamte Partei belogen, die durch den auf ihr Verlangen erfolgten Abdruck ihres Briefes in der Parteipresse Kenntnis von ihrer Erklärung erlangte.

In dieser Angelegenheit ist mir mittlerweile von unserem Frankfurter Parteisekretär, den Genossen Dittmann, ein Brief zugegangen, der die Erklärung des Genossen Opifizius und meine in bemerkenswerter Weise ergänzt. Dittmann schreibt:

„Frl. Mundt war 1905 auch bei dem Genossen Alfons Wolf, der stark revisionistisch gesinnt ist. Wolf hatte keine Lust, mit Frl. Mundt allein über die Monatshefte zu reden, und veranlaßte daher die in seiner Nachbarschaft wohnenden Genossen Hans Elbert und Benno Schmidt, ihnen Gesellschaft zu leisten. Elbert und Schmidt sind mit Wolf persönlich befreundet, teilen aber seine revisionistischen Ansichten nicht.

Diese Genossen haben sich nun am betreffenden Abend in der Wohnung Wolfs bei einem Gläschen Wein bis 1 Uhr nachts mit der Dame unterhalten. Frl. Mundt teilte mit, daß sie sich auf einer Tour durch verschiedene deutsche Städte befinde, um Geld für die S. M. aufzutreiben. Sie bat den Genossen Wolf, ihr Namen und Adresse solcher Frankfurter Persönlichkeiten namhaft zu machen, die für die S. M. Geld hergeben würden.

Wolf, der die Dame von einer früheren Gelegenheit her kannte, hat ihr dann eine Reihe von Namen genannt, die sie sich notierte, u. a. Hallgarten, Stadtrat Dr. Flesch, Funk (der zu jener Zeit freisinniger Landtagsabgeordneter war, A. d. R.), Merton, Pfungst usw.

Im Laufe des Gespräches entschlüpfte Fräulein Mundt diese charakteristische Bemerkung:

sie werde den Leuten sagen, daß sie doch das allerlebhafteste Interesse an der Erhaltung der Monatshefte hätten und deshalb doch auch Mittel für sie hergeben könnten. (!!!)

Elbert und Schmidt haben es aus Höflichkeit gegen die Dame und aus Freundschaft zu Wolf unterlassen, sofort zu sagen, was hätte gesagt werden müssen. Dieselben sind aber der Einladung, am andern Abend nochmals mit Frl. Mundt in einem Restaurant zusammenzutreffen, nicht gefolgt. Wolf, der hingegangen ist, hat dann später an Elbert berichtet, Frl. Mundt hätte gesagt, daß sie wenig Erfolg bei ihrer Bettelei gehabt hätte."

Man ersieht aus all den Mitteilungen, was die Behauptung bedeutet, die S. M. hätten nie Geld aus bürgerlichen Händen erhalten. Die Genossin Mundt unternahm sogar eine zweite Reise nach Frankfurt, um noch das Geld, das man bürgerlicherseits dem Genossen Opifizius für die S. M. zugesagt hatte, in Empfang zu nehmen. Dieser hatte sich aber mittlerweile eines Besseren besonnen und verweigerte, sicher zum großen Leidwesen der S. M., die Herausgabe desselben.

Jetzt entsteht aber die Frage: Wer hat die Genossin Mundt zu ihren Sammelreisen beauftragt bezw. sich mit derselben einverstanden erklärt? Doch offenbar der Verleger der Monatshefte, der Genosse Dr. Bloch. Dieser hat bis jetzt in dieser Angelegenheit geschwiegen, obgleich ihn nach meiner Auffassung die Hauptschuld trifft. Er wäre auch verpflichtet gewesen, die Genossin Mundt davon abzuhalten, den sie kompromittierenden Brief an mich zu schreiben, den sie nicht ohne seine Kenntnis geschrieben haben dürfte.

Mein Wunsch ist, daß der Parteivorstand in dieser Sache eine Untersuchung veranstaltet und das Resultat derselben der Partei bis spätestens zum nächsten Parteitage mitteilt. So viel Aufklärung auch erfolgt ist, manches ist noch dunkel in dieser Sache.

Auch Braunschweig verlangt die Möglichkeit von Urabstimmungen!

Zu dem Entwurf des neuen Organisations-Statuts der Partei nahmen die Braunschweiger Parteigenossen in zwei gut besuchten Versammlungen Stellung. Im allgemeinen war man mit den Vorschlägen der Kommission einverstanden, wünschte jedoch nach einer äußerst regen Diskussion durch Beschluß die Abänderung des § 4 dahingehend, daß weibliche Mitglieder, „wenn möglich" zur Leitung und Verwaltung in der Organisation herangezogen werden sollen.

Zu § 5 wurde beschlossen, den Beitrag für weibliche Mitglieder auf monatlich 10 Pfg. festzusetzen. Die Gleichheit soll nicht gratis geliefert werden.

Die Reichstags-Fraktion soll sich (§ 7) durch eine Delegation auf dem Parteitage vertreten lassen. Die sämtlichen Delegationskosten sollen von der Zentralkasse übernommen werden. Die Wahl der Delegierten soll durch Urabstimmung erfolgen, in der von der Kommission vorgeschlagenen Zahl.

Auf Beschluß des Parteitages, oder auf Anordnung des Parteivorstandes ist jede Frage des Parteilebens durch Urabstimmung zu entscheiden. Auf Antrag von 10 Prozent der organisierten Genossen oder 15 Kreis-Organisationen hat der Vorstand die Urabstimmung anzuordnen.

Im § 23, den Ausschluß aus der Partei betreffend, sollen die Worte gestrichen werden „in bewußter Weise".

Sozialdemokraten sind minderen Rechts.

Der Metallarbeiter-Verband in Braunschweig feiert am 18. Juli sein 19. Stiftungsfest und beabsichtigt, nachmittags einen Festzug durch die Straßen der Stadt zu unternehmen. Auf sein Gesuch um Genehmigung ging ihm jedoch jetzt von der Polizeidirektion folgendes kulturhistorische Dokument zu:

Braunschweig, den 22. Juni 1909. Auf die Eingabe vom 19. ds. Mts.: Da nach den Vorgängen am 22. Januar v. Js. bei Veranstaltung öffentlicher Aufzüge von Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei wegen der zu befürchtenden Ausschreitungen und Verkehrsstörungen Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht, kann die von Ihnen namens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dessen Mitglieder vorzugsweise der Sozialdemokratischen Partei angehören, beantragte Erlaubnis zur Veranstaltung eines Aufzuges auf öffentlichen Straßen der hiesigen Stadt am Nachmittage des 18. Juli d. Js. nicht erteilt werden. v. d. Busch.

Im benachbarten preußischen Hildesheim konnten die gesamten 28 Gewerkschaften erst am letzten Sonntag wieder einen Festzug gelegentlich des Gewerkschaftsfestes unternehmen. Im benachbarten braunschweigischen Königslutter wurde am gleichen Sonntag ein ganzer Stadtteil auf zwei Tage polizeilich für den Verkehr abgesperrt, weil der Kriegerverband dort sein Stiftungsfest abhielt. Im braunschweigischen Marktflecken Hessen wird am 24. ds. Mts. eine ganze Staatsstraße für den öffentlichen Verkehr für zwei Tagesstunden gesperrt, weil man dort ein Herzog-Denkmal einzuweihen beabsichtigt. In der Stadt Braunschweig aber verbietet die Polizei einer Gewerkschaft einen Festzug aus dem Grunde, weil die Metallarbeiter der Sozialdemokratischen Partei angehören, die bei der Wahlrechtsdemonstration am 22. Januar v. Js. nur in der Polizeiphantasie bestehende „Ausschreitungen" begangen haben soll. Diese gelungene Demonstration liegt der Polizei anscheinend äußerst schwer im Magen.

— **Von der spanischen Parteipresse.** Der Socialista, das Zentralorgan unserer spanischen Genossen, soll vom Jahre 1910 ab als Tageszeitung erscheinen. Um die notwendigen Gelder aufzubringen, sind Anteilscheine ausgegeben, und auch sonst wird eifrig zu dem Fonds gesammelt. Unsere Genossen hoffen mit Recht, daß dann die sozialistische Presse eine ganz andere Bedeutung erhält, und daß damit die Bewegung einen kräftigen Aufschwung nehmen werde.

Gewerkschaftliches.

Baukontrollfälschungen.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz in Deutschland veranstaltet in der Zeit vom 15. Juni bis 1. Juli in ganz Deutschland eine eingehende Bautenkontrolle. Von den ausgefüllten Kontrollformularen soll je eins den Ortsbehörden und den Regierungsbehörden zugeschickt und das dritte der Zentralkommission übermittelt werden. Diese Kontrolle hat den Zweck, die unzulässigen Einrichtungen auf den Bauten und die Vernachlässigung der Unternehmer auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes festzustellen. Wie wir nun aus sicherer Quelle erfahren, planen die Berufsgenossenschaften eine Gegenaktion. Sie wollen in ganz Deutschland in den nächsten 14 Tagen von ihren Vertretern ebenfalls eine Kontrolle der Bauten vornehmen lassen. In den elsaß-lothringischen Großstädten haben sich die Bauarbeiter schon gewundert, daß die Unternehmer plötzlich Mißstände beseitigen, die vorher von ihnen gar nicht beachtet wurden. Es scheinen in dieser Beziehung Anweisungen an die Unternehmer ergangen zu sein, um gegen die Kontroll-Listen der Arbeiter die also fristerten Listen der Bauberufsgenossenschaften stellen zu können. Die Bauarbeiter allerorts haben daher alle Ursache, in den nächsten Tagen das Treiben der Unternehmerschaft zu beobachten, um diese Vertuschungen der wahren Zustände aufzudecken.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, für Lokales Otto Niebuhr, für Provinzielles und Versammlungsberichte Walter Leopoldt, sämtlich in Halle.

Der alljährlich nur einmal stattfindende grosse

Inventur-Ausverkauf

beginnt Dienstag den 29. Juni.

Wir überbieten nach wie vor alles!

Geschäftshaus J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0003

Leopold

Nussbaum

G. m. b. H.

Gr. Ulrichstrasse 60/61. Halle a. S. Barfüssenstrasse 3/5.

Diesjähriger

Saison-Räumungs-Verkauf

beginnt

Dienstag d. 29. Juni morgens 7 Uhr.

Wir überraschen Sie mit noch nie Gebotenem.

Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei,

e. G. m. b. H., Halle a. S.

Montag den 28. Juni 1909, abends 8 Uhr im Speisezimmer der Druckerei

General-Versammlung.

Tagesordnung: **Halbjahresübersicht.**

Halle a. S., den 19. Juni 1909.

Zutritt nur für Mitglieder

Der Vorstand
der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei, e. G. m. b. H.
i. A.: Zühlig. Reinwald.

Zentral-Verband d. Maurer Deutschlands

Zweigverein Halle a. S.

Sonntag den 27. Juni 1909 nachmittags 3½ Uhr im „Volkspark"

Gr. Sommer-Fest

bestehend in:

Gartenkonzert, Blumenverlosung, Preisschiessen, Preiskegeln u. Lampionzug.

Nachm. von 3½ Uhr an: **Kränzchen.** ✱ Abends von 8 Uhr an: **BALL** bis früh.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Mitglieder nebst werten Angehörigen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Festkomitee.

Das **Brot und Weissgebäck** aus dem

Konsumverein für Weissenfels u. Umgeg.,

das auch an Nichtmitglieder abgegeben, und Weißgebäckwaare jedem, auf Bestellung, ins Haus gebracht wird, sind von vorzüglicher Beschaffenheit.

Die **Herstellung dieser Backwaren geschieht in der saubersten Weise** mit modernen maschinellen Einrichtungen.

Die **Arbeitsbedingungen** sind nach dem **Tarif der Berufsorganisation** der Bäcker geregelt.

Aus einem derartigen Betrieb seine Backwaren zu beziehen, sollte besonders für einen **Arbeiter** eigentlich **selbstverständlich** sein.

---

sind die besten!

Die beliebten
Viktoria-, Torpedo- u. Göricke Westfal.-
Fahrräder
empfiehlt
Carl Hechler,
Telephon 1924. Halle a. S.-G., Triftstrasse 18.
Fahrräd. v. 70 M., Mantel 3, Schläuche 2⁵⁰, Laterne 1⁵⁰.

Jede Mutter
bewahre ihr Kind vor
Skrophulin,
Rach. Krankheit, Ausschlag
durch Reichen von
Medicinal-
Lebertran Emulsion.
Bestes
Blutreinigungs u. Stärkungsmittel.
Flasche 1 Mk. und 2 Mk.
Max Rödler,

Erste Deutsche **Chauffeurschule** MAINZ, ältestes Institut der Welt. Kostenl. Stellennachw.

Marke **„TURUL"**
Nur ein Preis.

Jedes Paar
Herren- und Damenschuhe aus Box-, Chevreaux- und Lack-Leder in anerkannt guter Qualität. — Elegante Façons und vorzügliches Passform.

7.25 Mk.

Alfred Fränkel Com.-Ges.

Filiale:
Halle, Gr. Ulrichstr. 17.

110 eigene Filialen.

16000 Paar wöchentliche Erzeugung.

Freidenker-Verein Halle und Umg.

Sonntag den 27. Juni 1909

Besichtigung des Botanischen Gartens.

Treffpunkt früh ½9 Uhr am Eingang.

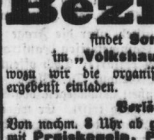
Hallescher Mundharmonika-Verein von 1907.

Sonntag den 27. Juni:

Kränzchen

im Restaurant Deutsche Eiche, Böllbergerweg. Anf. 4 Uhr.

Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.



Arb.-Radfahrerbund „Solidarität",

Gau 17, Bezirk 4.

Unser diesjähriges

Bezirksfest

findet **Sonntag den 27. Juni** cr.
im „Volkshaus" zu Weissenfels a. S. statt,
wozu wir die organisierte Arbeiterschaft und Bundesgenossen ergebenst einladen.

Vorläufiges Fest-Programm:

Von nachm. 3 Uhr ab **grosses Garten-Konzert** verbunden mit **Preiskegeln, Preisschiessen** und **Tombolaspiel.**

Von abends 7 Uhr ab **grosser BALL;**
während des Balles **grosses Kunst- u. Reigenfahren.**

Die Bezirksleitung: R. Scheller, Teuchern. Das Festkomitee.

Sozialdemokr. Verein Falkenhain.

Sonntag den 27. Juni 1909:

Kinderfest.

Nachmittags 3 Uhr: **Umzug durch den Ort.**

Abschiessen einiger Vögel.

Abends von 7 Uhr ab: **grosser Festball.**

Wir möchten die Einwohner von Falkenhain bitten, ihre Häuser zu diesem Feste recht schön zu schmücken. Gruss kann im Wiedemannschen Gasthof abgeholt werden. Auch ersuchen wir die Eltern sowie die Jugend, sich zahlreich an unserm Festzuge zu beteiligen.

Der Vorstand.

Juventus halber bleibt Mittwoch, den 30. Juni, die

Volksbuchhandlung, Harz 42/43

geschlossen. Die Preis-Kommission.

Kinderwagen, neueste Form, 6 Mk. 17.50 an, kauft **M. Bär,** Gr. Märkerstr. 54. Verlangen Sie Gratis-Katalog.

Neue saure Gurken

für Wiederverkäufer
Schock **3.25 Mk.**
empfiehlt
T. Zirkenbach,
Harz 2 und 3.

Kurzgepflückte frische Kamillen
kauft zu höchsten Preisen
Firma Wilhelm Kuhne
Halle a. Saale,
Große Märkerstraße 7.

Farben, Lack, Pinsel etc.
Neueste Wandmuster
empfiehlt billigst
Drogerie A. Springer,
Zeitz, Stephanstraße 17.

Frische Knickeier
billigst. Spezial-Eier-Grosshandlung,
7 Talamtstraße 7.

---

1 gebr. Motorrad
preiswert zu verkaufen. Gefl. Off. u. T. X. 519 an Ann.-Exp. Gründler, Leipzigerstr. 66a erb.

---

2 Schott neue Betten billig zu vk. Börge, Alter Markt 32.

Fahrräder 56 Mk.
Decken 2.60, Schläuche 2.20 u. h. Reparaturen, Zubehörteile spottbillig. Rud. Lange, Ammendorf.

Kluge Frauen
sende Prosp. Periodenstörung. Dankschreiben u. Probebeutel Dr. Blons-Pulver bei Einsendung von 20 Pfg.-Marke gratis. Bitte ausschneiden.
H. Löther, Dresden-A., Wettinerplatz 9.

Wer seine Frau lieb
hat und vorwärts kommen will verlange gratis und franko meine neues illustr. Prospekte über moderne Hygiene.
Reformhaus Puchs, Dresden 20, Hotel Bellevue.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190906 90-14/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 146 — Halle a. S., Sonnabend den 26. Juni 1909 — 20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

269. Sitzung. Donnerstag, den 24. Juni, 2 Uhr nachmittags.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Erbschaftssteuergesetzes, beginnend mit dem § 9a, welcher die Prozentsätze der Steuer festsetzt (bis zu 4 Prozent bei 750 000 Mk.).

Mit zur Beratung steht ein Antrag Raab (Wirtsch. Vgg.), die Sätze bis zu 5 Prozent bei einer Million zu steigern, und ein Antrag Albrecht (Soz.), die Steigerungen über der Grenze einer Million fortzusetzen, bis sie 20 Prozent erreichen. Verbunden damit wird ein Antrag von Gamp (Rpt.), der eine verfassungsrechtliche Bindung der Steuersätze verlangt.

Abg. von Richthofen (kons.): Ich spreche namens der Mehrheit meiner Fraktion. Während der nochmaligen Verhandlungen ist der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Descendenten und Ehegatten eine immer steigende Bedeutung beigemessen worden. Es erweckt jetzt den Eindruck, daß für manche Parteien das Schicksal der ganzen Finanzreform von der Erbanfallsteuer abhängt. (Sehr richtig! b. d. Liberalen.) Man hat unsere Haltung mit dem Wunsche in Verbindung gebracht, den Reichskanzler zu stürzen. Einen Reichskanzler oder einen Minister in Preußen zu stürzen, ist noch nie (!) die Absicht oder der Wille der konservativen Partei gewesen. (Stürm. Heiterkeit links.) Das widerspricht unsern Grundsätzen und Ueberlieferungen durchaus. (Ern. Heiterkeit links. Zurufe: Caprivi!) Die Absicht aller Anträge unserer Partei ist, den Besitz an allen Stellen zu besteuern. (Zuruf links: Außer in der Landwirtschaft!) Wenn die Erbschaftssteuer abgelehnt wird, so hoffen wir, daß alle bürgerlichen Parteien den ernsten Willen zeigen, unsere Anträge zu verbessern. (Rufe links: Sind ja gar nicht verbesserungsfähig!) Auch die Reichsregierung wird uns dabei behilflich sein und dann werden wir genug Besitzsteuern bekommen, und die Finanzreform zu einem gedeihlichen Ende führen. (Lebh. Bravo! rechts.)

Reichsschatzsekretär Sydow: Nur mit wenigen Worten will ich noch auf die prinzipiellen Grundlagen des Gesetzes zurückkommen. Wenn man sich darüber einig ist, daß angesichts der erheblichen Belastung der breiten Volksmassen (!) die Besitzenden noch besonders getroffen werden sollen, so muß man doch eine Steuer wählen, welche alle Besitzenden trifft. Da die Bundesstaaten die Einkommen- und Vermögenssteuer für sich brauchen, bleibt nur die Erbschaftssteuer als eine solche allgemein treffende Steuer übrig. Die Erbschaftssteuer ist in dem ganzen Steuerbukett der Regierung die beste Steuer. Es würde im Volke nicht verstanden werden, wenn der Reichstag bei seiner Suche nach Steuerobjekten gerade an dieser Steuer vorbeigehen würde. (Lebh. Zust. b. d. Liberalen.)

Abg. Sieg (natl.): Mir wird niemand bestreiten, daß ich stets auf das allerenergischste für das Interesse der Landwirtschaft eintrat. Ich führe das glücklichste Familienleben, habe eine Frau, blühende Kinder und Enkel. (Brüllendes Gelächter rechts.) Ich weiß nicht, warum die Herren darüber lachen. (Rufe links: „Das ist der Familiensinn!" Zust. und Heiterkeit.) Ich habe das stärkste Empfinden für den Familienzusammenhang, aber ich sehe nicht ein, wie dieses Empfinden unter der Besteuerung des Nachlasses leiden soll. (Stürm. Zust. links.) Die Herren von der Rechten treiben ein gefährliches Spiel. Sie werden es noch dahin treiben, daß sich das Bündnis zwischen großem und kleinem Grundbesitz auflöst. (Sehr wahr! links. Lärm und Unruhe rechts.) Wir werden selbstredend für die Vorlage stimmen.

Abg. Fürst Hatzfeld (Rpt.): Wir haben uns entschlossen, für die Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Kinder und Ehegatten zu stimmen, um die Reichsfinanzreform zu retten. Wird die Erbschaftssteuer abgelehnt, so können wir auch dann die Verantwortung für das Scheitern der Finanzreform nicht tragen. Auch dann werden wir unsere Kräfte für das Zustandekommen der Finanzreform ohne Erbschaftssteuer einsetzen.

Abg. Freiherr von Hertling (Zentr.): Es handelt sich um mehr als eine einzelne Steuer, es handelt sich um eine Machtfrage zwischen rechts und links. (Sehr richtig! im Zentrum.) Doch darauf gehe ich nicht ein. Der Besitz kann nur da ergriffen werden, wo es dem Reich auf Grund seiner Steuergesetze möglich ist. (Zuruf links: Also die Erbschaftssteuer!) Nach unserer Meinung wird durch die Erbschaftssteuer der Besitz nicht gleichmäßig getroffen. Die Herren links machen ihre Stellung zu den Verbrauchssteuern von der Annahme der Erbschaftssteuer abhängig. Ich habe seitens meiner Fraktion keine Erklärung abgegeben, aber was dem einen recht ist, ist dem andern billig. (Sehr richtig! im Zentrum, Bewegung.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Herr von Richthofen hat von der übertriebenen Wichtigkeit, die der Erbschaftssteuer beigemessen wird, gesprochen. Schuld daran sind gerade die Herren Konservativen. Herr von Richthofen sagte selber, hier komme ein Prinzip in Frage, an welches seine Freunde nicht tasten lassen. Dieses Prinzip ist das Prinzip des großen Portemonnaies, die

Schonung der Reichen, vor allem der Großgrundbesitzer.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr von Richthofen wies auch mit Entrüstung zurück, daß seine Partei jemals daran gedacht habe, einen Reichskanzler zu stürzen. Wer hat denn Bismarck gestürzt? Nach seinem eignen Zeugnis eine konservative Clique. Und wer hat Caprivi gestürzt? (Sehr richtig! links.) In dieser Frage haben die Herren vom Zentrum sich natürlich bereit gefunden, den Bund mitzumachen. Denn das ist ja für diese Herren bei der ganzen Finanzreform keine so ganz untergeordnete Frage. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Von konservativer Seite ist es ja auch in einem vertraulichen Zirkular ausgesprochen worden, daß es sich keineswegs nur um die Erbschaftssteuer handelt, sondern darum, der Gefahr in Preußen vorzubeugen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist natürlich dem Zentrum auch sehr sympathisch, wenn die Möglichkeit einer, auch nur irgendwie liberal schillernden Wahlrechtsreform aus der politischen Arena beseitigt wird. (Sehr wahr! b d Soz.)

Es ist sehr zu bedauern und unverantwortlich, daß die Regierung ihr ursprüngliches Projekt einer Nachlaßsteuer zurückgezogen hat, denn diese Steuer war steuertechnisch noch einfacher und auch gerechter, sie war in ihrer Wirkung richtiger, als die jetzige Vorlage. Damit ist allerdings die Nachlaßsteuer keineswegs verschwunden. Sie wird von unserm Programm so leicht nicht verschwinden, und wir werden sie nach wie vor aufrecht erhalten. Ebenso natürlich die Vermögens- und Einkommensteuer.

Der § 9 des Erbschaftssteuergesetzes will die Besteuerung auf Kinder und Ehegatten ausdehnen. Ich kann mir nicht versagen, den Herren von der Regierung zu bemerken,

daß dieser Gedanke sozialdemokratischen Ursprungs ist.

Was die Herren 1906 uns gegenüber als unannehmbar, undurchführbar, utopistisch und phantastisch hinstellten, haben sie sich jetzt genötigt gesehen, in ihr Gesetz aufzunehmen. Freilich haben sie ein gehöriges Quantum Wasser in den sozialdemokratischen Wein gegossen. Deshalb will unser Antrag diese abschwächende Verbesserung wieder aus dem Gesetz herausbringen. Wir wünschen vor allem, daß die unehelichen Kinder hinsichtlich des ihnen vom Vater zugefallenen Erbteils genau so milde behandelt werden, wie die ehelichen. Wir wünschen ferner, daß nicht nur kinderlose Ehegatten zur Steuer herangezogen werden, sondern auch solche mit gemeinsamen Kindern. Sonst würde die Folge sein, daß in der Zwischenzeit, bis der hinterbliebene Ehegatte verstirbt, große Vermögensbestände abhanden kommen. Ohne Annahme unsres Antrags würde das Gesetz ein bedenkliches Loch haben. Die von uns geforderte Erhöhung des Ausgangssatzes auf 1½ Prozent ist außerordentlich bescheiden. Bei Erbanfällen von 10 000 Mk. würden dann statt 100 Mk. 150 Mk. entrichtet werden. Das Wesentliche unsres Antrags ist die Verschärfung der weiteren Stufe. Es spricht aber nicht der mindeste sachliche Grund dafür, die großen Erbschaften, ob sie zwei, drei, zehn oder zwanzig Millionen betragen, immer mit dem gleichen Satze von 4 Prozent heranzuziehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Nach unserm Antrage soll erst bei einem Erbfall von 60 Millionen der höchste Satz von 20 Prozent bezahlt werden. Das ist noch lange keine sozialdemokratische Konfiskation des Eigentums. Ich verweise nur auf die englischen Sätze, die über unsern Antrag noch hinausgehen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es ist eine geradezu lächerliche Behauptung, wenn von der Gefährdung des bäuerlichen Eigentums gesprochen wird. Die Bauern, die hinter dem Pfluge gehen, werden nicht getroffen, sondern nur gewisse Leute, die im Privatleben die Bezeichnung Bauer mit einer Duellforderung beantworten würden. (Heiterkeit.) Und die sich die bäuerliche Maske nur zu demagogischen Agitationszwecken vorbinden. (Sehr wahr! links.) Das Zentrum macht diese Demagogie wacker mit. So dumm werden aber auch die Zentrumswähler nicht sein, daß sie eine Volksfreundlichkeit nicht durchschauen, die in der

Besteuerung der Zündhölzer und der Freilassung reicher Erbschaften

besteht. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Den Antrag Gamp lehnen wir natürlich ab. Hinter der Minderheit hier im Hause steht die Mehrheit des Volks. (Lebh. Zust. links.) Die Grundlage der Finanzmisere ist

der agrarische Charakter des Reichstagswahlrechts.

(Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Regierung sollte endlich unserm Antrag auf eine gerechte Einteilung der Wahlkreise stattgeben. Mit dieser Einteilung herrscht heute kein gleiches Wahlrecht, sondern ein agrarisches Pluralwahlrecht. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn die Regierung ernstlich sich von dem agrarischen Joche befreien wollte, was ich aber nicht annehme, so hätte sie durch gerechte Wahlkreiseinteilung einen Weg zu diesem Ziele. Und ebenso ist es mit der Wahlrechtsreform in Preußen.

Es gibt ein Lustspiel von Kadelburg: Zwei glückliche Tage! Es werden dort die beiden glücklichen Tage eines Villenbesitzers geschildert, nämlich der eine Tag, an dem er die Villa kauft, und der zweite, an dem er sie wieder los wird. So geht es auch mit diesem jetzigen Reichstag aus den Faschingswahlen von 1907. Als er gewählt war, ging ein Jubeln durch gewisse Teile des Volks, sie hatten den ersten glücklichen Tag, den zweiten werden sie haben, wenn sie ihn wieder los sind. (Heiterkeit und sehr gut! b. d. Soz.) Dieser zweite glückliche Tag sollte recht bald kommen. Herr von Richthofen meinte, die Konservativen erfüllen eine Pflicht gegen das Vaterland, wenn sie die Erbschaftssteuer ablehnen. Nun, die Regierung sollte den Konservativen Gelegenheit geben, sich recht bald mit dem Vaterland zu versöhnen. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Vpt.): Dem Antrag Raab stimmen wir zu. Der Antrag Albrecht geht uns zu weit. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Antrag Gamp bedeutet eine Zurückschraubung des Reichsgedankens. (Sehr richtig b. d Liberalen.) Ihm können wir nicht zustimmen. Für die jetzige Situation ist nichts charakteristischer, als die diplomatische Haltung des Zentrums. Bei den Worten des Frhr. v. Hertling über die dunkle Zukunft mußte ich an die Verse Thoma's denken:

Die Zukunft muß als dunkel gelten,
Die Gegenwart ist auch nicht klar.
Und mancher weiß im Lauf der Welten
Nicht einmal, was gestern war.

(Heiterkeit.) — Wenn es nach den Wünschen des Zentrums ginge, so wäre die Zukunft Deutschlands nicht nur dunkel, sondern schwarz über und über. (Heiterkeit u. Zustimmung links.) Das Zentrum hat ja förmlich auf die Konservativen gelauert und ihnen einen fetten Happen nach dem andern hingeworfen, bis es sie allmählich ans Hammelbein bekommen hat. (Stürm. Heiterkeit.) Wen dieses politische Untier einmal in den Klauen hat, den läßt es so bald nicht mehr los, (erneute Heiterkeit) bis es ihn aufgefressen hat.

Wenn das Land über das wahre Wesen der Erbschaftssteuer aufgeklärt wäre, so würden die Bauern manchen Schwätzern aus der Agitationsstube die Türe weisen.

Vizepräsident Kaempff: Herr Abgeordneter, Sie dürfen das hohe Haus nicht eine Agitationsstube nennen. (Schallende Heiterkeit im ganzen Hause und auf den Tribünen.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fortfahrend): Ich habe keineswegs den Reichstag gemeint. (Erneute Heiterkeit. Rufe rechts: Zirkus Schumann. Rufe rechts: Nein Zirkus Busch.) Die Erbschaftssteuer ist für uns der Prüfstein sozialer und staatlicher Gesinnung. (Lauter Beifall links.) Ohne sie hat die ganze Reichsreform für uns jedes Interesse verloren. Die klerikal-konservative Mehrheit mag sie dann allein, ganz wie sie will, zustande bringen. (Stürm. Beifall links, lautes Zischen rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Heim (Zentr.) erklärt, er sei zwar prinzipieller Anhänger der Erbschaftsbesteuerung, aber die Erbschaftssteuer, wie sie ihm vorschwebe, sei derart, daß die Linke sie sicher ablehnen würde. (Gr. Heiterkeit.) Das mobile Kapital entzieht sich der Besteuerung. Eine Erbschaftssteuer muß das mobile Vermögen erfassen, aber eine Erbschaftssteuer, die die Landwirtschaft gefährdet, ist in Grund und Boden falsch.

Abg. Dr. Lattmann (Wirtsch. Vgg.): Die Mehrheit meiner Freunde wird im Interesse des Zustandekommens der Finanzreform für die Erbschaftssteuer stimmen, obwohl wir die Bedenken gegen sie für berechtigt halten.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht (Soz.) wird in allen Teilen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Nur bei dem Absatz, der die unehelichen Kinder den ehelichen gleich stellt, stimmt die gesamte Linke, sowie die Abg. v. Gamp und v. Hohenlohe für den Antrag. Der Antrag Raab (Wirtsch. Vgg.) wird abgelehnt.

Die Abstimmung über den unveränderten Antrag 9a ist eine namentliche. Der Paragraph 9a wird mit 195 gegen 187 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Damit ist die Erbschaftssteuer gefallen. Das Resultat wird mit tiefem Schweigen aufgenommen. Für die Erbanfallsteuer stimmten sechs Konservative: nämlich Fürst Hohenlohe-Oehringen, v. Kappherr, Giese, Wagner, Pauli und Arnold.

Hierauf werden die ersten Abschnitte des Entwurfs debattelos angenommen. Bei Abschnitt 23 begründet

Abg. Singer (Soz.) einen Antrag, Grundstücke, die gewerblichen Zwecken dienen, ebenso wie die land- und forstwirtschaftlichen Zwecken dienen, gleich zu stellen und dem Erben die Zahlung der Steuern in Raten zu gestatten. Was der Forstwirtschaft recht sei, müsse den Gewerbetreibenden billig sein.

Der Antrag wird abgelehnt. Desgleichen der Abschnitt 23 und debattelos eine Reihe weiterer Abschnitte. Beim Abschnitt 26 begründet

Abg. Singer (Soz.) einen Antrag, die jetzt geltende Befreiung der Landesfürsten von der Erbschaftssteuer zu streichen. Unser Antrag spricht so sehr für sich selbst, daß man sich nur wundern muß, daß die Fürsten sich so lange weigern, die Erbschaftssteuer zu zahlen. Es wäre für sie Ehrenpflicht, zur Linderung der Finanznot beizutragen. Da sie es nicht freiwillig tun, sollte die Volksvertretung es aussprechen, daß auch die Fürsten berufen sein müssen, der Not des Volkes zu helfen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Antrag wird abgelehnt. (Höhnische Rufe links: Die Polen! Stürmische Rufe rechts: Bravo den Polen!)

Der Rest des Gesetzes und auch die Ueberschrift wird abgelehnt.

Vizepräsident Dr. Paasche: Nachdem der Gesetzentwurf in allen Teilen abgelehnt ist, ist eine dritte Lesung nicht möglich. Weiter teile ich mit, daß beim vorläufigen Ergebnis der Abstimmung des § 9a ein Irrtum unterlaufen ist. Zwei Abgeordnete haben doppelte Zettel abgegeben. Einen mit Ja, einen mit Nein. (Stürmische Heiterkeit!) Es haben also 186 mit Ja, 194 mit Nein gestimmt.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. (Zweite Lesung des Reichsstempel-Gesetzes, des Wechselstempel-Gesetzes und Fortsetzung der Beratung des Finanz-Gesetzes.)

Während Vizepräsident Paasche die Sitzung für geschlossen erklärt, ertönen von links laute Rufe: „Bülow, Bülow!"

Schluß ¼7 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Kampf im Baugewerbe Oberschlesiens.

Am Mittwoch sind die Zimmerer in Kattowitz in den Ausstand getreten. Es kommen über 200 Leute in Betracht. — In Zabrze sind schon vorige Woche über 40 Bauarbeiter in den Ausstand getreten. Die Unternehmer drohten mit Repressivmaßregeln wegen des Zabrzer Ausstandes. Anscheinend glaubten sie, die oberschlesischen Zimmerer wären immer noch die alten unorganisierten Ausbeutungsobjekte, die sich sogar zu Streikbrecherdiensten nach Norddeutschland verschleppen ließen. Die Verhältnisse haben sich jedoch sehr zuungunsten der Unternehmer entwickelt, da unter den ausständigen Zimmerern eine musterhafte Solidarität zu beobachten ist. Die Konjunktur im Baugewerbe Oberschlesiens ist eine gute, so daß sich die Unternehmer wohl bald bequemen werden müssen, die minimale Lohnzulage zu bewilligen.

Wie verlautet, haben die Unternehmer beschlossen, am 10. Juli im ganzen oberschlesischen Industriegebiet die Arbeiter auszusperren, falls die Streikenden bis dahin die Arbeit nicht aufgenommen haben.

Der neue Bäckertarif in den Konsum-Genossenschaften.

Der deutsche Bäcker- und Konditoren-Verband steht mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine seit 1904 im Tarifverhältnis. Damals wurde der Tarif auf zwei Jahre vereinbart. Der nun am 31. Juli ablaufende Tarif wurde 1906 auf drei Jahre abgeschlossen. Auf dem Genossenschaftstage in Mainz wurden fast einstimmig die getroffenen Vereinbarungen der Zentralinstanzen beider Kontrahenten gutgeheißen und treten die Bestimmungen mit dem 1. August d. J. in Wirksamkeit. Die Bestimmungen über die Arbeitszeit wurden ohne jede Aenderung aus dem alten Vertrage übernommen. Danach beträgt die tägliche Arbeitszeit in allen kontinuierlichen Betrieben acht Stunden inkl. einer Essenszeit von 20 Minuten, in allen übrigen Betrieben täglich zehn Stunden inkl. einer Pause von einer Stunde. Die sechstägige Arbeitswoche ist für alle Betriebe festgelegt. Als Lohnminimum steht der Tarif vor: Für Bäcker und Konditoren in Orten mit 0—10 Prozent Ortszuschlag 23,50 Mk. — die eingeklammerten Zahlen sind die Löhne im alten Tarif (23 Mk.); in Orten mit 12½ bis 20 Prozent Ortszuschlag 24 Mk. (23 Mk.); in Orten mit 22½ bis 30 Prozent Ortszuschlag 25 Mk. (23 Mk.) wöchentlich vor. Für ungelernte Bäckereihilfsarbeiter beträgt der Mindestlohn 21 Mk. (21 Mk.), für Hilfsarbeiterinnen wöchentlich 12 Mk. (12 Mk.). Zu diesen Grundlöhnen kommen die Ortszuschläge nach den Bestimmungen des Buchdruckertarifs. Die Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag zu den tariflichen Stundenlohne vergütet.

Nach dem Vertrage werden allen Angestellten in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. September Sommerferien gewährt, und zwar in Orten bis zu 50 000 Einwohnern eine Woche, in Orten von mehr als 50 000 Einwohnern bis zur fünfjährigen Beschäftigung eine Woche, über fünfjähriger bis zehnjähriger Beschäftigungsdauer zwei Wochen. Die auf Grund des § 616 B.-G.-B. dem Arbeiter zustehende Weiterbezahlung des Lohnes wurde in folgender Weise festgesetzt: Nach einer Beschäftigungsdauer von einem Monat bis zu einem Jahre drei Tage; von einem Jahre bis zu drei Jahren eine Woche, über drei Jahren zwei Wochen, über fünf Jahren drei Wochen, als nicht erhebliche Zeit betrachtet.

Ueber die Arbeitsvermittlung wurde vereinbart, daß neu einzustellende Arbeitskräfte durch den Bezirksarbeitsnachweis des Bäcker- und Konditorenverbandes zu engagieren sind. Die weiteren Bestimmungen des Tarifvertrags beziehen sich auf die Schlichtung von Differenzen, die eventl. aus dem Vertrage entstehen.

Der Tarifvertrag ist auf fünf Jahre abgeschlossen. Vom 1. August 1912, also nach drei Jahren, erhöhen sich die Mindestlöhne sämtlicher Kategorien um eine Mark pro Woche.

Zweifellos bedeutet dieser Vertragsabschluß einen großen Schritt vorwärts für die in diesen Berufen Beschäftigten. In den privat-kapitalistischen Betrieben trifft man größtenteils nicht entfernt die Lohn- und Arbeitsbedingungen an, wie sie hier tariflich festgelegt sind. Dort ist der Kost- und Logiszwang mit all seinen kulturwidrigen Begleiterscheinungen nebst schlechter Entlohnung bei mörderisch langer Arbeitszeit gang und gäbe. Mit Ausnahme von wenigen Großstädten besteht in allen Privatbetrieben noch die siebentägige Arbeitswoche. Die Unternehmer im Bäckergewerbe sind so sozialpolitisch rückständig, daß sie in ihrem Dünkel als „Herr im Hause" von vernünftigen Reformen nichts wissen wollen. Die organisierte Arbeiterschaft wird auch hieraus ihre Konsequenzen ziehen und die Genossenschaftsbewegung in jeder Weise als Genossenschaftler unterstützen. Hier ist die Garantie geboten, daß das Hauptnahrungsmittel unter peinlichster Reinlichkeit und bei geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 25. Juni 1909.

Sozialdemokratischer Verein.

Zum Wohnungswechsel werden die Kassierer des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis ersucht, darauf zu achten, daß die neue Wohnung der umziehenden Mitglieder (mit Hausnummer) angegeben wird. Die Kassierer wollen diesen Sonntag, 27. Juni, zur Kassierung der Beiträge benutzen und mit ihren Distriktsführern unverzüglich abrechnen, damit diese in der Lage sind, bis 30. Juni mit dem Partei-Sekretariat abzurechnen, an welchem Tage Jahresabschluß stattfindet. Die Genossen, welche noch im Besitze der Agitationskarten sind, werden gleichfalls ersucht, diesen Sonntag zur Agitation zu benutzen und Neuaufnahmen sofort ihren Distriktsführern zur schnellen Erledigung zu überweisen.

Mitglieder, die Beschwerden darüber haben, daß sie zu spät oder überhaupt nicht kassiert werden, ferner solche, die sich angemeldet, aber ihre Bücher nicht erhalten haben, müssen das dem Partei-Sekretariat, Harz 42/43, mitteilen.

Das Partei-Sekretariat.

Vertrauensmännersitzung.

Am Sonntag, 27. Juni, vormittags pünktlich 9 Uhr, findet im Volkspark zu Halle eine Sitzung der sämtlichen Parteifunktionäre von Halle und Saalkreis statt. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das vollzählige Erscheinen der Funktionäre unbedingt geboten.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Auf, zur Agitation für die Arbeiterpresse!

Nur wenige Tage trennen uns von dem 1. Juli, mit welchem Tage ein neues Quartal und gleichzeitig ein neues Abonnement der Presse beginnt. Da ist es wiederum an der Zeit, die organisierten Arbeiter, die klassenbewußten Proletarier allerorten an ihre erste und vornehmste Pflicht zu erinnern, für Verbreitung ihrer Presse, der Arbeiterpresse, zu sorgen. Da sind die vielen Zehntausende von Klassengenossen, Proletariern, in unserm Bezirk, die der Aufklärung dringend bedürfen. Gewaltig und groß sind die Anforderungen, die das öffentliche Leben der Gegenwart auch an den Arbeiter stellt. Er darf, er soll nicht mehr stumpf und entsagungsvoll dahinvegetieren, sondern er soll teilnehmen an den Vorgängen der Zeit, er soll lernen, seine Interessen, die seiner Familie und Arbeitsbrüder tapfer und kühn zu vertreten. Dazu bedarf er der Belehrung, der geistigen Anregung, der Stärkung seines Mutes, der Festigung des Bewußtseins, daß mit ihm Millionen Gleichgesinnter kämpfen, daß der denkende Arbeiter von heute kein Einzelner, im wirtschaftlichen und politischen Kampf rettungslos Verlorener, sondern mit seinen Klassengenossen gemeinsam eine gewaltige Macht ist, die nichts überwinden kann.

Die Arbeiterpresse ist stets unerschrocken für das Wohl der Arbeiter, für die bedrohten Interessen der Unterdrückten, Ausgebeuteten eingetreten. Sie hat mit schneidiger Waffe den Hohn und die Verleumdungen dreister Gegner über die Arbeiterbewegung zurückgewiesen. Zahllose Mißstände, unter denen Arbeiter litten, hat sie zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht und so dem Rest von Schamgefühl bei den Ausbeutern einen wirksamen Anstoß zur Abstellung der Uebelstände gegeben. Tagtäglich steht sie auf der Warte, um mit klarem Blick nach den Feinden der Arbeiterschaft auszuschauen, um neue giftige Anschläge zunichte zu machen. Das sollten die denkenden Arbeiter ihr lohnen, indem sie unermüdlich tätig sind für ihre Ausbreitung.

In diesen Tagen geht die bürgerliche, der Arbeiterklasse feindlich gesinnte Presse hausieren mit verlogenen Anpreisungen ihrer „geistigen Kost". Sie fließt förmlich über vor lauter Wohlwollen für die Arbeiter, welches sich indessen sofort verflüchtigt, wenn es heißt, anstelle der Worte Taten zu setzen. Immer und überall hat es sich gezeigt, daß die bürgerliche Presse, möge sie sich nennen, wie sie wolle, für die Arbeiter nicht eintreten kann, bei Strafe ihres Unterganges. Wirksam für Arbeiterinteressen tätig sein kann nur das Arbeiterblatt, das Volksblatt, welches daher die weitgehendste Unterstützung durch die Arbeiter verdient. Verrat an seinen eigensten Interessen aber übt der Arbeiter, der seine mühsam erworbenen Groschen den Klopffechtern der Gegner hinwirft, d. h. ein bürgerliches oder sogenanntes unparteiisches Blatt liest.

Ernst sind die Zeiten, in denen wir stehen, schweren gewaltigen Kämpfen geht die Arbeiterschaft entgegen, da heißt es für diese einig und geschlossen dastehen. Wo aber findet sie ein besseres Verbindungsmittel, als ihre Arbeiterzeitung, ihr Volksblatt, das täglich zugleich zu zehntausenden Arbeitern spricht, welches das Sprachrohr der Arbeiterwünsche und Arbeiterforderungen darstellt? Wie läßt sich ein besseres Zeugnis für den geschlossenen Willen der Arbeiter denken, wenn diese Zehntausende von Lesern trotz aller Anfeindungen und Hetzereien der Gegner dennoch treu zu ihrem Arbeiterblatte halten? Aber diese Zehntausende könnten ihre Treue noch besser bethätigen, wenn sie mit aller Macht für die Weiterverbreitung ihres Blattes tätig wären.

Arbeiter, Klassengenossen in Stadt und Land! Gedenkt am 1. Juli, zum Quartalswechsel, eures Organs, des Volksblatts! Sorgt dafür, daß die bürgerliche Presse, die Kreisblätter, Generalanzeiger usw. aus den Wohnungen der Arbeiter entfernt werden und daß an ihre Stelle das Arbeiterblatt, das Volksblatt, tritt: In jedes sorgendurchwehte Arbeiterheim, in jede Proletarierhütte die Arbeiterpresse, das sei unsere Losung zum Eintritt in das neue Vierteljahr!

Es ist schwer keine Satire zu schreiben.

Seit dem Ableben des Reichstagsabgeordneten Schmidt sprudelt in den Reihen der bürgerlichen Wähler politischer Betätigungstrieb, der in seinen heftigsten Wallungen Zeitungs-Eingesandts zur Kandidatenfrage in die Welt setzt. Dieser Tage hatte sich ein Dr. L. gefunden, der in der Hallenschen Allgemeinen Zeitung wohleidige Betrachtungen darüber anstellt, daß auf bürgerlicher Seite immer noch nicht die „Einigung" so weit gediehen, einen Kompromißkandidaten in die politische Arena loszulassen. Zwei Stellen aus dem fraglichen Eingesandt sind als Kennzeichen des politischen Bildungsniveaus innerhalb des Bürgertums von heute so interessant, daß wir sie unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Die erste lautet:

„Bereitet es denn wirklich solche Schwierigkeiten, einen Mann zu finden, der geeignet wäre, das Allgemeininteresse würdig zu vertreten? Ist etwa unter so vielen politischen Köpfen kein einziger vorhanden, dem das ehrenvolle und verantwortungsvolle Amt anvertraut werden kann? Will man wirklich mit den Wahlvorbereitungen so lange warten, bis die Gegner der bürgerlichen Parteien den Boden untergraben haben?" ...

So der erste Passus und nun der zweite, mit dem gemeinschaftlich das obige Zitat eine geradezu verblüffende Wirkung auslösen muß:

„Aus den mittleren Post- und Telegraphenbeamten heraus hat sich im vergangenen Winter eine Persönlichkeit erhoben, die infolge ihrer uneigennützigen, unermüdlichen Tätigkeit und der geschickten Leitung der von ihr vertretenen Sache, sowie im Hinblick auf Ruf und Charakter wohl geeignet sein dürfte, für den Reichstag zu kandidatieren. Wir denken da an Herrn Oberpostassistenten Delius. **Wir kennen seine politische Richtung nicht**, glauben aber Grund zur Annahme zu haben, daß sie die Mittellinie zwischen rechts und links hält. Und ein solcher Mann tut uns hier in Halle not, um eine Zersplitterung und damit einen Sieg der Sozialdemokratie zu verhindern. Man raffe sich also auf, ehe es zu spät ist."

Man sollte es nicht für möglich halten! Redet der Einsender da von den „vielen politischen Köpfen", um beim Vorschlag eines Mannes zu landen, von dem überhaupt niemand weiß, ob er eine „politische Richtung" besitzt! Man glaubt(!), Grund zu der Annahme zu haben, daß er „so zwischen rechts u. links" steht. Wer das liest und immer noch an die „politische Wiedergeburt" des Bürgertums glaubt, dem wäre von Rechts wegen sechs Wochen Beobachtung in Nietleben zu empfehlen. Will man uns Sozialdemokraten es da verargen, wenn wir von politischen Ueberzeugungen im Bürgertum nur noch verächtlich sprechen? — An sich sind derartige Auslassungen ja höchst gleichgültig, sie sind lediglich beachtenswert als Merkmal des politischen Kretinismus innerhalb des Bürgertums. Solche Gegner ernst zu nehmen, wäre wirklich nicht zu verantworten.

Uebrigens eine Frage: Besteht die „geschickte Leitung" der von Herrn Delius vertretenen Sache darin, daß ein hiesiger Postbeamtenverein anläßlich des Poststreiks in Paris mit mitleiderweckender Eile in der bürgerlichen Presse erklären ließ, daß die deutschen Postbeamten den Ausständigen keinerlei Geldmittel übersandt hätten?? —

Zur Empfehlung der Volksversicherung.

Die Versicherungs-Aktiengesellschaft Viktoria zu Berlin entpuppt sich immer mehr als Feindin des Vereinigungsrechts der Angestellten. Die Viktoria, die in den letzten Monaten Differenzen mit dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen hatte, weil sie diesen nicht als Vertretung der Angestellten anerkennen wollte, beharrt auf ihrem Standpunkt. Sie hat neuerdings erklärt, daß sie — im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung — „jede Vermittlung", d. h. die Anerkennung irgend einer Organisation als Vertreterin ihrer Beamtenschaft ablehne. Sie schlägt damit dem Empfinden der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ins Gesicht, was sicher nicht als Empfehlung für sie wirken kann. Bekanntlich macht die Gesellschaft stark im „Volksgeschäft", d. h. sie schließt in Arbeiterfamilien Versicherungen ab, wofür wöchentlich einige Groschen Prämien gezahlt werden. Vielleicht sehen sich die Arbeiter auf obiges hin die „volksfreundliche" Gesellschaft etwas näher an.

Eine halbe Maßregel.

Im allgemeinen läßt sich heute eine Bewegung erkennen, die auf Ausdehnung der gesetzlich vorgeschriebenen Sonntagsruhe abzielt. Nicht nur mehr in Arbeiter- und Angestelltenkreisen ist man der Ansicht, daß die völlige Sonntagsruhe eine nützliche Sache sei, sondern auch ein allerdings geringer Teil der Geschäftsinhaber neigt dieser Anschauung zu. Die Mächte des Beharrens bewirken auf dieser Seite jedoch, daß man sich mit halben Maßregeln, die von einer Aengstlichkeit gegenüber dem Fortschritt zeugen, begnügt. So hat jetzt der größte Teil der hiesigen Schneiderfirmen beschlossen, wie im Vorjahre, für die Monate Juli und August die Geschäfte Sonntags geschlossen zu halten. Das ist nichts halbes und nichts ganzes. Man könnte allenfalls verstehen, wenn in der sogenannten Saison Ausnahmen von der Regel des sonntäglichen Geschäftsschlusses gemacht würden, aber diesen Schluß nun als Ausnahme zu betrachten, das heißt den Sinn der Maßregel auf den Kopf stellen. Was beim Lebensmittelverkauf eines Arbeiterkonsumvereins möglich ist, könnte in diesen Geschäften mit Leichtigkeit durchgeführt werden. Die gewerkschaftliche Organisation der Schneiderei-Angestellten wird es sich angelegen sein lassen, auch hier die rückständige Unternehmeransicht möglichst bald und radikal zu beseitigen.

---

* **Der Freidenkerverein** veranstaltet am Sonntag, den 27. Juni, eine Besichtigung des Botanischen Gartens (Eingang Große Wallstraße gegenüber der Fleischerstraße). Jetzt ist wohl der geeignetste Zeitpunkt, einen solchen Besuch zu unternehmen, da die meisten Pflanzen im Blütenschmuck stehen. Es wird erwartet, daß nicht nur die Mitglieder mit ihren Angehörigen, sondern auch alle Arbeiter, welche sich für die Natur interessieren, am Besuch teilnehmen. Treffpunkt präzis 3/4 9 Uhr am Eingang. Eintritt frei.

* **Zum Volkspark** kann am Sonnabend von 4 bis 8 Uhr nachmittags des Johannisfestes der Buchdrucker wegen der Eintritt nur vom Advokatenweg aus erfolgen.

Fussball-
Tennis-
Radfahr-
Bergsteig-

Sport-Schuhe und -Stiefel **aller Art**

Reform-Sandalen, Turnschuhe, Segeltuch-Schnürschuhe

Reise-Schuhe und bequeme Touristenstiefel ::

Bade-Pantoffel, Strandschuhe, moderne Halbschuhe

empfehlen in größter Auswahl und zu bekannt billigen Preisen

Conrad Tack & Cie.

Schuhwarenfabrik Burg bei Magdeburg.

Verkaufshaus **Halle a. S. nur Schmeerstr. 1**

Fernsprecher Nr. 240.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0006

* **Tagesordnung** für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung, Montag, 28. Juni 1909, nachmittags 4 Uhr. **Oeffentliche Sitzung.** 1. Genehmigung eines mit dem Gaswerk Giebichenstein vereinbarten Vergleichs. 2. Herstellung einer Stützmauer in der Mansfelderstraße zwischen Kotzgrabenbrücke und Saltenenbahn. 3. Neupflasterung der Leipzigerstraße zwischen Marktplatz und Poststr. sowie der Gr. Steinstr. zwischen Gr. Ulrichstraße und Poststraße. 4. Mittelbewilligung zu Instandsetzungsarbeiten im Stadttheater-Restaurant. 5. Kanalisierung der Talstraße zwischen der Kröllwitzer Brücke und dem Grundstück Talstraße 15. 6. Beschreitung des Rechtswegs gegen das Bauresolut betr. die Instandsetzung der Moritzstraße. 7. Erbauung eines Abortgebäudes in der Mittelschule an der Gr. Steinstraße. 8. Genehmigung der neuen Satzungen für die Pensions- und Unterstützungskasse des Stadttheaters und Bewilligung eines jährlichen Zuschusses. 9. Reparaturen der Dampfkessel der Niederdruckheizung im Hospital. 10. Aufstellung zweier Baracken auf dem Siechenhausgrundstücke. 11. Regulierung der Hypotheken des Grundstücks Weidenplan 20. 12. Ausbau der Ladenbergstraße zwischen der Merseburgerstraße und der projektierten Lützenerstraße. 13. Nachbewilligung von Mitteln zur Instandsetzung des Torturms der Moritzburg. 14. Verstärkung des Kredits für Gräberpflege. — Kap. XVII. B. III. 4b. des Haushaltsplans. 15. Verstärkung des Kap. XIII. B. 20 des Haushaltsplans. — Ankauf von Straßenland bei Durchführung von Fluchtlinien. 16. Bildung eines Erneuerungsfonds für das Beesener Guisgelände. 17. Abänderung des Beschlusses wegen Erbauung eines Stalles in Gimritz. 18. Bewilligung von Mitteln zu Ehrenpreisen für die Allgemeine Viehzuchtausstellung des Ornithologischen Zentralvereins. 19. Abänderung des östlichen Bebauungsplans für das Land zwischen Delitzscherstraße und Straße O einerseits und Freimfelderstraße und dem Büschdorf-Diemitzer Grenzweg andererseits. 20. Gesuch wegen Ermäßigung des Mietszinses für die Turnhalle auf dem Roßplatze. 21. Gesuch um Bewilligung einer Entschädigung für Geschäftsnachteile, welche der Umbau der Klausbrücke verursacht hat. 22. Gesuch betr. die Volkskaffeehalle in der Kurzen Gasse. 23. Gesuch um Bewilligung von Kleidungsstücken. 24. Gesuch um Bewilligung einer Rente oder Armenunterstützung. 25. Gesuch wegen Belassung von Dienstmannsabzeichen. 26. Gesuch wegen Belassung der alten polizeilichen Bezeichnung eines Grundstücks. 27. Gesuch um Gewährung einer abschlagsweisen Entschädigung. 28. Gesuch um Aufhebung des Ortsstatuts über die Bedürfnisfrage im Schankgewerbe. 29. Gesuch wegen Wiederverleihung des Droschkenfahrscheines. 30. Gesuch wegen Ausdehnung der elektrischen Straßenbeleuchtung auf den Steinweg und die neue Promenade. 31. Gesuch wegen besserer Beleuchtung des Riebeckplatzes pp. und Abänderung der Zonenbauordnung. 32. Gesuch um Durchführung der Försterstraße zwischen Krausen- und Krukenbergstraße. **Geschlossene Sitzung.** 33. Anstellung eines Polizeisergeanten. Zweite Lesung. 34. Anstellung eines Polizeisergeanten. Erste Lesung. 35. Genehmigung eines Vergleichs. 36. Genehmigung eines Vergleichs. 37. Genehmigung eines Vergleichs. 38. Festsetzung des Pensionsdienstalters des Stadtschulrats. 39. Festsetzung des Witwen- und Waisengeldes für die Hinterbliebenen eines Lehrers. 40. Annahme eines Kapitals zur Unterhaltung von Erbbegräbnissen auf dem Nordfriedhofe. 41. Verleihung des Titels „Stadtrentmeister" an den Vorsteher der Stadthauptkasse. 42. Wahl von Mitgliedern und Stellvertretern für die Gebäudesteuer-Veranlagungskommission. 43. Wahl eines Pflegers für den 20. Armenbezirk. 44. Wahl eines Pflegers für den 24. Armenbezirk. 45. Interpellation betr. die Benutzung der Schulturnhallen.

* **Die Bahneinnahmen beginnen wieder zu steigen.** Die Halle-Hettstedter Eisenbahn hatte im Monat April 1909 folgende Betriebseinnahmen: Personenverkehr 23 610,80 Mk. (23 117,05 Mk.), Güterverkehr 55 316,11 Mk. (46 384,96 Mk.), Sonstige Einnahmen 4967,47 Mk. (5510,09 Mk.), zusammen: 83 794,38 Mk. (75 012,10 Mark). Im Monat April 1909 waren die Einnahmen mithin um 8782,28 Mk. höher als im gleichen Monat des Vorjahres, wie aus den eingeklammerten Ziffern des Vorjahres hervorgeht.

* **Operetten-Saison im Apollo-Theater.** Heute, Freitag findet die 1. Wiederholung der mit Beifall aufgenommenen Operette Galparone statt. Morgen, Sonnabend, den 26. Juni, geht zum 1. Male die Novität Johann der Zweite, Operette in 3 Akten von Leo Stein und Karl Lindau, Musik von Edmund Eysler, mit Alfred Landory in der Titelrolle in Szene. Die übrigen Hauptrollen werden von den Damen Langer, Hüttel, Althofer und den Herren Bertini, Waldenberg, Brall dargestellt.

* **Ausscheinend vom Hitzschlag betroffen** wurde gestern mittag kurz nach 1 Uhr der Arbeiter K. aus Wollberg, der in der Raffinerie beschäftigt ist. Er blieb etwa eine Stunde besinnungslos liegen und wurde mittels Droschke nach seiner Wohnung gebracht.

* **Ein Deserteur aus Halle** wurde in Nordhausen von der Polizei festgenommen. Es handelt sich um den Musketier Höpfner vom 1. Bataillon des Inf.-Regts. 71 in Sondershausen, der sich vor elf Tagen von seinem Truppenteil entfernte und sich jetzt selbst gestellt hat.

Nietleben, 25. Juni. **Berichtigung.** Zu dem jüngst von uns gemeldeten Unfall in der Nietlebener Zementfabrik ist zu bemerken, daß der aufsichtführende Polier nicht Weber, sondern Dumeier hieß. Der Polier Weber hat etwa zwei Wochen vor dem Unfall die Arbeitsstätte verlassen. Der Unfall selbst hat sich wie geschildert zugetragen.

— **Entwichen** war aus der hiesigen Irrenanstalt gestern gegen Abend eine geisteskranke Frau. In der Nähe des Knochenschuppens bei der Pfannenschaftlichen Ziegelei wurde die Kranke wieder ergriffen und von da der Anstalt zugeführt.

Diemitz, 25. Juni. **Arbeiter-Gesangverein.** Hier hat sich für sangesfreudige Genossen ein Arbeitergesangverein gebildet, der seine Uebungsstunden alle Montage, abends, im Restaurant Zum weißen Roß'l abhält. Die Genossen, welche sich dem Verein anschließen wollen, werden ersucht, sich in obigem Lokal am Montag einzufinden.

Lettin, 25. Juni. **Sozialdemokratischer Verein.** Am Sonntag, den 27. Juni, nachmittags 3 Uhr, findet für den Distrikt Lettin eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins im Gasthaus zur Erholung statt. Die männlichen sowie weiblichen Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 24. Juni.

Schlimm veranlagt. Ein 49jähriger Arbeiter aus Oberklobigau, wegen Sittlichkeitsverbrechens bereits mit zwei Jahren Zuchthaus vorbestraft, lockte am 22. Mai d. J. zwei Schulmädchen aus dem Dorfe ins Feld hinaus und vergriff sich dann an dem einen in unsittlicher Weise. Die Strafkammer verurteilte den Menschen wiederum zu zwei Jahren Zuchthaus nebst fünf Jahren Ehrverlust.

Jugendliche Einbrecher. Ein 16jähriger, wegen schweren Diebstahls bereits vorbestrafter Arbeitsbursche von hier verübte in der Nacht zum 5. Mai gemeinsam mit einem noch unbestraften 19jährigen Anstreicher einen Einbruchsdiebstahl in einem Spielwarengeschäft in der Frankestraße, in dem er früher eine Zeitlang beschäftigt gewesen war. Die jugendlichen Diebe eigneten sich aus dem Lager eine ganze Menge Kartons mit Taschenmessern, Uhren, Seife, Zigaretten und anderem an. Nach glücklich vollendetem Diebstahl trieben sich die beiden die Nacht über in den Straßen umher. Die Mutter des Anstreichers veranlaßte, als sie bei diesem eine Anzahl der gestohlenen Gegenstände entdeckte, in ihrer Entrüstung selbst die Strafverfolgung des Sohnes und seines Verführers. Die Strafkammer verurteilte den Sechzehnjährigen antragsgemäß zu einem Jahre Gefängnis, den Anstreicher zu drei Monaten.

Jugendliche Verbrecherromantik. Der 17jährige wegen schweren Diebstahls schon vorbestrafte Arbeitsbursche K. von hier beriet im Mai mit dem 17jährigen Laufburschen H., wie sie sich wohl Geld verschaffen könnten, um „auszukratzen". Die Anregung zu dem Reiseplan hatte ein anderer junger Bursche gegeben, dem wegen eines Fahrraddiebstahls der Hallesche Boden zu heiß geworden war. H. schlug zunächst vor, man solle den Buchhalter im Bureau der Amerikanischen Aktiengesellschaft um die Mittagszeit, wenn er ganz allein dort anwesend sei, überfallen, ihn betäuben und dann die Kasse ausrauben. Das Wagnis erschien indes doch zu bedenklich. K. hielt es für einfacher, seinem eigenen Schwager, einem hiesigen Arbeiter, einen verbrecherischen Besuch abzustatten. Am Nachmittag des 19. Mai, während Schwager und Schwägerin vom Hause abwesend waren, suchte K. mit H. die Wohnung seiner Verwandten heim. Er öffnete mit einem Dietrich die Korridortür; beide erbrachen dann mehrere Behälter und stahlen aus ihnen Uhren, Ringe und andere Schmuckſachen, ferner etwa 50 Mark bares Geld und ein Sparkassenbuch über 700 Mark. Beim Verlassen der Wohnung wurden die Diebe von einer Mitbewohnerin des Hauses bemerkt, die schnell die Haustür verschloß. Die Ertappten flüchteten sich in die Wohnung der Bestohlenen zurück und überlegten hier, ob sie nicht besser täten, zum Fenster hinab zu springen. Da ihnen jedoch bei einem Sprung aus dem dritten Stockwerk die Gefahr, „die Beine zu brechen", zu groß erschien, so zogen sie es vor, geduldig zu warten, bis sie verhaftet wurden. Die Strafkammer verurteilte K. zu acht Monaten Gefängnis, H. bedingt zu drei Monaten.

Arge Verfehlung. Ein Lokomotivführer aus Bitterfeld, ein verheirateter Mann, machte sich am 18. Januar in Salzmünde der tätlichen Beleidigung eines 14jährigen Schulmädchens aus Zappendorf schuldig. Die Strafkammer ahndete seine unschöne Entgleisung, nach längerer Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, mit einer Geldstrafe in Höhe von 200 Mk. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, das Gericht habe lange erwogen, ob es nicht auf Gefängnisstrafe erkennen sollte, da die Tat des Angeklagten nahe an ein Sittlichkeitsverbrechen grenze.

Schöffengericht

Was in Arbeiterfamilien nicht vorkommen sollte. Ein Arbeiter aus Dölau geriet am 23. April mit seiner Frau in Streit, weil er nur neun Mark Lohn nach Hause gebracht hatte. Der Frau war das zu wenig; sie schimpfte daher heftig und soll ihren Mann sogar mit einem Messer bedroht haben. Der Mann griff schließlich zu einem Suppenlöffel und verprügelte seine eifernde Ehehälfte damit nach Kräften. Zur Vergeltung stellte sie gegen ihn Strafantrag wegen Körperverletzung. Mit der Zeit wurde sie aber versöhnlicher gestimmt und zog daher in der heutigen Schöffengerichtsverhandlung ihren Strafantrag zurück.

Er wollte zur Fremdenlegion. Der vorbestrafte Geschirrführer Alfred Krüger aus Liegnitz war bei einem Ziegeleibesitzer in Stellung gewesen und hatte am 9. Juni den Auftrag erhalten, mit seinem Geschirr nach Lübben zu fahren und dort für 60 Mk. Einkäufe zu machen. In Lübben stellte Krüger sein Fuhrwerk in einem Gasthof unter und zog dann mit den 60 Mark in die Weite, angeblich um bis nach Frankreich zu gelangen und sich dort für die Fremdenlegion anwerben zu lassen. Schon in Halle war er jedoch mit der Barschaft zu Ende und stellte sich hier freiwillig der Polizei. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu zwei Wochen Gefängnis, wovon eine Woche durch die Untersuchungshaft für verbüßt erklärt wurde.

Emanzipationsbestrebungen der Frauen oder kapitalistische Ausbeutung?

In der Deutschen Tageszeitung vom 17. Juni lesen wir unter der Stichmarke: „Vom schwachen Geschlecht" folgendes:

„Daß die amerikanischen Frauen in ihrem Emanzipationsstreben sich vor keiner Arbeit scheuen, und, indem sie Gleichberechtigung auf jedem Gebiete mit dem männlichen Geschlechte verlangen, dieselben schweren Arbeiten zu verrichten bereit sind, welche bisher als ausschließliches Feld des Mannes galten, geht aus statistischen Angaben hervor. Danach sind in Amerika 25 000 Frauen in Eisen- und Stahlwerken als gewöhnliche Arbeiter beschäftigt. Zahlreiche Frauen sind als Schmiedegesellen, Ziegelarbeiter, Holzhacker und Ofenarbeiter tätig. Im Staate Connecticut wurde kürzlich ein Straßenbau-Unternehmer unter der Beschuldigung der Grausamkeit vor die Behörden geladen, weil er seine Tochter bei einem Straßenbau als gewöhnliche Arbeiterin beschäftigte. Das heißt, wie die anderen Arbeiter trug die Tochter Steine mit herbei, arbeitete mit dem Spaten usw. Es wurde festgestellt, daß die Tochter auf eigenen Wunsch die Arbeit verrichtete und zwar, um zu zeigen, daß die Frau zur Verrichtung jeder Art männlicher Arbeit, welche die größte physische Anstrengung und Ausdauer erheischt, imstande ist."

Der Redakteur der Deutschen Tageszeitung sollte nachgerade auch wissen, daß er sich nicht erst statistische Angaben aus — Amerika zu holen braucht, um nachzuweisen, daß die Frauenerwerbsarbeit nicht nur ganz allgemein rapide zunimmt, sondern daß auch bei den schwersten, unangenehmsten und ungesundesten, ja oft lebensgefährlichsten Arbeiten Frauen in steigendem Umfange beschäftigt werden, daß er vielmehr diese statistischen Nachweise just in den Ergebnissen der **deutschen** Berufs- und Gewerbezählungen zu finden vermag.

In der deutschen Metallindustrie werden außer bei **leichteren** Arbeiten, wie beim Herstellen und Verpacken von Näh- und Stricknadeln, von Fingerhüten, Schirmfurnituren usw., zahlreiche Frauen beim Formen (Maschinenformen), Gußputzen, an Stanzen und bei anderen schweren **Arbeiten** beschäftigt.

In der Holzindustrie schanzen die Frauen an Fräs- und Hobelmaschinen, schleppen sie das Rohmaterial und fertige, schwere Gegenstände treppauf und -ab.

In der Ziegelindustrie, in Bergwerken und auf **Bauten**, beim Ent- und Beladen der Schiffe, bei Ausschachtungsarbeiten, beim Bahn- und Wegebau sind Hunderttausende von Frauen ebenso erwerbstätig, wie in allen übrigen Industriezweigen, sowie bei den schweren landwirtschaftlichen Arbeiten, im Handel und Verkehr.

Aber keine dieser Frauen, ob in Deutschland oder Amerika beschäftigt, wird uns sagen, daß sie diese Arbeiten verrichten, um den Nachweis zu erbringen, daß „die Frauen zur Verrichtung jeder Art männlichen Arbeiten, welche die größte, physische Anstrengung erheischt, imstande sind, um mit diesem Nachweis ihre Forderung der Gleichberechtigung zu begründen und wirksam zu unterstützen; vielmehr werden alle lohnarbeitenden Frauen, ob diesseits, ob jenseits des Ozeans, erklären, daß die **Not des Lebens**, die Notwendigkeit des Broterwerbs, sie in die Erwerbsarbeit und innerhalb dieser oft zu den schwersten Arbeiten peitscht.

Auf seiten der lohnarbeitenden Frauen **ist** es die Not, auf seiten der Unternehmer **das unersättliche Profitbedürfnis**, der Gedanke, am Lohn zu sparen, welches sich als Agens, als treibende Kraft für die fortgesetzt steigende Verwendung der weiblichen Arbeitskraft erweist.

Das kapitalistische Ausbeutungsbedürfnis, nicht die Emanzipationsbestrebungen der Frauen führte diese zu den schwersten und ungesundesten Arbeiten in privaten und — staatlichen Betrieben. **Die kapitalistische Ausbeutung erweckt** vielmehr erst die lohnarbeitenden Frauen zum **Bewußtsein ihrer selbst sowie zum Bewußtsein ihrer Klassenzugehörigkeit.**

Das erwachte Persönlichkeits- und Klassen**bewußtsein** aber treibt sie alsdann, teilzunehmen an den **Emanzipationsbestrebungen ihres Geschlechts und ihrer Klasse.**

Die lohnarbeitenden Frauen haben auch in großer Anzahl bereits erkannt, daß sie, nicht zum wenigsten um ihre Gleichberechtigung durchzusetzen, eines **gesetzlichen Schutzes gegen zu schwere und darum gesundheitsschädliche Arbeit** bedürfen, statt solche Arbeiten aufzusuchen. Denn die Gleichberechtigung gilt es zu **erkämpfen** und dazu bedarf die kämpfende Frauenschar ihrer gesunden Körper- und **entwickelten Geisteskräfte.**

Die lohnarbeitenden Frauen erkennen aber auch erfreulicherweise immer mehr, daß die **Gleichberechtigung mit dem Manne**

Grosser
Räumungs-Verkauf
im
Neubau.
Eingang jetzt Gr. Märkerstrasse.

Besonders billiges Angebot in Knaben-Garderoben.

Grosse Posten
Knaben-Wasch-Blusen
jetzt
60 Pfg. 90 Pfg. 1.10 Mk.

Grosse Posten
Knaben-Wasch-Anzüge
jetzt
1.75 Mk. 2.25 Mk.

Blau Cheviot-Blusen-Anzüge
jetzt 2.50 Mk.

Manchester-Blusen-Anzüge
jetzt 4.00 Mk.

S. Weiss, Halle a. S.

Eingang jetzt von der Seite, Grosse Märkerstrasse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0007

sie noch keineswegs frei und unabhängig macht, sondern ihre wirtschaftliche Unfreiheit, ihre Abhängigkeit vom Kapital und damit ihre Ausbeutung durch dasselbe, bestehen läßt. Daß daher, wenn sie wirklich frei und unabhängig werden wollen, sie den Kapitalismus beseitigen und sich deshalb am Klassenkampf der Arbeiterschaft beteiligen müssen.

Das ist just das Erfreuliche bei der steigenden Zunahme weiblicher Erwerbsarbeit, daß sie — abgesehen davon, daß sie die Vorbedingung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Weibes bildet — die Frauen hinausführt aus der Enge des Hauses, der Enge des häuslichen Gesichtskreises, sie empfänglicher macht für die großen Ideale der Arbeiterklasse, die schult für deren Befreiungskämpfe.

In diesem Sinne wird die kapitalistisch ausgebeutete Frauenarbeit zum Motor für die Emanzipationsbestrebungen der Proletarierin in ihrer Eigenschaft als Weib und als Angehörige ihrer Klasse und nicht umgekehrt, wie das Agrarierblatt behauptet, haben die Emanzipationsbestrebungen des Weibes dieses veranlaßt, freiwillig die schwerste physische Arbeit auf sich zu nehmen.

Unsere Aufgabe ist es, Sorge zu tragen, daß die Beteiligung der Frauen am Klassenkampfe gleichen Schritt hält mit der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, ja mehr noch, daß sie dieselbe überflügelt, daß in zunehmendem Maße Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse organisatorisch und geistig erfaßt werden von der Arbeiterbewegung.

Allerlei.

Die Typhusepidemie in Altwasser.

Breslau, 24. Juni. Die Zahl der Typhuserkrankungen ist nach einer Meldung bis heute früh auf 376, die Zahl der Todesfälle auf 10 gestiegen.

Dreifacher Raubmord.

Uelzen, 24. Juni. In vergangener Nacht drangen Raubmörder in das Haus des Hofbesitzers W. Bauke zu Klein-Bollenzen bei Uelzen. In der ersten Kammer des Hauses fanden sie ein schlafendes Fräulein namens Lange, die Schwägerin des Hofbesitzers. Sie töteten sie durch einen Schuß ins Auge. Durch den Lärm aufmerksam gemacht, erschien Bauke. Er erhielt einen Schuß in die Brust und brach schwer verletzt zusammen. Schließlich stießen die Verbrecher auf die junge Frau Bauke und töteten sie durch einen Schuß in den Kopf. Der Hofbesitzer wurde in das Krankenhaus nach Uelzen gebracht. Bis jetzt blieben, wie die Braunschw. N. Nachr. melden, die Nachforschungen nach den Tätern erfolglos.

Lawinensturz.

Bern, 24. Juni. Gestern abend stürzte vom Eiger, aus der Höhe von 3500 Meter eine gewaltige Schnee- und Eislawine mit Donnergetöse gegen die kleine Scheinegg herunter. Die vielbesuchte Eisgrotte auf dem Eigergletscher ist vollständig verschüttet. In der Grotte befanden sich der Grottenwirt und zwei Bergführer, die mit vieler Mühe sich selber einen Ausweg zu graben vermochten. Am Grotteneingange wurde ein Arbeiter nach dreistündiger Arbeit herausgeholt.

Das tägliche Erdbeben.

Lissabon, 24. Juni. Von verschiedenen Orten werden neue Erdstöße gemeldet.

Rom, 25. Juni. In der gestrigen Nacht wurden nicht weniger als 15 Erdstöße verspürt, die von gewaltigen unterirdischem Getöse begleitet waren. Auch in Reggio erfolgte ein starker Erdstoß. Die Bevölkerung verbrachte die Nacht im Freien.

Die Tat eines Wahnsinnigen.

Osnabrück, 24. Juni. Der Gärtner Pistorius in Bevergern bei Ibbenbüren überfiel in der Nacht infolge eines Wahnsinnsanfalls seinen Vater, seine Frau und sein Kind. Die drei Personen wurden schwer verletzt, ihr Zustand ist hoffnungslos.

Zwei herrliche Submissionsblüten.

In Metz sollen die Bahnsteighallen des alten Bahnhofes abgebrochen werden. Die dazu eingereichten Angebote der Unternehmer bewegen sich zwischen 40 524 M. und 6138 M. (!), also nicht weniger als 34 386 M. Differenz.

Einige städtische Häuser in Metz will ein Unternehmer für 3692 M. abbrechen, ein anderer verlangt gar kein Geld von der Stadt, er bietet ihr sogar noch 200 M. Entschädigung! Die Angebote für einen anderen Abbruch städtischer Häuser bewegen sich zwischen 6525 M. und 890 Mark.

Die Raubmörderprozesse.

Ein Freund wissenschaftlicher Arbeitsmethoden schreibt der Wiener Arbeiterzeitung: Ihr Kampf gegen das herz- und hirnverwüstende Treiben der illustrierten Schundpresse mußte einmal nicht nur an einem einzigen krassen Exemplar, sondern an einer ganzen Reihe von Nummern erläutert werden. Ich habe mir die Mühe genommen, die Kronenzeitung und die Neue Zeitung ein Monat lang durchzusehen, und, glauben Sie mir, das regelmäßige Hintereinander von Scheußlichkeiten, mit denen da der gute Sinn des Volkes vergiftet wird, ist aufreizender als der krasseste Einzelfall. Ich habe nun eine Statistik der Morde, der Mordversuche einerseits, der demagogischen Schmeicheleien der Leser in Form von Berichten über silberne Hochzeiten, Jubiläen usw. anderseits für die Zeit vom 1. bis 30. Mai 1909 angelegt. Hiernach enthielt die

Kronenzeitung:	Neue Zeitung:
78 Raubmorde.	81 Morde und Mordversuche.
26 Selbstmorde.	12 goldene und silberne Hochzeiten.
8 Silberne Hochzeiten.	90 Priesterjubiläen.
32 Jubiläen.	36 Arbeitsjubiläen.

Beide Blätter außerdem noch eine Reihe von Räubererzählungen. Dagegen finden sie während der ganzen Zeit kein Wort über die neuen Steuern, mit denen der Finanzminister droht, keine Silbe über die Lebensmittelteuerung, kaum ein Wort aus den sozialdemokratischen Reden im Parlament. Die Moral dieser Statistik braucht nicht erst ausgesprochen zu werden.

Ein merkwürdiges Trauergefolge.

Eine eigenartige letztwillige Verfügung hat, wie der Hannoversche Courier aus Kiel berichtet, der vor elf Jahren dort zugewanderte Adam Scheidt getroffen, der sich als Hausierer ein kleines Vermögen von 2000 Mark erworben hat, vor vierzehn Tagen erkrankte und auf dem Sterbebette verfügte, daß ihn 50 in den hiesigen Herbergen anwesende Handwerksburschen zu Grabe geleiten möchten. Dafür sollte jeder ein Mittagessen, ein Abendbrot, eine Schlafmarke, sowie am nächsten Morgen ein Kaffeefrühstück und eine Mark in bar erhalten. Dieser Tage fand das Leichenbegängnis statt, bei dem 50 reisende Handwerksburschen dem ehemaligen Kollegen das letzte Geleit gaben.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Abstimmung der Sozialdemokratie.

Auch der Vorwärts führt über die Zustimmung unserer Fraktion zur Erbanfallsteuer aus:

Die Sozialdemokratie hat gestern für die Erbanfallsteuer ihre Stimmen abgegeben. Wahrlich nicht aus Mitleid mit dem „armen Bülow" und ebensowenig, um den Liberalen die Folgen ihrer politischen Torheit und Prinzipienlosigkeit zu ersparen. Es handelte sich bei der zweiten Lesung um die Spezialberatung, nicht wie bei der dritten Lesung um eine endgültige Beschlußfassung. Auf der Tagesordnung stand nicht nur die Regierungsvorlage, sondern auch die Anträge der Fraktionen. Die Sozialdemokratie stimmte vor allem für das Prinzip, durch die Erbschaftssteuer endlich den Besitz durch eine direkte Steuer auch für das Reich heranzuziehen. Sie mußte so stimmen, um für ihren Programmpunkt, direkte Steuern an Stelle der indirekten, Zeugnis abzulegen. Eine Gesamtabstimmung findet in der zweiten Lesung nicht statt, sondern nur die vorläufige Annahme der einzelnen Paragraphen, die auch in der dritten Lesung noch abgeändert werden können. Indem die Sozialdemokratie zunächst für die eigenen Anträge und nachdem diese an der Steuerscheu der Besitzenden gescheitert waren, für die Sätze der Regierungsvorlage stimmte, behielt sie sich völlig freie Hand für die politisch entscheidende Stellungnahme in der dritten Lesung.

Die Erbschaftssteuer ist aber jetzt endgültig erledigt. Der Kampf um diese Steuer, der so lange im Vordergrund stand, ist ausgekämpft. Um so dringender wird jetzt der Kampf gegen die indirekten Steuern!

Ein Partei-Veteran †.

Frankfurt, 25. Juni. Infolge eines Unglücksfalles ist gestern der Stadtverordnete Genosse Quint plötzlich verstorben. Er stand im Alter von 65 Jahren und war schon unter dem Sozialistengesetz hervorragend tätig. Seine unermüdliche, rastlose Tätigkeit für die Sache der Arbeiterschaft sichert ihm ein bleibendes Andenken in ihren Reihen.

Die Türkei rüstet.

Saloniki, 25. Juni. Aus Konstantinopel treffen ununterbrochen Geschütze, Gewehre und Kriegsmaterial ein. 2 Bataillone Saloniker Jäger sind kriegsbereit.

Versammlungs-Anzeiger.

Halle: Alle in der Schneiderei beschäftigte Personen, Sonnabend, 26. Juni.
" Maschinisten und Heizer, Sonntag, 27. Juni.
" Böttcher, Sonnabend, 26. Juni.
" Holzarbeiter, Sonnabend, 26. Juni.
" Genossenschafts-Buchdruckerei, Montag, 28. Juni.
Theißen: Sozialdem. Verein, Sonntag, 27. Juni.
Deuben: Sozialdem. Verein, Sonntag, 27. Juni.
Werschen: Bergarbeiter, Sonntag, 27. Juni.

Für den Reichstags-Wahlfonds gingen ein:

Durch Gerig 0.97, auf Sammelliste Nr. 23 10.96, 396 20.45, 399 15.55, Sitzungsgeld 0.40 Mark. Reiwand.

Gerichtlicher Konkurs-Ausverkauf.

Die zur Konkursmasse des Kaufmanns Siegfried Baden gehörigen Warenbestände, bestehend in

::: Herren- und Knaben-Garderobe :::

werden zu staunend billigen Preisen ausverkauft. Grosse Steinstrasse 83.

Verkaufszeit: Vormittags 9—12 Uhr
und nachmittags 3—7 Uhr.

Max Knoche, Konkursverwalter.

Schuhwaren

für Damen, Herren und Kinder.
Spezialität: Arbeiterstiefel,
gut und dauerhaft, kaufen Sie am billigsten in der
Calauer Schuhwarenfabrik,
Rob. Schlesier.
Leipzigerstr. 86. Leipzigerst. 86.

Heute und folgende Tage:
Doppelte
Rabattmarken
Lebensm. ausgeschl.
Lebensmittel Extra-Preise.
M. BÄR.

Haus-Bier

in der heissen Jahreszeit leichtes, erfrischendes Getränk empfiehlt
à Flasche 7 Pfg.
Freybergs Brauerei.
Fernsprecher No. 65.

Das
Reichs-Regiment auf d. Anklagebank.
Reden
des Reichstags-Abgeordneten
Dr. E. David.
Nach dem amtlichen Stenogramm über die Sitzung des Reichstages am 30. März 1909.
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Harz 42/43.

Belohnung für Wiederbringer ein. entflogenen Lachtaube. Friedenstr. 11.

Räumfuhren in offen. u. Verschlußwagen werden billigst angen. W. Müller, Gr. Brunnenst. 53.

Franz Grillparzers sämtl. Werke.

Neue, illustrierte Pracht-Ausgabe.
Vorzugspreis 3.50 Mk.
Herausgegeben von Rud. von Gottschall.
Diese Ausgabe ist nur erhältlich in unserer Volks-Buchhandlung, Harz 42/43 und bei A. Leopoldt, Zeitz.

Arbeitsmarkt

Tücht. Lohnkellner gesucht. Zu melden Sonnabend zwischen 11 u. 1 Uhr vorm. im Restaurant Goldene Kette, Alter Markt 11.

Tücht. Dachdecker sucht L. Bornschein, Halle a. S., Gr. Märkerstraße 9.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 24. Juni.

Aufgeboten: Dreher Mächler und Ida Kloß (Freiimfelderstr. 37 und Herbartstraße 4). Dreher Arndt u. Ella Domaschka (Liebenauerstraße 163 u. Blücherstr. 6). Milchhändler Lambeck und Anna Harrig (Gerberstraße 1/2 und Uhlandstraße 1). Kanzleigehilfe Förster und Marie Schreiber (Merzig u. Halle). Milchhändler Riehmer und Elsa Henkel (Halle und Creppau). Schlosser Jänicke und Wilhelmine Walther (Radewell).

Geboren: Heizer Engelhardt T. (Halberstädterstr. 3). Markthelfer Boche S. (Charlottenstr. 17). Böttcher Tuphorn T. (Jakobstraße 29). Schlosser Gorger T. (Wolffstr. 22). Konditor Stechow T. (Jakobstraße 30).

Gestorben: Arbeiter Dittmar, 60 J. (Brunoswarte 6). Kassenbote Trampe, 59 J. (Königstr. 84). Schuhmachermeister Heckner, 60 J. (Mittelstraße 16). Malers Eckardt T., 1 J. (Mühlgasse 8). Bäckers Schulze S., 2 Woch. (Thüringerstraße 26). Maurer Bänisch, 50 J. (Kellnerstr. 17). Arb. Heblinsky Ehefrau Pauline geb. Mytzka aus Döllnitz, 30 J. (Klinik). Arbeiters Kunart S., 1 J. (Elis.-Kinderheim). Kesselheizers Fischer S., 6 J. (Ludwigstr. 4). Postinvalide Emmelmann, 66 J. (Charlottenstraße 2). Eisenbahn-Schaffners Haunschild T., 7 Jahre (Merseburgerstraße 150).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a). 24. Juni.

Aufgeboten: Kaufmann Schröder und Elise Bockmüller (Bernsdorf und Burgstraße 54). Kaufmann Grimmer u. Edith Pritschow (Forsterstraße 48 u. L. Wuchererstraße 47).

Eheschließungen: Dr. med. Giese und Hedwig Bruns (Marburg und Hermannstraße 34). Schneidermeister Schaar u. Rosina Freiburghaus (Wittekindstr. 17).

Geboren: Arbeiter Hennig S. (Felsenstraße 3). Hilfsschaffner Wilke S. (Schillerstraße 24).

Gestorben: Erna Buchholz, 23 J. (Friedrichstraße 38). Anna Gärtner geb. Laß, 40 J. (Albrechtstraße 24). Milchfahrers Rothhardt S., totgeb. (Trothaerstr. 78).

Standesamt Zeitz.

Vom 14. bis 20. Juni 1909.

Eheschließungen: Kaufmann Puklitsch u. Selma Scholle (Saalfeld und Zeitz). Lackierer Urban und Auguste Gehmann.

Geboren: Arbeiter Schmidt S. Fleischermeister Weitze Zw., S. u. T. Handschuhmacher Kötzsch T. Heizer Kuntze T. Lackierer Obenauf T. Maurer Busch S. Arbeiter Sonntag S. Korbmacher Lessig T. Maschinist Sachse K. Arbeiter Bach S.

Gestorben: Schmied Reuter S., totgeb. Willi Steffer, 1 J. Karl Orlau, 75 J. Marie Spindler geb. Büchner, 82 J. Karl Angermann zu Rasberg, 1 Mon. Hedwig Obst, 1 Mon. Gustav Sepin, 64 J. Ernst Jahn, 4 Mon. Karl Stange, 59 J. Alfred Freyer zu Rasberg, 5 Mon. Johanna Lessig, 1 Tg. Karl Riedel, 82 J. Maurer Kampe S., totgeb. Emil Francke, 1 J. Gertrud Lorenz, 2 Wochen.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Halle.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch den 23. Juni verschied unser Verbandskollege

Karl Dittmar.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet Sonntag vormittag 11 Uhr auf dem Südfriedhof statt. Der Vorstand.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Jigner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.). — Verleger: vorm. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 146 — Halle a. S., Sonnabend den 26. Juni 1909 — 20. Jahrg.

Stempelsteuer — Berggesetz.

Preußisches Dreiklassenhaus.

99. Sitzung. Donnerstag, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der vom Herrenhause abgeänderten Stempelsteuernovelle.

Abg. v. **Kries** (kons.): Bei einer Besprechung einer Anzahl Vertrauensmänner der einzelnen Parteien ist es zu einer völligen Einigung leider nicht gekommen. Immerhin hat sich eine große Mehrheit für bestimmte Anträge gefunden. Beim Mietvertragsstempel haben wir die untere Grenze von 300 auf 360 Mark heraufgesetzt, dagegen sollen die 2 Proz. nicht erst bei 22000, sondern bereits bei 20000 Mk. eintreten. Auf den Fahrradstempel haben wir verzichtet. Die vom Herrenhause beschlossene Höchststeuer für Warenautomaten mit 5 Mk. erscheint uns zu hoch, wir haben diesen Stempel auf 2 Mk. herabgesetzt. Bei den Jagdpachtverträgen haben wir für die kleinen Pachtzinsen von 300—500 Mk. den Stempel von 3 Proz. auf 2 Proz. ermäßigt, dagegen für die ganz hohen Pachtzinsen von 6000—8000 Mk. statt nur 7½ Proz. 9 und 10 Proz. eingeführt. Den Stempel für die Verträge über Pachtung von gemeinschaftlichen Jagdbezirken schließlich haben wir, sofern der Pachtzins 1500 Mk. nicht übersteigt, von ½ Proz. auf 3/10 Proz. herabgesetzt. Ich bitte Sie, diesen Kompromißbeschlüssen zuzustimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Fischbeck** (Freis. Volksp.) wendet sich gegen die Kompromiß-Anträge in bezug auf die Miet- und Jagdpacht-Verträge.

Abg. **Leinert** (Soz.):

Der Beschluß des Herrenhauses, die Fahrradsteuer zu beseitigen bedeutet für die Mehrheit dieses Hauses eine klatschende Ohrfeige., (Lachen rechts.) Interessant ist, daß die Regierung, die sich hier sehr warm für die Fahrradsteuer ins Zeug gelegt hat, im Herrenhause gar nicht versucht hat, diesen volksfeindlichen Beschluß zu vertreten. Die Besteuerung der Waren-Automaten nach der Anzahl der Warenbehälter halten wir nicht für gerecht. Ueberhaupt liegt in dieser Bestempelung der Waren-Automaten eine ganz unberechtigte Gewerbesteuer, von der große Industriezweige betroffen werden. — Was den Mietsstempel anlangt, so bedeutet die Grenze von 360 Mark noch eine Verschlechterung der früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses. — Mit dem Beschluß, jetzt, nach Streichung des Fahrradstempels, die Jagdpachtverträge über 8000 Mark höher zu besteurrn, gibt die Mehrheit dieses Hauses zu, daß sie früher die Absicht hatte, die Großgrundbesitzer auf Kosten des radfahrenden Publikums zu begünstigen. (Sehr gut! bei den Soz.; Lachen rechts.) Die Begünstigung der Verträge über die Anpachtung von gemeinschaftlichen Jagdbezirken bedeutet auch wieder eine Bevorzugung der Großgrundbesitzer, denn diese werden immer in der Lage sein, kraft ihres wirtschaftlichen Uebergewichts, die kleinen zu zwingen, die Jagden an den Großgrundbesitzer abzugeben.

Wir lehnen diese ganze Stempelsteuer-Novelle ab, weil sie eine Bedrückung der Kleinen und eine Begünstigung der Großgrundbesitzer bedeutet. Die Mehrheit dieses Hauses hat eben kein Gefühl dafür, wie die Steuern die kleinen Leute drücken. Sie steht auf dem Standpunkt: „Nimm, was Du kriegen kannst, durch die Gesetzgebung". Freilich besitzen Sie diese Macht nur infolge der Anwendung des unverschämten Terrorismus bei den Wahlen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Präsident v. **Kröcher**: Der Ausdruck „unverschämt" gegen Mitglieder dieses Hauses ist nicht zulässig; ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. **Leinert** (Soz.) fortfahrend: Wenn die Wahlen auf diese Weise zustande kommen, ist es kein Wunder, daß dann solche Gesetze gemacht werden. Die Antwort werden Sie bei den nächsten Wahlen bekommen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. **Kretz** (kons.): Bei der Besprechung des Fahrradstempels hatte ich gesagt: das Fortbewegungsmittel des ärmsten Mannes sei keineswegs das Fahrrad, sondern die Füße. Das war eine Erwiderung auf übertriebene Behauptungen des Herrn Leinert, als wenn durch den 50 Pfennig-Stempel die ganze Arbeiterschaft ruiniert würde. Meine Bemerkung, Herr Leinert sollte lieber für eine Ermäßigung der sozialdemokratischen Parteibeiträge sorgen, hat der Vorwärts verschwiegen, obwohl ein Drittel der ganzen sozialdemokratischen Fraktion Redakteurposten beim Vorwärts bekleidet. (Heiterkeit rechts.)

Abg. **Leinert** (Soz.): Daß die Sozialdemokratie Beiträge braucht, ist selbstverständlich. Aber die Sozialdemokratie hat es nicht nötig, die Arbeiter zu zwingen, Beiträge zu bezahlen, sondern sie werden dazu gezwungen durch die unerhörte Ausbeutung durch die agrarische Gesetzgebung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mehr als tausend Millionen Mark nimmt man den Arbeitern im Jahre durch die Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel aus der Tasche, um sie den Großgrundbesitzern zu geben. (Sehr wahr! b. d. Soz., Unruhe rechts.) Durch solche Bemerkungen über die Parteibeiträge machen Sie auf die Arbeiter keinen Eindruck, Herr Kretz. Die Arbeiter wissen, daß diese Beiträge um so notwendiger sind, je dreister die Agrarier die Gesetzgebung ausnutzen, um die Arbeiter zu benachteiligen. (Bravo!) b. d. Soz.)

Damit schließt die Debatte. Die Kompromißanträge werden angenommen.

Es folgt die Beratung der vom Herrenhause abgeänderten

Berggesetznovelle.

Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses sollte die Wahl der Mitglieder des Arbeiterausschusses im Wege der Verhältniswahl erfolgen. Das Herrenhaus hat dagegen beschlossen, daß die Verhältniswahl nur zulässig sein soll.

Abg. **Imbusch** (C.) begründet einen Antrag, den Beschluß des Abgeordnetenhauses wiederherzustellen.

Abg. **Hirsch**-Essen (natl.) hält es nicht für notwendig, aus diesem Grunde das Gesetz noch einmal an das Herrenhaus zurückgehen zu lassen.

Abg. **Leinert** (Soz.): Daß die Verhältniswahl nur fakultativ statt obligatorisch eingeführt werden soll, bedeutet zweifellos eine erhebliche Verschlechterung des Gesetzes, denn es überliefert seine Ausführung noch mehr der Willkür der Unternehmer. Im Herrenhaus hat man gesagt, das Gesetz habe so viele Kautelen, daß man ihm unbedenklich zustimmen könne. Das beweist, daß das Gesetz tatsächlich nur den Interessen der Unternehmer entspricht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Uebrigens hat das Herrenhaus noch eine andere wichtige Bestimmung geändert. Hier war beschlossen worden, daß einem Sicherheitsmann während seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis nicht gekündigt werden könne. Daraus hat das Herrenhaus gemacht, daß der Sicherheitsmann nicht zu einem früheren Zeitpunkt, als dem Ablauf seiner Wahlperiode, gekündigt werden könne. Danach kann er also jetzt schon gekündigt werden, einen halben Monat vor Ablauf seiner Wahlperiode, und der Unternehmer erhält so die Möglichkeit, die Wiederwahl eines Sicherheitsmannes, der zugunsten der Arbeiter gewirkt hat, zu vereiteln. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Herrenhaus ist auch gesagt, das Gesetz sei eine Blume am liberalen Wege, den die Regierung jetzt wandele. Nun, ein Gesetz, dem die Konservativen und das Zentrum zustimmen, kann man gewiß nicht liberal nennen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Einem Gesetze, das den Arbeitern keinen Nutzen bringt, sondern nur auf die Unternehmer Rücksicht nimmt, kann ein Arbeiter in diesem Hause nicht zustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Minister Dr. **Delbrück**: Die zweite, von dem Vorredner erwähnte Aenderung, ist nur redaktioneller Natur. Darüber, daß der Sicherheitsmann nur mit Ablauf seiner Wahlperiode entlassen werden kann, war sich das Haus einig.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In der Spezialdiskussion bemerkt:

Abg. **Leinert** (Soz.): In dem Kommissionsbericht des Herrenhauses ist die Meinung, die ich über den Sinn des Herrenhausbeschlusses vertrete, vollständig geteilt worden. Gerade mit Rücksicht darauf, daß der Beschluß des Abgeordnetenhauses es den Unternehmern nicht erwögliche, einen wiedergewählten Sicherheitsmann überhaupt los zu werden, ist der Anlaß zu dieser Verschlechterungsbestimmung gewesen. Wie Herr Brust sagen kann, dann müßte man auch dem Arbeiter das Recht nehmen, während der Wahlperiode das Arbeitsverhältnis aufzugeben, verstehe ich nicht. Der Arbeiter muß doch in der Lage sein, Schikanierungen des Arbeitgebers sich zu entziehen. Das angeblich gleiche Recht auf Seiten des Unternehmers bedeutet immer eine Bevorrechtigung des letzteren. Denn der Unternehmer ist ohnehin in wirtschaftlicher Beziehung den Arbeitern überlegen. Wir werden ja, wenn das Gesetz in Kraft getreten ist, die Klagen der Arbeiter über diese Bestimmung hören, und dann werden auch die christlichen Arbeiter wissen, wem sie eine solche Bestimmung zu verdanken haben. Sie sollten der Stimmung der Bergarbeiter draußen im Lande Ausdruck geben, als lediglich die Zentrumspolitik zu vertreten. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Abg. **Brust** (Zentr.): Wir verlangen gleiches Recht für Arbeiter und Arbeitgeber, wie es auch die sozialdemokratischen Unternehmer verlangen. Ja, diese verlangen weit mehr, wie es die brutale Entlassung der Vorwärts-Redakteure beweist. Wenn Sie (zu den Soz.) nach Streikbrechern suchen, können Sie sie hier leicht finden.

Abg. **Flesch** (Freis. Vgg.): Was das gleiche Recht für Arbeiter und Arbeitgeber anlangt, so sage ich mit Ihering: „Eine schöne Gleichheit! Der gepanzerte Mann soll gegen den Mann ohne Waffen kämpfen!" (Sehr gut! b. d. Soz.) Im übrigen kann ich nicht zugeben, daß durch den Herrenhausbeschluß die Bestimmungen über die Kündigung der Sicherheitsmänner ihrem Inhalte nach geändert sind.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Leinert** (Soz., persönlich) betont, daß die Kündigung der Vorwärts-Redakteure vertragsmäßig erfolgt sei.

Unter Ablehnung des Zentrums-Antrags wird das Gesetz in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

Es folgen Petitionen, u. a. eine um Einführung des gleichen Wahlrechts (worüber wir morgen berichten. Red.)

Aus dem bürgerlichen Recht.

Von Verlöbnis und Ehe.

G. „Jung gefreit, hat niemand gereut", so lautet ein altes Sprichwort (für dessen Richtigkeit die vorsichtige Redaktion jedoch dem Erfinder die Verantwortlichkeit überlassen muß. Red.). Diejenigen, die nach dem Sprichwort handeln wollen, mögen sich immerhin rechtzeitig mit den auf das Verlöbnis, Eingebung der Ehe usw. bezüglichen **Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs** vertraut machen.

Da ist dem Verlobten zunächst zu sagen, daß durch das Verlöbnis nicht auf Eingehung der Ehe geklagt werden kann (§ 1297 B. G.-B.). Das Verlöbnis ist auch an keine Form gebunden; erforderlich ist auch nicht, wie vielfach angenommen wird, das Wechseln der Ringe, die Anzeige an Verwandte, Bekannte usw. Einfache Liebschaften dagegen sind keine Verlöbnisse, sondern als Verlöbnis wird vorausgesetzt, daß die Parteien sich nicht nur ihre Liebe gestanden haben, sondern auch darüber einig geworden sind, daß sie sich ehelichen wollen. Das Verlöbnis wird aufgehoben durch gegenseitiges Verständnis, durch Tod oder durch einseitigen Rücktritt eines der Verlobten. Tritt nun ein Verlobter von dem Verlöbnisse zurück, so hat er nach § 1298 des B. G.-B. dem andern Verlobten und dessen Eltern sowie dritten Personen, welche an Stelle der Eltern gehandelt haben, den Schaden zu ersetzen, der daraus entstanden ist, daß sie in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht haben oder Verbindlichkeiten eingegangen sind. Dem andern Verlobten hat er auch den Schaden zu ersetzen, den dieser dadurch erleidet, daß er in Erwartung der Ehe sonstige, sein Vermögen oder seine Erwerbsstellung berührende Maßnahmen getroffen hat. Der Schaden ist nur insoweit zu ersetzen, als die

H. Elkan Halle a. S. Leipzigerstrasse 87.

Bedeutende Preisermässigung

in allen Abteilungen unseres Kaufhauses.

Grosse Gelegenheitsposten.

Herren-Anzüge 12 Mk. bis 55 Mk. Knabenstoff- u. Waschanzüge 1.50 bis 8 Mk. Waschstoffhosen für Herren 60 Pf. bis 1 Mk. Mehrere 1000 Meter Waschstoffe jetzt Mtr. 18 bis 75 Pf. Wollstoffe Mtr. 60 Pf. bis 3.50 Kleiderdruck 30 Pf. Gingham Mtr. 34 Pf. Hemdenbarchent bunt 25 bis 50 Pf. Barchent-Bettücher 35 Pf. bis 2.80 Damenblusen, Waschblusen in weiß u. bunt 95 Pf. bis 4.50 Woll-, Tüll-, Seidenblusen 4.50 bis 8.50 Mehrere 1000 Stück weisse Damenwäsche wie Nachtjacken, Beinkleider, Hemden 95 Pf. bis 2.50 Handschuhe, Strümpfe, Gürtel, Krawatten, Kragen, Oberhemden, Schürzen allerbilligst. Spiral-Korsetts 95 Pf. bis 4.50 Weisse Herren-Oberhemden 3.90 Weisse Untertaillen 63 Pf. bis 2.50

Grosse Posten in Kinderkleidchen, Gardinen, Teppichen, Tischdecken zu Extra-Preisen.

Ausgabestelle von **Beamten-Konsummarken** sowie sämtlicher Konsummarken oder Marken der Rabatt-Sparvereinigung.

Damen- und Mädchen-Hüte bis zur Hälfte des Preises.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0009

Aufwendungen bei Eingehung der Verbindlichkeiten und die sonstigen Maßnahmen den Umständen nach angemessen waren. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn ein „wichtiger Grund" für den Rücktritt vorliegt. Die auf Grund des § 1298 zu stellenden Ansprüche müssen also daraus entstanden sein, daß in Erwartung der Ehe Aufwendungen gemacht oder Verbindlichkeiten eingegangen worden sind. So kann z. B. auch Entschädigung für die Aussteuer gefordert werden. Der Anspruch steht dem verlassenen Verlobten, dessen Eltern sowie dritten Personen, welche an Stelle der Eltern gehandelt haben, zu. Haben somit Stiefeltern, Pflegeeltern oder Verwandte für einen verwaisten Verlobten an Stelle der abwesenden oder verhinderten Eltern aus gleichen Gefühlen und sittlichen Rücksichten, wie bei diesen vorausgesetzt werden durfte, gehandelt, so steht ihnen ebenfalls Anspruch auf Ersatz der gemachten Aufwendungen zu. Hat die Braut etwa in Erwartung der Ehe die Stellung aufgegeben, so muß auch dieser Schaden ersetzt werden. Was es nun noch mit dem „wichtigen Grund" für eine Bewandnis hat, dürfte aus folgender Entscheidung des Reichsgerichts vom 6. Juni 1903 hervorgehen. Danach ist die Versagung oder Zurücknahme der Einwilligung des Vaters in die Eheschließung nicht ein für allemal als ein wichtiger Grund für den einseitigen Rücktritt vom Verlöbnis anzusehen. Die konkreten Umstände eines jeden Falles müssen hierüber entscheiden. Als ein wichtiger Grund würde es nicht anzusehen sein, wenn die Eltern eine reichere Braut ausfindig machen und somit nur aus Geldgier die Zustimmung zurückziehen. Als wichtige Gründe für den Rücktritt können u. a. in Betracht kommen: Langwierige, ansteckende Krankheiten, Mängel im Charakter, Verletzung der Verlöbnistreue. Haben beide Teile durch ihr Verhalten einen Grund zum Rücktritte gegeben, so kann alsdann von keiner Seite Schadenersatzanspruch geltend gemacht werden. Veranlaßt ein Verlobter den Rücktritt des andern durch ein Verschulden, das einen wichtigen Grund für den Rücktritt bildet, so ist er gemäß § 1299 des B. G.-B. nach Maßgabe des § 1298 zum Schadenersatze verpflichtet. Hiernach muß der zurücktretende Verlobte beweisen, daß dem andern Teil ein Verschulden zur Last fällt, welches einen wichtigen Grund zum Rücktritt bildet.

Hat eine unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten die Beiwohnung gestattet, so kann sie nach § 1300 des B. G.-B., wenn die Voraussetzungen des § 1298 vorliegen, auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangen. Der Anspruch ist nicht übertragbar und geht nicht auf die Erben über, es sei denn, daß er durch Vertrag anerkannt oder daß er rechtshängig geworden ist. Unter dem § 1300 fallen also die Fälle, wo während eines Verlöbnisses eine Beiwohnung stattgefunden hat, und nachdem der Bräutigam dann ohne wichtigen Grund vom Verlöbnisse zurücktritt oder durch sein schuldhaftes Verhalten den Rücktritt der Braut verursacht. Ansprüche auf Grund des § 1300 können schon gestellt werden, wenn die Braut dem Bräutigam die Beiwohnung gestattet hat. Daß eine direkte Schwängerung vorliegen muß, ist durchaus nicht erforderlich. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts vom 19. Februar 1902 soll der verlassenen Braut, die durch einen in Erwartung der künftigen Ehe dem Verlobten gestatteten vorzeitigen Geschlechtsverkehr in den Augen der Welt einen Makel erlitten hat, eine Entschädigung dafür gewährt werden, daß ihre Aussichten auf eine Versorgung zerstört oder doch beeinträchtigt worden sind. Die zu zahlende Entschädigung richtet sich nach der gesellschaftlichen Stellung, Vermögen und Einkünften der Parteien. Erforderlich ist durchaus nicht, daß die Braut Jungfrau war, auch eine Witwe oder geschiedene Frau kann eintretendenfalls auf Grund des § 1300 vorgehen. Dagegen stempelt jeder frühere außereheliche Geschlechtsverkehr die Braut als „bescholten".

Unterbleibt die Eheschließung, so kann nach § 1301 des B. G.-B. jeder Verlobte von dem andern die Herausgabe desjenigen, was er ihm geschenkt oder zum Zeichen des Verlöbnisses gegeben hat, nach den Vorschriften über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung fordern. Im Zweifel ist anzunehmen, daß die Rückforderung ausgeschlossen sein soll, wenn das Verlöbnis durch den Tod eines der Verlobten aufgelöst wird. Wer z. B. den Rücktritt des andern Teils verschuldet, muß die erhaltenen Geschenke, zu welchem auch der Verlobungsring gehört, nicht allein zurückgeben, sondern verliert auch noch die von ihm gemachten Geschenke. Ansprüche aus den §§ 1298—1301 verjähren in zwei Jahren von der Auflösung des Verlöbnisses an.

Was nun die Eingehung der Ehe betrifft, so darf ein Mann nicht vor dem Eintritte der Volljährigkeit, eine Frau nicht vor Vollendung des sechzehnten Lebensjahres diesen sehr gewichtigen Schritt unternehmen. Von dieser Vorschrift kann der Frau Befreiung erteilt werden. Ebenso kann der Mann mit Vollendung des 18. Lebensjahres auf Antrag seitens des Amtsgerichts für volljährig erklärt werden. Geschieht dies nicht, dann tritt gesetzlich die Volljährigkeit mit Vollendung des 21. Lebensjahres ein. Solange bedarf ein eheliches Kind nach § 1305 des B. G.-B. zur Eingehung der Ehe der Einwilligung des Vaters, ein uneheliches Kind dagegen der Einwilligung der Mutter. An die Stelle des Vaters tritt die Mutter, wenn der Vater gestorben ist oder wenn ihm die sich aus der Vaterschaft ergebenden Rechte nicht mehr zustehen. Ein für ehelich erklärtes Kind bedarf der Einwilligung der Mutter auch dann nicht, wenn der Vater gestorben ist. Dem Tode des Vaters oder der Mutter steht es gleich, wenn sie zur Abgabe einer Erklärung dauernd außerstande sind, oder ihr Aufenthalt dauernd unbekannt ist. Einem an Kindesstatt angenommenen Kinde gegenüber steht die Einwilligung an Stelle der Eltern demjenigen zu, welcher das Kind angenommen hat. Wird die elterliche Einwilligung einem volljährigen Kinde verweigert, so kann sie auf dessen Antrag durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden.

Den Braut- und Eheleuten sollen nun noch einige Winke gegeben werden. Nach § 1410 des B. G.-B. können Gläubiger des Mannes nicht Befriedigung aus dem eingebrachten Gute verlangen. Hiernach haftet die Frau also mit ihrem Vermögen und den eingebrachten Sachen (Möbeln usw.) niemals für die Schulden des Mannes. Erforderlich ist aber, daß die eingebrachten Sachen vor der Verheiratung gekauft sind und die Rechnungen auf den Mädchennamen der Frau lauten. Mit „eingebrachtem Gute" bezeichnet das Gesetz weiter das Vermögen, welches die Frau nicht allein in die Ehe einbringt, sondern auch, was sie während der Ehe erwirbt. An dem eingebrachten Gute steht dem Manne die Verwaltung zu, jedoch darf er nicht ohne Zustimmung der Ehefrau über das eingebrachte Gut verfügen. Umgekehrt bedarf aber die Frau zu einer Verfügung über das eingebrachte Gut der Einwilligung des Mannes. Somit könnte z. B. ein eingebrachtes Möbelstück rechtsgültig nur von beiden Eheleuten gemeinsam verkauft oder verpfändet werden. Außer dem eingebrachten Gute kommt noch das Vorbehaltsgut in Betracht. Gegenüber einem weit verbreiteten Irrtume soll hier gleich betont werden, daß alles das, was durch „gemeinsame" Arbeit beider Ehegatten erworben wird, nicht beiden Eheleuten, sondern nur dem Manne allein gehört. Zum Vorbehaltsgute gehört nun alles das, was die Frau durch ihre Arbeit oder durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts erwirbt, weiter, was durch Ehevertrag für Vorbehaltsgut erklärt wird. Außerdem gehören zum Vorbehaltsgute die ausschließlich zum persönlichen Gebrauche der Frau bestimmten Sachen, insbesondere Kleider, Schmucksachen, Arbeitsgeräte (z. B. Nähmaschine), ebenso alles, was die Frau durch Erbfolge, durch Vermächtnisse oder als Pflichtteil erwirbt, oder was ihr unter Lebenden von einem Dritten unentgeltlich zugewendet wird, wenn der Erblasser durch letztwillige Verfügung, der Dritte bei der Zuwendung bestimmt hat, daß der Erwerb Vorbehaltsgut sein soll; endlich das, was die Frau auf Grund eines zu ihrem Vorbehaltsgute gehörenden Rechts oder als Ersatz für die Zerstörung, Beschädigung oder Entziehung eines dem Vorbehaltsgute gehörenden Gegenstandes oder durch ein Rechtsgeschäft erwirbt, das sich auf das Vorbehaltsgut bezieht. Das Vorbehaltsgut unterliegt keinerlei vermögensrechtlichem Eingriffe des Ehemanns.

Um nun ehelichen Differenzen wegen der Verwaltung des eingebrachten Guts usw. vorzubeugen, ist die Abschließung eines Ehevertrags zu empfehlen, in welchem Gütertrennung unter gleichzeitigem Ausschlusse des ehemännlichen Verwaltungs- und Nutznießungsrechts vereinbart, sowie das eingebrachte Vermögen der Frau anerkannt und festgelegt wird, daß das durch gemeinsame Arbeit Erworbene gemeinsames Eigentum der Eheleute werden soll. Ein solcher Vertrag muß gerichtlich oder notariell abgeschlossen werden und ist dann in das Güterrechtsregister einzutragen. Die Kosten für einen solchen Vertrag richten sich nach der Höhe des Objekts und sind gegenüber den Nachteilen gering, die der Ehefrau und ihren Kindern sonst erwachsen können. Wenn die Eheleute keinen Ehevertrag abschließen, so gilt der sogenannte „gesetzliche Güterstand", und das ist nicht die Gütergemeinschaft, sondern die Verwaltungsgemeinschaft. Dieser ändert die vermögensrechtliche Stellung des Mannes nicht, wohl aber die der Frau, deren Rechte infolge der Ehe verkürzt werden. Denn die Verwaltungsgemeinschaft unterscheidet auch noch, wie wir gesehen haben, zwischen dem eingebrachten Gut und dem Vorbehaltsgut.

Aus den Nachbarkreisen.

Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Laut § 10 unseres Kreisstatuts beruft der Unterzeichnete den diesjährigen Kreistag für Sonntag, den 22. August, nach Naumburg ein. Die Verhandlungen finden im Schwarzen Adler statt, sämtliche Teilnehmer haben sich so einzurichten, daß sie früh gegen 9 Uhr im Lokal sind und dort bis Schluß der Verhandlungen verbleiben. Die Wahlen der Delegierten erfolgen nach § 11:

„Für jeden Verein ist mindestens ein Delegierter zu wählen. Zu wählen sind für 25 Vereinsmitglieder ein Delegierter, für 50 Mitglieder zwei, für 100 Mitglieder drei und auf jede weiteren vollen 100 Mitglieder je ein Delegierter mehr."

Es ist sehr zu wünschen, daß sich unter den Delegierten auch Genossinnen befinden. Ebenso haben wir den weiteren Wunsch, daß möglichst diejenigen Genossen mit delegiert werden, die später die Beschlüsse des Kreistages auszuführen haben, vor allem also die Vorsitzenden.

Als provisorische Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Bericht des Zentralvorstandes.
2. Agitation und Organisation.
3. Die Kommunalwahlen.
4. Die Presse.
5. Das Organisationsstatut der Gesamtpartei.
6. Der Parteitag in Leipzig.
7. Das Bezirksstatut und der Bezirkstag.
8. Wahlen.
9. Anträge.

Der Zentralvorstand stellt den Antrag, die Beiträge dergestalt abzuändern, daß weibliche Mitglieder pro Woche 5 Pf., männliche Mitglieder pro Woche 10 Pf. zahlen sollen. Wir begründen diesen Antrag vor allem damit, daß es doch der Wille aller Parteiangehörigen ist, endlich in unserem Kreise wieder ein eigenes Blatt zu bekommen. Dazu ist aber notwendig, daß alle — außer den Beiträgen — einkommenden Gelder (auf Sammellisten, durch Extrasammlungen usw.) ausschließlich dem Preßfonds zugeführt werden, während alle Parteiausgaben aus den Beiträgen gedeckt werden müssen. Dazu aber ist eine Erhöhung der Beiträge unbedingt notwendig. Wir hoffen, daß alle Genossen und Genossinnen der Erhöhung zustimmen, die ja nur eine sehr geringe ist.

Wir fordern nun alle Vereine auf, in den nächsten Versammlungen Stellung zu nehmen und uns eventl. Anträge einzusenden. Die Wahlen der Delegierten sollen erst im Juli, nach den Neuwahlen der Vorstände, erfolgen.

Die Jahresberichte werden voraussichtlich in der dritten oder vierten Juliwoche fertig. Wir haben beschlossen, jedem Mitglied den Bericht gratis zuzustellen, damit derselbe auch von allen Mitgliedern durchgelesen werden kann und somit vollen Erfolg hat.

Zeitz, den 24. Juni 1909.

Mit Parteigruß!

Der Zentralvorstand. J. A.: A. Leopoldt.

Erklärung.

Auf die Mitteilung des Herrn Dr. Rubensohn haben wir zu erwidern, daß der angeführte Satz in dem Schriftstück, welches der Rechtsanwalt den Beklagten zugesandt hat, enthalten ist. Weiteres werden wir hierüber noch bekannt geben nach nochmaliger Rücksprache mit den in Betracht kommenden Genossen. Der Zentralvorstand. J. A.: A. Leopoldt.

Zeitz, 24. Juni. Arbeiter aufgepaßt! Die Gemeindeeinkommensteuerliste der Stadt Zeitz für 1909 liegt gemäß § 80 des Einkommensteuergesetzes von 1906 in der Zeit vom 26. Juni bis 9. Juli d. Js. während der Geschäftsstunden im Rathause, Zimmer Nr. 39, für die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen bis zu 900 Mk. zur Einsicht öffentlich aus. Gegen die Veranlagung steht den bezeichneten Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist das Recht der Berufung an die Veranlagungskommission zu.

Alle diejenigen, die erwarten, daß sie zu niedrig eingeschätzt sind und demgemäß ihr Wahlrecht bei der Stadtverordnetenwahl verlieren können, sollen Einsicht in die Liste nehmen und sich überzeugen, ob sie ihrem Einkommen gemäß eingetragen sind. Gegen

---

123] [Nachdr. verb.

Berthold Meryan.

Roman von Cornelie Huygens.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

Sein Auftreten in Amsterdam war mit Zustimmung von Rustin bis zum Herbst verschoben worden, da der Sommer für einen zahlreichen Besuch nicht geeignet zu sein schien. Vereinsvorträge wurden in der Regel auch nur im Winter abgehalten. Auf Veranlassung von Anna war er in Delft der Sache insofern näher getreten, als er die Arbeiter, mit welchen er persönlich verkehrte, eingeladen hatte. Sonntags morgens mit ihren Frauen und erwachsenen Kindern in einem gemieteten Lokale zusammen zu kommen, um dort den idealistischen Kern der Arbeiterbewegung zu behandeln.

Dort hatte er ihnen seine Lebensvision in Verbindung mit der Auffassung der Weltgeschichte geschildert und gezeigt, wie der Mensch allmählich das geworden ist, was seine Vorgeschlechter sowohl auf geistigem wie auf materiellem Gebiete seit Jahrhunderten vorgearbeitet haben, und wie die späteren Menschen wieder das Resultat von dem sein werden, was wir jetzt vorbereiten. Er hatte ihnen auseinandergesetzt, daß selbst die größten Geister nicht zu ihrer Höhe hätten emporsteigen können, wenn sie nicht von allen andern, großen und kleinen, bewußt und unbewußt, unterstützt worden wären. Daß daher der Mensch als Individuum sich selbst auch nicht ausschließlich angehöre, sondern allen, und das mithin bloß derjenige Mensch das richtige Individualitätsprinzip wirklich in Ehren halte, welcher in der Erkenntnis dieser Einheit und des engen Zusammenhanges von allem die höchste Betätigung seiner Persönlichkeit darin suche, der Gemeinschaft alles, was sie ihm unbewußt geschenkt habe, in stets neuer, vollkommener Form mit Bewußtsein zurückzugeben.

Diejenigen, welche aus den Schatzkammern des menschlichen Geistes wenig oder nichts erhalten hätten, könnten natürlicherweise auch nichts verarbeiten und nichts zurückgeben, und das Leben von solchen ginge denn auch für sie selbst und für andere verloren. Deshalb war es nach ihm auch das denkbar größte gesellschaftliche Verbrechen, daß menschliche Wesen geboren werden und sterben, welche von all' den aufgehäuften Schätzen und Wohltaten der jahrhundertelangen Weltentwicklung ausgeschlossen blieben, welche geboren werden, leben und wieder verschwinden nicht als denkende Wesen, nicht als Individualitäten, sondern als gänzlich vernunftlose Geschöpfe, als rohes, grobes Arbeitsmaterial oder schlimmer noch als gesellschaftlicher Bodensatz, der ekelerregend verfault und einen Pfuhl bildet, dessen Ansteckungsstoffe für die ganze Gesellschaft gefahrdrohend sind.

In diesen Sonntagszusammenkünften hatten außer Berthold auch noch andere gesprochen, so Thronton und Zaanstra, mit dem er in Korrespondenz geblieben, und der, obgleich er in dem besten Mannesalter einer Ruine glich, hier doch noch einmal aufgetreten war, um mit seiner gebrochenen Stimme seine Leidensgenossen anzufeuern, sich energisch aufzuraffen, sich geistig zu entwickeln und streng sittlich zu leben, um dadurch, wenn auch wirklich nicht sich selbst, so doch ihre Kinder und Enkel zu befreien.

Als das wöchentliche Auditorium immer zahlreicher wurde und an einem Sonntag im September bereits mehrere Hundert Zuhörer zählte, faßte Berthold den Entschluß, an Baltian Rustin zu schreiben, um ihn zu einem Vortrag einzuladen. Auf diese Anfrage erhielt er fast mit wendender Post eine günstige Rückantwort.

Er empfing diesen Brief eines Abends, als er gerade zu Denners gehen wollte. Recht innig erfreut, unter der alles heiligenden Friedensfahne der Menschenliebe zusammenwirken zu können mit einem Manne, dessen Ansichten in vielen Beziehungen von den seinigen abwichen, schob er seine Arbeiten mit einem Seufzer der Ermattung auf die Seite, um Anna, welcher er von seinem Plane noch nichts mitgeteilt hatte, mit diesem Briefe zu überraschen.

Als er aber seine Feder hinlegte und auf die Uhr blickte, wurde er plötzlich so schwindlig, daß er sich, um nicht umzusinken, an dem Schreibtisch festhalten mußte. Er schloß die Augen, und als er sie nach einigen Sekunden wieder öffnete, war der Anfall vorüber.

Er schüttelte den Kopf. Aehnliche Schwindelanfälle hatte er in der letzten Zeit schon wiederholt gehabt. Sie kämen gewiß von den schweren Kopfschmerzen, an denen er öfters litt, dachte er. Auf der Straße war ein solcher Anfall auch schon aufgetreten . . . Vielleicht würde es zweckmäßig sein, wenn er mal einen Arzt zu Rate zöge!

Als er aufstand und einige Briefe und Druckproben, welche zur Post mußten, zu sich nahm, bekam er wieder einen Schwindelanfall viel schlimmer als vorher. Der Boden schwankte unter ihm und alles drehte sich im Kreise um ihn her. Er wankte, suchte sich vergebens festzuhalten und fiel mit einem so schweren Schlag auf den Boden, daß seine Wirtin, welche unten wohnte, erschrocken die Treppe heraufeilte.

Als sie ihn bewußtlos liegen sah, wollte sie ihm aufhelfen, und da ihr dies nicht gelang, versuchte sie, ihn mit Wasser zum Bewußtsein zu bringen. Alle ihre Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Kreideweiß und unbeweglich lag er auf dem Boden, und da sie weiter keinen Rat wußte, schickte sie eiligst eins ihrer Kinder zu dem nächstwohnenden Arzt.

Berthold war krank, schwer krank. Die Natur hatte die fortgesetzte Vernachlässigung ihrer Gebote endlich gerächt. Er hatte sich in den letzten Jahren auch viel zu viel angestrengt. Da er niemals krank gewesen war und sich trotz seiner geistigen Ueberanstrengung immer kräftig und gesund gefühlt hatte, beachtete er nicht, wie er durch die unausgesetzte Arbeit und durch den Mangel an Luft, Bewegung und Erholung allmählich verwüstet worden war. Die schweren Kopfschmerzen und die heftigen Stiche im Hinterkopf, welche ihn oft belästigt, hatte er zu betäuben gesucht und, sobald die Schmerzen etwas nachgelassen, sich wieder an die Arbeit gemacht.

Darauf stellten sich die Schwindelanfälle ein, erst selten, dann öfters, und nun lag er bewußtlos, unruhig und in Fieberphantasien auf seinem Bett, einige Male im Tage besucht von dem Arzt, welcher von Ueberarbeitung sprach, aber den Zustand nicht für schlimm genug hielt, um die Ueberführung ins Krankenhaus sofort anzuordnen. Am dritten Tage, als plötzlich eine Verschlimmerung, welche jeden Transport des Kranken unmöglich machte, eintrat, konstatierte er eine gefährliche Gehirnentzündung.

Frau Denners, welche in ihrer mütterlichen Teilnahme den Patienten vom ersten Tage an regelmäßig besuchte, brachte eines Morgens diese traurige Nachricht nach Hause — und Anna, die schon gleich sehr beunruhigt gewesen war, wurde darüber bleich wie der Tod.

„Das Fieber wächst fortwährend. Da seine Hausfrau nicht mehr allein mit ihm fertig werden kann, habe ich nach Rücksprache mit dem Arzt wegen einer Pflegerin nach dem Bronovo-Institut im Haag telegraphiert."

Anna sagte noch immer nichts, sondern blickte wie versteinert vor sich hin.

Als ihre Mutter Mantel und Hut abgelegt hatte, fuhr sie fort: „Er phantasiert oft über uns, der arme Junge. Diese Nacht war er sehr unruhig und soll er einige Male ganz laut „Anna!" gerufen haben."

„Ich habe es gefühlt, daß er schlimmer sein müßte und nach mir rief," sagte Anna jetzt. „Keine Minute konnte ich schlafen, so habe ich mich geängstigt. Aber nun halte ich es auch nicht länger aus, sondern gehe zu ihm."

„Er würde Dich doch nicht erkennen, mein Kind; er erkennt niemand, und er spricht im Fieber nur wirr durcheinander. Morgen kannst Du ja mitgehen. Es ist mir eine große Beruhigung, daß nun eine erfahrene Pflegerin hinkommt."

„Also eine ganz fremde Person soll ihn pflegen, da er gefährlich krank ist!" rief Anna bitter. „Würdet Ihr mich denn im Falle einer gefährlichen Krankheit einer fremden Person ruhig anvertrauen? — Ich werde ihn pflegen . . . . . Nein, Mama, Du mußt mich deswegen auch nicht so erschreckt ansehen . . . ."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0010
DFG

eine zu niedrige Einschätzung muß dann sofort protestiert und höhere Eintragung verlangt werden. Wir ersuchen also sofort Einsicht zu nehmen, die Bureaustunden sind bis mittags 1 Uhr und abends bis 7 Uhr.

Zeitz, 24. Juni. **Jugendorganisation.** Am Sonntag, den 27. Juni macht die Jugendorganisation wieder einen Ausflug nach dem Forst. Treffpunkt früh 7 Uhr an der Steinschenke. Wir ersuchen alle zu kommen, besonders sollen Eltern usw. sich anschließen. Bei Regenwetter findet der Ausflug nicht statt, es ist dann nachmittag 2½ Uhr Beisammensein im Dianasaal.

Die Kommission.

Zeitz, 24. Juni. **Bei den Aktionären ist noch keine Krise.** Die Generalversammlung der Zeitzer Paraffin- und Solaröl-Fabrik hat die Verteilung einer 10prozentigen Dividende beschlossen. Bei solchem „Entbehrungslohn" kann man schon existieren, wie stehts aber mit den Löhnen der Arbeiter?

Weißenfels, 24. Juni. **Herr G. Krüger,** Klosterstraße, teilt uns mit, daß er — entgegen den Behauptungen der Barbiergehilfen — doch den tarifmäßigen Mindestlohn zahle. Auch habe sich sein Gehilfe schon bemüht, der Organisation beizutreten, doch werde darüber erst in der am Freitag stattfindenden Gehilfenversammlung Beschluß gefaßt.

— **Vom Gesinde„recht".** Am Mittwoch morgen gegen 5 Uhr versuchten zwei Polizeibeamte im Hause Langendorferstr. 17 einen jungen Menschen aus dem Bette heraus zu holen und wegzutransportieren. Es handelte sich hierbei nicht etwa um einen schweren Verbrecher, sondern um einen jungen Mann, der dem Dienste bei einem Gutsbesitzer in der Nähe von Teuchern entlaufen war. Nach den uns gewordenen Mitteilungen sollen die Beamten in recht schroffer Weise vorgegangen sein und sogar mit dem Gebrauch der Waffe gedroht (!) haben. Schließlich wurde der junge Mensch durch drei Beamte, darunter einem Zivilisten, nach der Wache gebracht. — Der „Dienstherr" wird ja nun wohl befriedigt sein.

Weißenfels, 24. Juni. **Achtung, Schuhmacher!** Im Tageblatt wurden durch Inserate Schuhfabrikarbeiter gesucht. Die sich Meldenden wurden an Herrn Friedel, Leder- und Maschinengeschäft verwiesen und sollten als Rausreißer nach Schmölln gesandt werden. Die Arbeiter wiesen jedoch dies Angebot zurück. Hoffentlich lassen sich auch ferner die Schuhmacher nicht verleiten, Streikbrecher in Schmölln zu werden.

Auch die Firma E. Blasig, A.-G., sucht wieder einmal Arbeitswillige. Es sind dort Lohnabzüge erfolgt, worauf fünf Arbeiter sofort aufhörten, vier die Kündigung einreichten. Zwei Angeworbene sind wieder abgereist. Auch hier ist also Vorsicht zu üben.

Würchwitz, 24. Juni. **Zur Lokalfrage.** Unter der Obhut des Kaynaer Gendarmen und des hiesigen Nachtwächters fand hier im Gasthofe der letzte Ball des Kegelklubs statt. Es ist uns leider nicht bekannt geworden, warum dieser Schutz aufgeboten wurde, wahrscheinlich traute man auch den sogen. besseren Herren nicht ganz. Den Wirt sucht man mit allen Mittelchen zu bewegen, seinen Saal der roten Partei vorzuenthalten. So hat man ihm gedroht, daß die 25 tapferen Kriegervereinler ausziehen werden und daß in vier Wochen ein neuer Gasthof dastehen würde. Mit einem Male merkte man, daß zwei Schänken für den Ort nicht genügen, früher dachte man noch anders. Freilch, wenn bessere Leute ein Bedürfnis nach einem weiteren Lokale haben, so sind ja alle Schwierigkeiten leicht zu beseitigen. Wir wünschten nur, daß man auch auf anderen Gebieten so eifrig sein würde.

An die Arbeiter richten wir das Ersuchen, uns im Lokalkampfe nach besten Kräften zu unterstützen. Wenn auch am Sonntag einige Kegelklubbrüder vergessen hatten, mit ihren Arbeitsbrüdern vor dem Lokal zu bleiben, so ist das zwar zu bedauern; die ihr aber bei uns geblieben seid, helft uns, die andern aufzuklären, daß ihr Tun am Sonntag nicht das richtige war, zumal sie auch wissen, daß der Wirt bloß ihr Geld will. Wer Vergnügen braucht, dem wird jeden Sonntag in den Lokalen Gelegenheit geboten sein, die uns zu jeder Zeit zur Verfügung stehen. Darum übt Solidarität und denkt daran: Durch Kampf zum Sieg!

Merseburg, 24. Juni. **Ein Scharfmacher** scheint der Papierwaren-Fabrikant Kornacker zu sein. Wie uns mitgeteilt wird, soll dieser Herr von seinen Setzern und Maschinenmeistern verlangt haben, sie sollten aus dem Buchdrucker-Verbande austreten oder sie würden gekündigt; diesem Verlangen sollen auch alle, bis auf den Faktor, nachgekommen (??) sein, worauf dieser die Kündigung erhalten habe. Herr Kornacker verlangt nun von denjenigen welche aus dem Verbande ausgetreten sind, daß sie das Geld, was sie an dem Verband bezahlten, an ihn abliefern und er legt jede Woche noch 50 Pfg. drauf. Dieses Geld soll für jeden Beteiligten aufgespart werden, verläßt aber einer unter fünf Jahren die Arbeit bei Kornacke, so gehen ihm diese 50 Pfg. verloren; erst nach Ablauf von fünf Jahren sollen die Betreffenden Anspruch darauf haben. Man weiß nun wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die Gerissenheit des Herrn Kornacker, der glaubt, auf diese Weise sich einen Stamm ergebener Arbeitssklaven zu sichern oder die Naivität dieser Arbeiter, denn von dem Augenblick an, wo sie auf ein derartiges, dem § 158 der Gewerbeordnung hohnsprechendes Ansinnen des Herrn Kornacker eingingen, haben sie sich diesem auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Wollen diese Arbeiter sich eben nicht alles gefallen lassen, so haben sie auch keinen Anspruch auf die Versprechungen des Herrn Kornacker, wie sie auch keinen auf die Achtung aller um ihr Koalitionsrecht schwer kämpfenden Arbeiter haben.

Schkeuditz, 24. Juni. **Keine Studenten!** Am Abend des 8. März zogen mehrere junge Burschen in angeheiterter Stimmung durch die Straßen und verübten durch lautes Singen ruhestörenden Lärm. Ein Polizeisergeant notierte die Lärmenden. Ein 17jähriger Kutscher, jetzt in Halle, rief ärgerlich: „Der Kerl will sich bloß einen Namen auf der Polizei machen, daß er uns gleich aufschreibt!" Infolge dieser Aeußerung hatte er vom Schöffengericht eine Geldstrafe von zehn Mark wegen öffentlicher Beleidigung des Polizeibeamten erhalten. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt mit der Begründung, er habe die ihm fälschlich zur Last gelegten Worte nicht gesprochen. Sein Entlastungsbeweis wurde von der Strafkammer in Halle als mißlungen angesehen, weshalb es bei der vom Schöffengericht verhängten Strafe verblieb.

Querfurt, 24. Juni. **126 Bewerbungen** waren hier um die Bürgermeisterstelle eingegangen. Gewählt wurde der Oberleutnant a. D. Müller zu Alikendorf bei Hadmersleben.

Eisleben, 24. Juni. (E. B.) **Streikende Streikbrecher.** Nach monatelangem Streik der Korbmacher der Firma Wicht ist nun Eisleben endlich von einer Plage befreit, wie es die frommen katholischen Streikbrecher waren. Die während ihrer Anwesenheit mit Dolch und Revolver hantierenden Kerle, einen hiesigen Arbeiter schossen sie, was die Polizei auch weiß, aber dem Täter ist noch kein Haar gekrümmt, sind abgereist, haben die weiteren Rausreißerdienste bei Herrn Wicht verweigert. Ob der Herr durch diese Sorte Arbeiter viel Nutzen gehabt hat, wird er wohl nur selbst wissen, man hört so manches munkeln. Kurz, Herr Wicht kam selbst in die Wohnungen der alten Arbeiter, welche nun wieder ihre alten Stellen eingenommen haben. Zwar sind noch fünf der Rausreißer da, ob es angenehm sein mag, mit diesen Elementen zusammen zu arbeiten, bezweifeln wir. Nun wird sich Peter und Konsorten nach andern nützlichen Logisbrüdern umsehen müssen. Es sei noch bemerkt, daß der Kompagnon Wichts, ein Herr Peters, Sohn des Restaurateurs in der Katharinenstraße, sich in der Rolle des Scharfmachers gefallen hat, während der Streitigkeit, wie zuvor. Ob er etwas gelernt hat?

— **Kinderunglück.** Infolge der Hitze erlitt beim Unkrautziehen das Mädchen W. einen Anfall von religiösem Wahnsinn, so daß es zum Gespött der andern Kinder bei der Heimfahrt wurde. — Der neunjährige Knabe G. wurde vom Wagen seines Vaters überfahren und getötet.

— **Stadtverordnetenwahl.** Am 1. Juli findet eine Ergänzungswahl für den gelegentlich der Schuldebatten aus dem Kollegium ausgeschiedenen Prof. Meliß statt. Die Mittelständler treten schon jetzt für einen Mittelschullehrer, andere für einen Kaufmann ein. Alle Stände sind im Kollegium vertreten, nur der Arbeiterstand nicht.

Eisleben, 24. Juni. **Eine Dummheit.** Am Abend des 15. Februar schleuderte hier ein Fortbildungsschüler beim Verlassen der Fortbildungsschule ein Tintenfaß gegen das Deckengewölbe des Flurs. Das Glas ging in Stücke, und die Tinte besudelte die Decke und eine Wand. Den Streich soll ein 16jähriger Schriftsetzerlehrling verübt haben, der jedoch der Missetäter nicht gewesen sein will. Das Schöffengericht sprach ihn indes schuldig und verurteilte ihn zu zehn Mark Geldstrafe wegen Sachbeschädigung. Seine Berufung gegen dieses Urteil wurde von der Strafkammer in Halle verworfen.

Piesteritz, 24. Juni. (E. B.) **Erhängt** hat sich auf den Reinsdorfer Sprengstoffwerken der Patronenmeister Drerenstett von hier. Der Mann hatte Unzucht mit Tieren getrieben, die Sticheleien darüber trieben ihn in den Tod.

Magdeburg, 24. Juni. **Zum Tode verurteilt** wurde vom Schwurgericht nach mehrtägiger Verhandlung der Handelsmann Theuerkauf. Th. hatte im Dezember seine Frau und sein Kind dadurch getötet, daß er Feuer in seiner Wohnung anlegte.

Sonneberg, 24. Juni. **Plötzlich zur Disposition gestellt** wurde vom Herzog Georg der liberale Meininger Oberhofprediger Geh. Kirchenrat Graue.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle a. S., 23. Juni.

Der beleidigte „Vorgesetzte". Am Abend des 9. Mai, eines Sonntags, kehrten zwei Füsiliere von der 12. Kompagnie des hiesigen Füsilier-Regiments Nr. 36 gegen 10 Uhr in die Kaserne am Roßplatz zurück. Als sie vor einem Unteroffizier vorüber kamen, grüßte der eine, während der andere wegsah und eine spöttische Bemerkung machte. Der Unteroffizier rief ihn heran, der Füsilier lief aber eiligst in die Kaserne hinein. Der Vorgesetzte verfolgte ihn bis ins Revier der 12. Kompagnie und fragte ihn dort vor der Tür nach dem Namen, den der Füsilier mit „Walter" angab. Gegen 11 Uhr traf der Unteroffizier den angeblichen „Walter" nochmals vor der Kaserne und fragte ihn verwundert: „Da sind Sie ja schon wieder?!" Der Füsilier antwortete: „Mache Dich weg, ich habe jetzt keine Zeit!" Im Fortgehen rief er dann noch: „Na warte nur, Dich fassen wir schon noch mal, dann gehst Du kaput!" Als der Unteroffizier am andern Morgen den Füsilier „Walter" meldete, stellte sich heraus, daß es bei der 12. Kompagnie einen Füsilier dieses Namens nicht gibt. Der Verdacht, der Schuldige zu sein, lenkte sich auf den Füsilier Friedrich Karl Pfeifer. Dieser bestritt von vornherein entschieden, der respektwidrige Füsilier gewesen zu sein. Das Kriegsgericht kam nach umfangreicher Beweisaufnahme zu der Ansicht, daß die Schuld des Angeklagten keineswegs erwiesen sei. Er wurde daher antragsgemäß von der Anklage der Achtungsverletzung, des Ungehorsams, des Belügens und der Beleidigung eines Vorgesetzten freigesprochen.

Die Furcht vor den „Kameraden". Der Füsilier Paul Habich von der 5. Kompagnie des Füsilier-Regiments Nr. 36 in Merseburg wurde am 6. Mai d. J. fahnenflüchtig. Er befürchtete, wegen Schuldenmachens und wegen angeblichen Verlustes von 5 Mk., die er hatte abliefern sollen, bestraft zu werden. Auch fühlte er sich durch das Mißtrauen seiner Kameraden gekränkt, die wegen seiner Vorstrafen Zweifel in seine Ehrlichkeit setzten und jedesmal, wenn ihnen etwas abhanden kam, ihn des Diebstahls verdächtigten. Habich hatte vor seinem Diensteintritt ein Landstreicherleben geführt und sich manche Vorstrafe wegen Stehlens, Bettelns und Landstreichens zugezogen. Beim Militär führte er sich dagegen gut; sein Korporalschaftsführer bezeichnete ihn als einen sehr fleißigen und strebsamen Soldaten. Nach seiner Fahnenflucht wandte sich Habich zunächst nach Halle und erbrach hier eine Baubude, aus der er Zivilkleider stahl. Seine Militärsachen ließ er dafür in der Bude zurück. Auch in Leipzig entwendete er einem Karussellbesitzer Kleidungsstücke und einem Arbeiter die Legitimationspapiere. Mit diesen trieb er sich längere Zeit umher. Einen Geldbetrag von 1,50 Mk., den ihm ein Kamerad vor der Fahnenflucht anvertraut hatte, verbrauchte er. Vor dem Kriegsgericht legte er ein reuiges Geständnis ab. Erkannt wurde gegen ihn antragsgemäß auf zwei Jahre Gefängnis, Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und ein Jahr Ehrverlust.

Ein schlechter Kamerad. Der Hornist Gustav Tänzer von der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 153 in Altenburg erhielt am 30. Mai ein Paket mit Viktualien und 3 Mk. Geld von einem Arbeiter mit der Bitte eingehändigt, er möge es an einen zur Zeit abwesenden Musketier abgeben. Tänzer mißbrauchte aber das ihm geschenkte Vertrauen, indem er das Paket öffnete, sich das Geld aneignete und den größten Teil der Viktualien verzehrte. Nachher suchte er den Verdacht des Diebstahls auf zwei Kameraden zu lenken. Die 3 Mk. gab er dem Bestohlenen zurück. Er ist schon einmal wegen Aneignung einer Extramütze bestraft worden. Das Kriegsgericht verurteilte den unkameradschaftlichen Hornisten wegen seiner als niedrig bezeichneten Handlungsweise zu zwei Wochen Gefängnis und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 39. Heft des 2. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Finanzmisere. — Politische und nationale Parteigruppierungen in Finnland. Von M. Martna. — Zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Von Gustav Hoch-Hanau. (Schluß.) — Der charakterlose Engels. Von K. Kautsky. — Literarische Rundschau: Dr. Ludwig Wassermann, Die deutsche Spiritusindustrie. Von ew. — H. J. Ch. v. Grimmelshausen, Abenteuerlicher Simplizius Simplizissimus. Von K. K. — Georg Simmel, Soziologie. Von G. Eckstein. — Zeitschriftenschau.

Feuilleton der Neuen Zeit Nr. 16 und 17: Goethe am Scheidewege. Von F. Mehring. Volkskunst. Von John Schikowski. Maschinenästhetik. Von Joseph Aug. Lux (Dresden). — Bücherschau: Ludwig Günther, Die Mechanik des Weltalls. Helene Simon, Willam Godwin und Mary Wollstonecraft. Ernst Hardt, Tantris der Narr. Jonas Lie, Eine Ehe. Henrik Pontoppidan, Das gelobte Land. Balder Olden, Der Gottverhaßte. — Lose Blätter: Rom und Römisches. Zur Biographie von Marx.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Frau Denners wendete ihre Augen schnell nach ihrem Manne. Dieser hatte seine Tochter schon eine Weile stillschweigend beobachtet, und sein sonst so ruhiges, stilles Gesicht war jetzt sehr ernst geworden.

„Anna, komm' mal her . . ." sagte er, und sein ungewöhnlich strenger Ton ließ sie vom Kopf bis zu den Füßen erzittern. Sie ging zu ihm hin, und er nahm ihre beiden Hände in die seinigen.

„Sieh' mich an, Kind . . . ."

Sie suchte ihm zu gehorchen und ihn straff und unbeweglich anzusehen. Aber auf einmal riß sie sich los und stürzte hinaus aus dem Zimmer.

„Mein Gott! . . . ." stieß Denners hervor.

Ohne ein Wort zu reden, blickten Mann und Frau sich in tiefster Bestürzung an.

„Hattest Du etwas davon gemerkt?" fragte er endlich.

„Nichts, absolut nichts! Ich sah wohl, daß sie ihn gerne hatte, wie wir ja auch . . . ebenso wie sie Martalis gerne hatte, aber . . ."

„Es ist entsetzlich verhängnisvoll! Sollte sie sich selbst wohl ganz klar sein, oder handelt sie vielleicht nur unbewußt?"

„Ich werde sogleich mit ihr reden . . . ich muß alles wissen." Und Frau Denners ging hinauf und öffnete die Tür von Annas Schlafzimmer.

Dort lag sie vor einem Stuhl bei ihrem Bett kniend am Boden, hielt die Hände vor das Gesicht gepreßt und schluchzte heftig.

„Anna . . ." sagte die Mutter, ihre Schulter berührend.

Gestört in ihrem Schmerz, sprang sie auf und starrte ihre Mutter mit einem verzweifelten Blick an.

„Sage nur nichts, Mama . . . ich selbst weiß genügend, wie schrecklich es ist."

Ja, sie wußte es allerdings genügend; das sprach deutlich aus ihrer ganzen Haltung und aus ihren in Angst gerungenen Händen.

„Ich will auch nichts sagen und nichts fragen, da ich leider ja alles begreife. Aber dann mußt Du mir auch versprechen, Deinen Verstand zu gebrauchen . . ."

„Ja, Du willst sagen, daß ich ihn nicht lieben darf, daß er nicht frei ist . . . aber er wird nun ja doch sterben — und wird der Tod ihn denn auch noch nicht von der Frau befreien, die für mich nicht als seine Frau gilt?"

„Anna . . ."

„Bitte, Mütterchen, laß mich ihn pflegen, ich flehe Dich darum! Sei nicht böse . . . ich ängstige mich so sehr um ihn! Denke nur, er schwebt in Gefahr . . . und ich bin von ihm getrennt, nun er mich so notwendig braucht. Eine wildfremde Person soll ihn verpflegen . . . und niemand, den er kennt, den er sehen und hören kann, wenn er mal zu sich kommt, soll bei ihm sein! Das wäre ja schrecklich! Du weißt doch auch, was es heißt, jemand zu lieben — und wenn nun Papa auf den Tod krank wäre, so würdest Du es sicher auch nicht aushalten, wenn man Dich nicht zu ihm lassen wollte!"

Beim Anblick dieses wilden Schmerzes hatte Frau Denners die größte Mühe, sich zu beherrschen.

„Wenn Du ruhig bist, wollen wir alles zusammen überlegen. Ich mache Dir nicht den geringsten Vorwurf, wie Du siehst, so unglücklich ich Deinetwegen natürlich auch gestimmt bin."

Anna schwieg, und ihre Zähne klapperten, als hätte sie Fieber. Ihr sonst so rundes, gefülltes Gesichtchen war in den wenigen Augenblicken vollständig verändert. Sanft zog ihre Mutter sie nach einer Bank am Fenster und setzte sie dort hin.

„Wie ist es nur gekommen?" fragte sie beinahe flüsternd.

„Ich weiß es nicht . . ."

„Und wie lange weißt Du denn, daß Du ihn liebst?"

„Ich weiß es nicht . . . ich glaube, erst seit er krank ist."

„Also er vermutet nichts!"

Sie schüttelte verneinend den Kopf.

„Und er selbst . . .?"

Wieder schüttelte sie den Kopf verneinend.

Frau Denners atmete freier.

„Dann bin ich beruhigt . . . dann wirst Du als ein mutiges, kräftiges Weib Dein Geheimnis auch für Dich bewahren, nicht wahr?"

„Ja!" antwortete sie mit einem Seufzer.

Schweigend gaben sie sich die Hand, und darauf sagte Frau Denners: „Nun, dann soll es auch für immer zwischen uns Dreien begraben liegen! Ich wollte weiter nichts wissen, und wir wollen nun nicht mehr darüber reden." Nachdem sie sich noch einmal die Hände gedrückt hatten, stand Frau Denners auf, aber Anna klammerte sich fest an sie.

„Und wenn ich nun verspreche, Dir feierlichst verspreche, daß niemals, niemals jemand etwas erfahren soll, dann darf ich ihn doch auch pflegen, nicht wahr? — O Mutter, sei nicht hartherzig!" fuhr sie fort, als diese sich schweigend abwendete. „Ich kann es nicht ertragen, daß er fremden Leuten, die nichts für ihn fühlen, denen er völlig gleichgültig ist, überantwortet wird . . . keine bekannte Stimme ihm Trost in seinen Leiden zusprechen soll. Und Liebe vermag ja so viel! Du hast mich doch auch gerettet, als ich als Kind so schwer krank war, Du allein . . . ich weiß es genau, in den zwei Tagen und zwei Nächten, da alles von Deiner Sorge und Aufmerksamkeit abhängig war, hast Du mich gerettet . . . Papa hat es mir so oft erzählt. Eine fremde Pflegerin würde vielleicht vor Ermüdung eingeschlafen sein, Du aber konntest nicht einschlafen, weil ich Dein Kind, Dein alles war. Und ich würde auch nicht einschlafen, weil er mein alles ist."

Was vermochte der kühle Verstand gegen ein solches Flehen nur auszurichten! Frau Denners machte daher auch keinen Versuch. Ihre Augen standen voll Tränen, denn ihr Kind besaß ganz ihre eigene Natur. Auch sie hatte einst die junge unbezwingliche Liebe gekannt, welche vor nichts zurückschreckt und jedem Hindernis getrotzt haben würde.

Plötzlich sah sie einen Ausweg.

„Weißt Du, wer ihn pflegen soll?" sagte sie. „Niemand anders als seine eigene Mutter. Sie gehört an erster Stelle an sein Krankenlager. Ich will ihr sogleich schreiben, und ich hätte dies sofort tun müssen, seit Gefahr vorhanden ist."

Anna schwieg einen Augenblick. An seine Mutter hatte sie nicht gedacht. Dann wendete sie ein:

„Wenn sie nur kommen will die Mutter, die ihr Kind verstoßen hat, weil er größer und edler ist als die andern!"

„Dennoch ist sie seine Mutter, und sie hat, nun sein Leben in Gefahr schwebt, das erste Anrecht auf ihn. Aber ich weiß noch etwas Besseres . . . anstatt zu schreiben, werde ich oder Papa nach Amsterdam fahren, um seinen Eltern den Zustand in allen Einzelheiten mitzuteilen. Ich würde mich selbst nicht für grechtfertigt halten, wenn ich sie nicht warnte."

Anna, welche einsah, daß ihre Mutter recht hatte, wendete nichts mehr ein, sondern drängte, den Plan möglichst rasch auszuführen. Frau Denners ging sogleich nach unten, um mit ihrem Manne Rücksprache zu nehmen, und kehrte mit der Nachricht zurück, daß Papa in einer halben Stunde nach Amsterdam fahren und sie selbst bis zur Ankunft der Mutter bei dem Kranken bleiben würde.

„Bist Du nun beruhigt, Anna? Mir wirst Du ihn doch wohl anvertrauen, nicht wahr?"

Anna küßte sie. „Jawohl, Mutter, Dir vertraue ich ihn an. Aber laß mich doch mitgehen, damit ich ihn wenigstens noch einen einzigen Augenblick sehen kann! Ich werde ganz ruhig und verständig sein und mich auch niemals mehr beklagen, wenn ich jetzt bloß eben zu ihm gehen darf . . ."

„Nun gut, ich will es Dir gestatten," sagte ihre Mutter, welche wesentlich ruhiger geworden war, seitdem sie wußte, daß ihre Tochter ihr Geheimnis für sich bewahren würde. „Er ist gänzlich bewußtlos und erkennt niemand, auch mich nicht. Halte Dich also bereit, da Papa bald abreist. Ich werde seine Droschke für uns zurückkommen lassen."

Etwa eine halbe Stunde später, als Denners bereits nach Amsterdam fuhr, stiegen die beiden Damen vor dem einfachen Hause, in welchem Berthold wohnte, aus der Droschke und gingen dann die schmale, halb dunkle Treppe zu ihm hinauf.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0011

Sonnabend den 26. cr., vormittags 10 Uhr, eröffnen unseren

Total-Ausverkauf in Schuhwaren.

Die Ausverkaufspreise sind auf jedem Paare deutlich vorgemerkt. Es befinden sich darunter grosse Posten Herren- und Damen-Knopf- und Schnürstiefeln in eleganter Ausführung und neuer Form,

früher Mk. 12^{50}, jetzt Mk. **6.90** und Mk. **7.90**.

Beachten Sie unsere Schaufenster.

Schuhwarenhaus Alexander, Geiststr. 35.

Auswahlsendung und Umtausch nicht gestattet.

Apollo-Theater

Operetten-Sommer-Saison.
Dir.: Gustav Poller.

Freitag, den 25. Juni, zum 2. Male:
Gasparone.
Oper. i. 3 Akt. v. Zell u. Genée. Musik von K. Millöcker.

Sonnabend, d. 26. Juni, z. 1. M.
Novität! Novität!
Johann der Zweite.
Oper. i. 3 Akt. v. Leo Stein u. K. Lindau. Musik v. P. Eysler.

Gastspiel von
Alfred Landory
vom Stadt-Theater in Halle.

Arbeiter-Garderoben

empfehle ich für alle Berufe nur erprobten guten Qualitäten, z. B.

Engl. Lederhosen	von M. 1.80 an
Manchesterhosen	von M. 2.60 an
Zwirn- u. Kammgarnhosen	1.50 an
Strickhosen i. all. Farb.	2.80 an
Waschhosen - Drellhosen	1.40 an
Malerkittel - Drelljacketts	2.00 an
Joppen i. Leinen u. Loden	1.80 an
Westen-Kluson	von M. 1.00 an

Meine Spezialmarken:

Gesitz. Lederhosen, Eisenfest	4.50
Monteur-Anzug, pa. Pilot	6.30
Monteur-Anzug, pa. Leinen	3.15

5% in bar oder Marken.

Gustav Reinsch,
Markt, im roten Turm.

Holzarbeiter-Verb., Halle a. S.

Sonnabend, den 26. Juni, abends 8½ Uhr im Gasthof „Drei Könige", Kl. Klausstr. 7

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Das Ergebnis der letztaufgenommenen Statistik.
2. Gehaltregulierung des Geschäftsführers.
3. Verbands-Angelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Orts-Verwaltung.

Volkspark, Burgstrasse 27.

Allen unseren werten Gästen zur Nachricht, dass am **Sonnabend den 26. Juni** von nachm. 4—8 Uhr abends, der Feier des Johannisfestes der Buchdrucker wegen, der Eingang **nur** vom Advokatenwege aus ist.

Die Verwaltung. I. A.: Fr. Kretschmann.

Zeitz.

Von Freitag, d. 25. bis Montag, d. 28. Juni:

Circus Henry.

Sonnabend, 26. Juni, nachm. 4 Uhr, zu ermässigten Preisen:
Schüler- u. Familienvorstellg.

Abends 8¼ Uhr:
: Parade-Vorstellung :

Sonntag, 27. Juni, vormittags 11—1 Uhr:
:: Stall-Besichtigung ::
(10 Pfg.)

Nachm. 4 Uhr:
Kinder- u. Fremden-Vorstellg.

Abends 8¼ Uhr:
Gala-Vorstellung.

Montag, 28. Juni, abends 8¼ Uhr:
Grosse
Abschieds-Vorstellung.

Preise der Plätze:
Galerie 50 Pf., II. Platz 1.—, I. Platz 1.50, Sperrsitz 2.—, Loge 3.—.
Kinder die Hälfte (Gal. 30 Pf.)

!Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur delikat bei
A. Thurm,
Reilstrasse 10.

Zentral-Verband der Böttcher,

Zahlstelle Halle.

Sonnabend den 26. Juni, abends 8½ Uhr:

Versammlung im Volkspark.

Tagesordnung: **Lokalwechsel.**

Zahlreiches Erscheinen notwendig. **Der Vorstand.**

Achtung! Zentral-Verband Achtung!

all. in der Schmiederei beschäft. Pers.

Sonnabend, den 26. Juni 1909, abends 8½ Uhr im Englischen Hof, (Gr. Berlin Nr. 14)

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
2. Vortrag: **Zeit- und Streitfragen im bürgerlichen Recht.**
Referent: **Genosse M. Güldenberg.**
Das Erscheinen jedes Kollegen ist unbedingt notwendig.
Die Orts-Verwaltung.

Lindenhof, H.-Kröllwitz.

Sonntag den 27. Juni nachm. 4 Uhr

Bezirksversammlung
(des 6. Bezirks des 2. Kreises).

Von 5½ Uhr: **Kränzchen**
der Turn-Abteilung des Arbeiter-Bildungs-Vereins.
Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**

Zentralverb. d. Maschinisten u. Heizer

Zahlstelle Halle.

Sonntag den 27. Juni nachmittags 4 Uhr im Restaurant „Goldene Kette":

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag: **Entwickelungstendenzen des modernen Kapitalismus.** Referent: Gen. **Otto Niebuhr.** 2. Kassenbericht vom 2. Quartal. 3. Verschiedenes.
Zahlreichem Besuch der Versammlung sieht entgegen
Die Ortsverwaltung.

Sozialdem. Verein, Deuben.

Sonntag den 27. Juni abends 8 Uhr im Lokale des Herrn Taubner in „Wildschütz"

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
2. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Lumpen, Alteisen, Papier, Altgummi, Kupfer, Blei, Zink kauft stets zu hohen Preisen **A. Samuel,** Alter Markt 7.

Sozialdem. Verein Theissen

Sonntag den 27. Juni abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. **Vorstandswahl.** 2. **Anträge zum Kreistag.**
Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. **Der Vorstand.**

Linoleum-Läufer von **60** Pfg. an p. Mtr.

Linoleum-Teppiche von **3.00** Mark an p. Stck.

Linoleum zum Auslegen ganzer Räume von **1.10** Mark an p. □Mtr.

Linoleum-Vorlagen.

Wachstuch-Reste in allen Farben u. Mustern, stets in großer Menge vorrätig.

Hugo Nehab

Nachf.,

27 kr. Ulrichstr. 27, 66 obere Leipzigerstr. 66.

Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten.

Gratis!

erhält jede Frau
1 Paket Dr. Bracke's Menstruations-Pulver
diskret zugesandt, die uns ihre genaue Adresse mitteilt. Rückporto erwünscht, aber nicht Bedingung.
Sanitäts-Drogerie, Ammendorf.

Frau E. in B. schreibt: Besten Dank für Zusendung. Ihr Mittel wirkte schon nach 3 Tagen.

Achtung! Werschen. Achtung!

Sonntag den 27. Juni abends 7 Uhr im „Arbeiter-Kasino"

Bergarbeiter-Versammlung
der Zahlstelle Werschen.

Tagesordnung:
1. **Bericht von der General-Versammlung.** Referent: Bezirksleiter **H. Wolokart-Zeitz.**
2. **Die hiesige Lokalfrage und Beschlüsse.**
3. Verschiedenes.

Die Kameraden werden gebeten, alle zu erscheinen.
Die Orts-Verwaltung.

Weissenfels.

Prima Rindfleisch zum Braten

ohne Knochen	Pfd. 70 Pf.
mit Knochen	Pfd. 60 Pf.
Rouladen	Pfd. 80 Pf.

Jeden Dienstag u. Freitag

frische Wurst	Pfd. 60 Pf.
Wurstfett	Pfd. 40 Pf.

empfiehlt
Helm,
Schillerstrasse Nr. 2.

Parteischriften

empfiehlt die Volksbuchhandl.

Für Sommerfeste!

Luftballons
Lampions
Scheiben
Sterne.

C. F. Ritter,
Leipzigerstr. 90.
5 Proz. Rabatt-Spar-Marken.

Gasthof Luckenau.

Sonntag, den 27. Juni

Ball

des Kegel-Klubs „Einigkeit".
Hierzu wartet mit Speise und Trank best. auf **Reinh. Herzog.**
NB. Sonntag: **Ausschank der Preise.**

Gasthof Nissma.

Sonntag den 27. Juni

gr. Konzert

der Tirolertruppe **„Bergveilchen".**
Nur erstklassige Kräfte.
Es ladet freundlichst ein
Emil Jähnig.

Hohenmölsen.

Gasthof zur grünen Aue.

Jeden Sonnabend u. Sonntag:
Preiskegeln
um große Geldpreise.
Um zahlreichen Zuspruch bittet
Das Comitee.

Gernrode a. H.

Zur guten Quelle,
grosses Garten-Lokal und Logier-Haus.
Schöner neuer Saal m. elektrischem Musikwerk.
Ganz besonders geeignet für Gesellschaften und Vereine, angenehmer Aufenthalt für Harzbesucher. — Solide Preise.
Besitzer: **August Trautewein.**

Ansichts-Postkarten

empfiehlt die Volksbuchhandl.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Ilgner. — Druck der Hallesch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: bezw. Aug. Groß, jetzt A. Jähnig. — Sämtl. i. Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219090626-14/fragment/page=0012